



MONATLICHER PRESSESPIEGEL

NOVEMBER 2021

Inhalt:

- Staat und Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Transport und Logistik
- Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Verschiedenes
- Zahlen und Fakten

Folgen Sie uns auf [Twitter](#) und [Facebook](#)

Botschaft von Luxemburg
Presseabteilung
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

STAAT UND POLITIK

In anderthalb Stunden um die Welt

PARLAMENT Jean Asselborn erläutert Luxemburgs außenpolitische Prioritäten

Lucien Montebusco

Außenminister Jean Asselborn (LSAP) hat gestern im Parlament die Leitlinien der luxemburgischen Europa- und Außenpolitik umrissen. Die Reaktionen und Bemerkungen der Parlamentarier folgen heute.

Wie ein roter Faden hat sich die Bedeutung der EU für Luxemburg und dessen Außendarstellung durch die fast zweistündige Rede Asselborns gezogen. Insbesondere bei der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie war die Zusammenarbeit in der EU von Erfolg gekrönt. So lassen sich die Worte von Luxemburgs Chefdiplomat zusammenfassen. Die Covid-Krise habe Schwächen freigelegt, aber auch Stärken gezeigt. Darauf müsse aufgebaut werden. Bei der Impfstoffbesorgung habe man in der EU auf eine gemeinsame Strategie gesetzt. Diese gemeinsame Anschaffung sei eine Neuerung für die Gemeinschaft gewesen. In Rekordzeit sei es gelungen, ausreichend Vakzine einzukaufen. Das selbstgesteckte Ziel, bis Sommer drei Viertel der Bürger zu impfen, habe man zwar verpasst, aber in den letzten Monaten habe die Impfkampagne wieder an Schwung gewonnen. „Die EU hat geliefert“, so Asselborns Fazit. Die Gemeinschaft produziere massiv Impfstoff, verteile ihn in großen Mengen in der ganzen Welt. Mehr als eine Milliarde Dosen seien in mehr als 50 Länder exportiert worden. Weitere Impfdosen seien im Rahmen der Covax-Initiative der Weltgesundheitsorganisation bereitgestellt worden.

Als weiteres positives Element seiner EU-Bestandsaufnahme nannte Asselborn die Einführung des digitalen Covid-Passes, der den Bürgern das Reisen erleichtern sollte. In Rekordzeit avancierte dieser elektronische Impfschein zum internationalen Standard, dem sich andere Länder anschlossen.

Schengen-Raum fit machen

Schatten auf die Erfolgsgeschichte EU warfen jedoch die Grenz-

schließungen während der Anfangsmonate der Pandemie im letzten Jahr, und das ausgerechnet im 25. Gründungsjahr der Schengener Abkommen. Das Recht auf Freizügigkeit sei während der Pandemie infrage gestellt worden, so Asselborn. Und auch heute noch gebe es Räume in der EU, wo diese Bewegungsfreiheit der Menschen nicht garantiert sei. Dieses Grundrecht müsse wiederhergestellt werden. Schließungen und Kontrollen sollten in Zukunft eine begrenzte Ausnahme bleiben.

Der Schengen-Raum und der EU-Binnenmarkt müssten nicht nur wiederhergestellt, sondern auch fit für die Zukunft gemacht werden, forderte Asselborn. Ein Schritt in diese Richtung könnte die Initiative Luxemburgs mit fünf weiteren EU-Staaten sein, grenzüberschreitende Gemeinschaften in Zukunft besser zu schützen. Europa wachse an den Grenzen zusammen, formulierte er es bildlich. Insbesondere die sanitäre Krise habe gezeigt, wie eng Luxemburg mit der Großregion verbunden sei und welches Entwicklungspotenzial in ihr stecke.

Die Pandemie ermöglichte auch in einem anderen Bereich einen zuvor kaum vorstellbaren Durchbruch: Bereits im März 2020 hatte Luxemburg mit acht anderen Staaten die Einführung von Corona-Bonds vorgeschlagen, das heißt die gemeinsame Aufnahme von Mitteln, um sie einzelnen EU-Mitgliedern für ihre wirtschaftliche „Relance“ bereitzustellen. Ende 2020 gelang der Durchbruch. Daran hätten die wenigsten geglaubt, so Asselborn, der diese Entscheidung als einen Quantensprung in der europäischen Politik bezeichnete.

Energietransition
sozial abfedern

Der wirtschaftliche Wiederaufschwung müsse jedoch auch sozial fair und inklusiv sein. Dazu müsse der soziale Pfeiler gestärkt werden, betonte Asselborn. Das

soziale Regelwerk müsse aktualisiert, Mindeststandards eingeführt werden. In diesem Zusammenhang sprach er ebenfalls die Diskussion um die Sorgfaltspflicht der Unternehmen bei der Wahrung der Menschenrechte bei ihren Zulieferern an. Die EU habe sich zu konkreten Vorschlägen verpflichtet, nachdem Luxemburg darauf gedrängt habe. Man erwarte einen europäischen Text zur Lieferkettenproblematik. Falls er jedoch nicht den Luxemburger Wünschen entspreche, werde man einen eigenen Weg gehen.

Sozial abgedeckt werden müsste auch die Energietransition. Die EU müsse eine führende Rolle bei den Klimamaßnahmen übernehmen. Die rezenten Überschwemmungen und Brände hätten gezeigt, dass man keine Zeit mehr verlieren sollte. Um einkommensschwache Haushalte zu stützen, schlägt die EU-Kommission einen 72 Milliarden Euro schweren Klima-Sozialfonds vor. Das reicht Asselborn nicht. Da müsse nachgebessert werden. Ohne ausreichende Ausgleichsmaßnahmen riskiere man soziale Proteste, wie das Ausland vor Augen geführt habe.

Während der Corona-Pandemie gerieten „unsere Werte“ weiter unter Druck. Auch die EU als Wertegemeinschaft blieb nicht verschont. In einzelnen Ländern stellte Asselborn Rückschritte fest. Das sei ein Spiel mit dem Feuer, das zu einer großen Krise in EU führen könne. Auf die Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit müsse auf finanzieller Ebene reagiert werden. Wie könne man Menschen erklären, dass ausgerechnet das Land, das die meisten EU-Mittel bekommt, diese Werte mit Füßen trete, so Asselborn. „Der Dialog hat uns nicht weitergeführt. Wir riskieren eine Erosion unserer Werte.“ Man werde nicht zuschauen, wie die Unabhängigkeit der Justiz infrage gestellt werde. Millionen Menschen lehnten den Illiberalismus à la Orban ab.

Am 14. Oktober wurde Luxemburg in den Menschenrechtsrat

der UNO gewählt. Zu Luxemburgs Prioritäten in diesem Gremium nannte Asselborn die Rechtsstaatlichkeit, den Klimawandel, der auch die Menschenrechte gefährde, den Kampf für Frauenrechte und gegen die Diskriminierung der LGBTQ+, den Einsatz für die Kinderrechte.

Luxemburg steht für Solidarität ein

In der EU will Luxemburg weiterhin für Solidarität mit jenen einstehen, die ihre Heimat verlassen mussten. Man müsse Mitglied der Genfer Konvention sein, um EU-Mitglied zu werden, so Asselborn. „Viele scheinen das vergessen zu haben.“ Zwar nehme der Migrationsdruck auf die EU erneut zu, doch die Zahlen würden heute weit unter jenen aus dem Jahr 2015 liegen. Die EU brauche klare Regeln, um die Migration zu verwalten. Doch diesbezügliche Diskussionen kämen nicht voran. Statt eines Gesamtpakets an Maßnahmen befürworte er einzelne konkrete Schritte, wie etwa die rezente Schaffung einer Asyl-Agentur. Diese soll die Mitgliedsländer bei der Bearbeitung von Asylanträgen unterstützen.

In Sachen Aufnahme von Flüchtlingen ging Asselborn insbesondere auf die Problematik Afghanistan ein. Seit der Machtübernahme durch die Taliban sei es schwer geworden, Informationen zu den einzelnen Asylanträgen zu bekommen. Was die Bearbeitung der Dossiers er-

schwere. Klar sei jedoch, dass jemand, der offensichtlich Schutz benötige, diesen auch bekommen würde. Bei Personen, die bereits in einem anderen EU-Land einen Antrag gestellt hatten oder bereits eine Zusage erhielten, müssten die EU-Regeln angewandt werden. Laufe ein Antragsteller Gefahr, einen negativen Bescheid zu bekommen, werde die Entscheidung hinausgezögert. Als einziges EU-Land habe Luxemburg niemanden zurückgeschickt, mit Ausnahme einer Person, die sich „radikalisiert“ habe.

Asselborn sprach sich prinzipiell für eine Erweiterung der EU auf die Balkanländer aus. Doch die Kandidaten würden selbst ihre Zeitagenda bestimmen. Die Beitrittsregeln für den „Club“ seien bekannt. So müssten etwa die sogenannten EU-Errungenschaften umgesetzt werden. Doch Fortschritte, insbesondere bei den demokratischen Rechten seien nicht so schnell erzielt worden, wie man es sich erhofft habe. Auch die Türkei bleibe für die EU ein wichtiges Land. Doch auch hier seien Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit nicht verhandelbar, betonte Asselborn. So lehne Luxemburg eine Zollunion und die Visafreiheit mit der Türkei ab, solange diese Fragen nicht geklärt seien.

Wunsch einer gemeinsamen Verteidigungspolitik

Nichts übrig hatte Asselborn auch für Weißrusslands Alexander Lukaschenko und dessen „Diktatur in voller Blüte“. Der Mann

habe sich bei der Affäre um die zur Landung gezwungene Ryanair-Maschine zur Verhaftung des Bloggers Roman Protassewitsch wie ein Räuber benommen. Nun instrumentaliere er Flüchtlinge, um die EU in Bedrängnis zu bringen. Nicht verbessert habe sich die Lage in der Ukraine. Und dass Russland und die EU sich auseinanderlebten, bedauerte Asselborn. Das sei schlecht.

Für die EU wünscht sich Asselborn eine gemeinsame Verteidigungspolitik. Die NATO bleibe zwar der Grundpfeiler der kollektiven Verteidigung, aber sie sei nun mal eine regionale Verteidigungsallianz. Sie verfüge über weniger Instrumente, um international zu agieren, als die EU. Doch alles, was die EU im Bereich Verteidigung unternehme, sei komplementär zur NATO. Europäische Verteidigung bedeute auch europäisch einkaufen und Ausrüstungen gemeinsam entwickeln.

Zur Nahost-Problematik sagte Asselborn, dass Israel die Zweistaatenlösung systematisch untergrabe. Doch auch die Palästinenser müssten für Ordnung im eigenen Haus sorgen. Die EU müsse den Friedensprozess im Nahen Osten erneut prioritär behandeln. „Wir sind Freunde von Israel und von Palästina“, so der Außenminister.

Zu den konkreten Ankündigungen in der außenpolitischen Erklärung gehörten die Eröffnung einer Botschaft in Irland und die Beteiligung an der Weltausstellung 2025 in Osaka in Japan.

„Wir brauchen mehr Europa“

Minister Asselborn gibt außenpolitische Erklärung im Parlament ab

Luxemburg. Chefdiplomat Jean Asselborn (LSAP) zeichnete bei seiner außenpolitischen Erklärung vor dem Parlament gestern ein eher düsteres Bild der Welt. Die Pandemie habe der internationalen Staatengemeinschaft in den vergangenen zwölf Monaten weiter zugesetzt. Die Situation habe sich in vielen Ländern verschlechtert, erklärte Asselborn.

Seine Rede geriet ihm hingegen zu einem flammenden Plädoyer für Europa. Zwar laufe auch in der EU längst nicht alles rund. Doch die Union habe in der Pandemie dazugelernt. Den europäischen Wiederaufbaufonds bezeichnete er beispielsweise als „Quantensprung der europäischen Integrationsgeschichte“.

DS



Minister Asselborn. Foto: Guy Jallay

Aus den Fugen

Chefdiplomat Jean Asselborn zeichnet in seiner außenpolitischen Erklärung ein eher düsteres Bild der Welt

Von Dani Schumacher

Sie ist fester Bestandteil der parlamentarischen Agenda. Und wie im vergangenen Jahr zog sich die Pandemie auch diesmal wie ein roter Faden durch die außenpolitische Erklärung von Jean Asselborn (LSAP). Die Corona-Pandemie habe auch die internationale Diplomatie beeinflusst und vor neue Herausforderungen gestellt, so der Außenminister gestern gleich zu Beginn seiner fast zweistündigen Rede im Parlament.

Als Beispiel nannte er das Schengen-Abkommen, das vor allem zu Beginn der Pandemie immer wieder ausgehebelt wurde. Einschränkungen der Personenfreizügigkeit müssten auch in Krisensituationen die Ausnahme bleiben, forderte Asselborn. Zu den negativen Folgen rechnet er zudem, dass die Rechtsstaatlichkeit im Windschatten der Pandemie in einigen europäischen Ländern erheblichen Schaden genommen hat.

Der Außenminister machte aber auch einige positive Entwicklungen aus, wie den europäischen Wiederaufbaufonds, der einen gemeinsamen Ausweg aus der Krise ermöglicht. Er sprach diesbezüglich von einem „Quantensprung der europäischen Integrationsgeschichte“. Die gemeinsame Impfstrategie samt dem in allen EU-Ländern anerkannten Impfsertifikat wertete er ebenfalls als Erfolg.

Allerdings gebe es immer noch Ungleichheiten bei der Verteilung der Vakzine. Während in der Union längst genügend Impfdosen zur Verfügung stünden, sehe die Lage in vielen Ländern der Welt, vor allem in den Entwicklungsländern, trotz der europäischen Unterstützung nach wie vor sehr schlecht aus, so der Chefdiplomat. Asselborn verwies in dem Kontext auf den luxemburgischen Beitrag zur Covax-Kampagne. Allein 400 000 Dosen wurden für die Zielländer der nationalen Kooperationspolitik zur Verfügung gestellt.

Der Minister ging in seiner Rede auch auf die erforderlichen Anpassungen bei den Handelsbeziehungen ein. Europa müsse bei wichtigen Gütern autonomer werden: „Wir müssen die Abhängig-

keit von strategisch wichtigen Produkten aus dem Ausland so gering wie möglich halten, ohne dabei in Protektionismus zu verfallen.“ Es sei wichtig, die richtige Balance zwischen der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und „unfairen Handelspraktiken“ zu finden.

Nachhaltiger Handel

Die Handelsbeziehungen und die entsprechenden Verträge müssen Asselborn zufolge zudem nachhaltiger, sprich klima- und umweltfreundlicher gestaltet werden. Es müsse zudem mehr Wert auf die Menschenrechte gelegt werden. Lieferkettengesetze müssten beispielsweise zum europäischen Standard werden. Da die Folgen des Klimawandels nicht an den Grenzen der einzelnen Länder halt mache, müsse man globale Lösungen finden: „Europa muss eine führende Rolle beim Klima- und beim Umweltschutz übernehmen“, forderte Asselborn. Der Green Deal sei ein Schritt in die richtige Richtung, nun gelte es aber, die Maßnahmen auch umzusetzen.

Allerdings müssten mögliche negative Folgen, mit denen die Bürger durch die grüne Transition konfrontiert werden, unbedingt aufgefangen werden: „Die Transition wird ihren Preis haben, deshalb brauchen wir soziale Kompensationen ... niemand darf zurückgelassen werden“, so der Minister mit Nachdruck. Mit dem Verweis auf die COP26 in Glasgow forderte er aber auch internationale Solidarität ein, um den Ländern, die heute schon am meisten unter dem Klimawandel zu leiden haben, unter die Arme zu greifen.

Im UN-Menschenrechtsrat, dem Luxemburg seit dem 14. Oktober angehört, werde man sich denn auch intensiv für mehr Klimaschutz einsetzen, aber nicht nur. Weitere Ziele sind der Schutz der Rechtsstaatlichkeit sowie der Frauen- und Kinderrechte, betonte der Chefdiplomat.

Blockade bei der Migrationspolitik

Wie zu erwarten nahm das Thema Immigration einen breiten Raum in Asselborns Rede ein: „Die Pandemie hat zu einer neuen Angst

vor dem Fremden geführt, dadurch ist die Debatte über die Migration noch härter geworden.“ Dass in Europa bei der Suche nach einer gemeinsamen Migrationspolitik seit Jahren nahezu Stillstand herrscht, hält Asselborn für inakzeptabel und fordert mehr Solidarität: „Auch eine Art chinesische Mauer in Europa würde die Menschen, die vor Elend und Krieg aus ihrer Heimat flüchten müssen, nicht aufhalten.“

Das Debakel in Afghanistan habe die Situation weiter verschärft. In dem Zusammenhang strich der Außenminister erneut das Engagement des Großherzogtums hervor, sei es bei der Rettungsaktion im Sommer oder danach bei der Aufnahme von afghanischen Flüchtlingen. Seit der Machtübernahme der Taliban gestaltet sich die Überprüfung der Asylansprüche äußerst schwierig. Deshalb halte man Anträge von Personen aus Afghanistan, die nur geringe Chancen auf das Flüchtlingsstatut haben, vorerst in der Schwebe, bis zusätzliche Informationen vorliegen würden. Abgelehnte Asylbewerber würden schon seit einigen Jahren nicht mehr nach Afghanistan zurückgeschickt, betonte Asselborn weiter. Zwischen Mitte August und Ende Oktober wurden 54 Afghanen als Flüchtling anerkannt.

Eine multipolare Weltordnung

Das Beispiel Afghanistan zeigt aber auch, dass nicht nur die Pandemie die internationale Staatengemeinschaft in den vergangenen zwölf Monaten stark verändert hat. Das Machtgefüge zwischen den Staaten habe sich verlagert, so Asselborn. Er sprach diesbezüglich von einer Rückkehr in eine „multipolare Welt“. Um nicht zwischen Mächten wie China, Russland und den USA zerrieben zu werden, brauche es mehr Europa, und nicht weniger. Auch bei der Sicherheitspolitik dürfe die Union nicht „bei jeder Krise ängstlich auf die USA oder die NATO schielen“. Die EU müsse in Sicherheits- und Verteidigungsfragen auf eigenen Füßen stehen. Die Union müsse insgesamt handlungsfähiger werden, damit sie ernst genommen werde und

mitreden könne. Nur so könne die EU in der multipolaren Welt bestehen: „Wir brauchen ein Europa, das an sich selbst glaubt.“

In Bezug auf die USA zeigte sich Asselborn erleichtert, dass es nach dem Amtsantritt von Präsident Biden wieder zu einer Normalisierung der Beziehungen gekommen ist. Das Vertrauen zwischen der EU und Russland sei hingegen weiterhin ausbaufähig, bedauerte er. Auch das Verhältnis zu China gestalte sich recht schwierig. China sei sowohl ein Partner der EU als auch ein Konkurrent. Asselborn prangerte einmal mehr die Menschenrechtsverletzungen in China an, die bei den Verhandlungen nicht einfach ignoriert werden dürften.

Auch wenn in Europa zurzeit nicht alles rund laufe, so habe die Union für die Beitrittskandidaten indes nichts von ihrer Attraktivität verloren, erklärte Minister Asselborn weiter. Allerdings müssten sie den europäischen Wertekanon respektieren. Länder wie beispielsweise die Balkan-Staaten hätten es daher selbst in der Hand, wann sie in die Union aufgenommen werden. Die Reformen würden aber leider nicht so schnell umgesetzt, wie man sich dies erhofft habe. Was die Türkei angeht, zeigte sich Asselborn pessimistisch. Die Situation bei den Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit lasse immer mehr zu wünschen übrig.

Zum selben Schluss kam er auch hinsichtlich der Lage in Belarus. Präsident Lukaschenko benehme sich wie ein „Räuber“ und instrumentalisiere Flüchtlinge, die ihre Heimat verlassen mussten, um die EU zu erpressen. Die push backs, an den europäischen Außengrenzen verurteilte er ebenfalls scharf.

Was die „traditionellen“ Krisenherde in der Welt angeht, zeigte sich der Außenminister eher pessimistisch. Vor allem in Afrika seien Putsch und Menschenrechtsverletzung leider immer noch an der Tagesordnung. Besonders in Äthiopien habe sich die Lage in den vergangenen Tagen noch einmal zugespitzt.

Für eine bessere Welt

Jean Asselborn erklärte sich zu seiner Außenpolitik. Über sie gibt es wenig Differenzen

Peter Feist

Vielleicht lag es an Corona, dass es nur wenig Meinungsverschiedenheiten gab, als das Parlament am Mittwoch über die Außenpolitik debattierte. Am Tag zuvor hatte auch Minister Jean Asselborn (LSAP) am Schluss seiner außenpolitischen Erklärung festgestellt: „Es war eine schwere Zeit, aber langsam sehen wir Licht am Ende des Tunnels. Diese Rede konnte wieder in der Kammer gehalten werden, das ist ein Zeichen dafür, dass es besser geht.“

Aber weshalb hätte es abgesehen davon große Divergenzen geben sollen? Jean Asselborn ist auch Minister für europäische Angelegenheiten. Weil Luxemburg mit seiner Exportwirtschaft und seinem Finanzplatz ohne die EU und ihren Binnenmarkt kaum überlebensfähig wäre, gleichen Asselborns alljährliche Erklärungen zur Außenpolitik immer auch ein wenig denen eines EU-Außenministers. Falls die EU einen hätte und außenpolitisch mit einer Stimme sprechen würde.

Jean Asselborns Europäische Union ist gut. Sie muss „an sich glauben“, muss „Mitgefühl zeigen“ und „mutig“ sein. Denn die Welt ist „multipolar“ geworden. In dieser Konstellation müsse die EU ihre Position stärken. Daraus folge: „Mehr Europa“, um „unsere Werte von Solidarität, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen“.

Der außenpolitische Sprecher der CSV-Fraktion, Claude Wiseler, hielt Asselborn am Mittwoch vor, die Außenpolitik der Regierung sei nicht „kohärent“ genug. Staatsmännisch im Auftreten und mit wohlgesetzten Worten fragte der CSV-Parteivorsitzende nach den Prioritäten, den außenpolitischen Interessen Luxemburgs und wer die Alliierten des Großherzogtums zu welchen Themen seien. Und erinnerte daran, dass im Koalitionsvertrag der DP-LSAP-Grüne-Regierung steht, eine „Matrix“ werde ausgearbeitet, der solche Prioritäten zu entnehmen wären. Noch aber gebe es die Matrix nicht, sie werde lediglich „immer wieder versprochen“. In anderen Ländern, meinte Claude Wiseler, würden die Prinzipien der Außenpolitik mitgeteilt, so dass darüber diskutiert werden könne. In Luxemburg dagegen agiere Jean Asselborn „wie ein freischaffender Künstler“, und in seinen alljährlichen Erklärungen nehme er das Kammerplenum auf eine kleine Weltreise mit.

Aber hätte die CSV dazu tatsächlich einen anderen Ansatz, einen „Plan“? Auch CSV-geführte Regierungen hatten Wert darauf gelegt, die reiche Finanzoaase Luxemburg als zugleich verantwortungsbewusst und

großzügig zu positionieren. Jean Asselborn sorgt für genau das, und er begann damit 2004 nach dem Ende der CSV-DP-Koalition.

Außenpolitische Prioritäten, die Luxemburg sehr wohl hat, kamen in seiner achtzigminütigen Erklärung vor: Etwa, das Großherzogtum in multilateralen Organisationen zu verankern. Im Büro des Minister-Gremiums des Rates der OECD ist das seit diesem Jahr der Fall. „Wir konnten in diesem wichtigen Gremium dazu beitragen, dass die grüne Transition, der digitale Umbau und unsere gemeinsamen Werte den Stellenwert bekommen, der ihnen zusteht“, bilanzierte der Außenminister. Auch habe Luxemburg sich für ein „verantwortungsvolles Handeln der Unternehmen in ihren weltweiten Lieferketten eingesetzt“. Der OECD spiele dabei eine Schlüsselrolle. Die EU-Kommission sei dabei, eine EU-Lieferketten-Gesetzgebung zu entwerfen. Dadurch sollen Menschen- und Sozialrechte bei internationalen Zulieferern geschützt werden. Gebe es keine Einigung darüber, werde Luxemburg sich ein nationales Gesetz geben. – Wer keine außenpolitischen Prioritäten hat, würde nicht so sprechen.

Ein anderer großer Moment für die Positionierung Luxemburgs war am 14. Oktober die Wahl in den UN-Menschenrechtsratsrat für die beiden Jahre 2022 und 2023. Nach der Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat 2013 und 2014 ist das die zweite innerhalb kurzer Zeit in einem wichtigen UN-Gremium. Schwerpunkte Luxemburgs im Menschenrechtsrat, so der Außenminister, seien der Einsatz für Rechtsstaatlichkeit; der Kampf gegen den Klimawandel, da dieser sich negativ auf Menschenrechte auswirke, sowie der Einsatz für die Rechte von Frauen, Kindern und LGBTIQ-Personen. Und wer es noch nicht wusste, erfuhr am Dienstag, dass die Luxemburger Außenpolitik „feministisch“ ist. „Systematisch und kohärent setzen wir uns für die Rechte von Frauen und Mädchen, ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit und ihre uneingeschränkte körperliche und geistige Freiheit ein“, berichtete Jean Asselborn. Nur Schweden, Kanada, Frankreich, Spanien und Mexiko behaupteten dies von sich ebenfalls.

Als Handlungsreisender für einen solchen Wertekatalog ist der 72-jährige Jean Asselborn mit seinen nun fast 18 Jahren Erfahrung als Außenminister sehr wertvoll. Asselborn, der gute Mann aus Steinfort, ist zu einem Wert an sich geworden. Seine Popularität zu stärken, indem er in deutschen TV-Talkshows auftritt, hat er nicht mehr nötig. Auch gab es in letzter Zeit kein größeres diplomatisches Fiasko wie vor sieben Jahren die Luxleaks-Affäre. Heute äußert der Außenminister sich in den internationalen Medien

vor allem als Europa- und Immigrationsminister.

Hätte die CSV dazu tatsächlich einen anderen Ansatz, einen „Plan“?

Dann beklagt er die mangelnde Solidarität unter den EU-Staaten, weil Flüchtlingsquoten seit dem Brexit-Votum 2016 politisch unerreichbar sind. Und es womöglich noch lange bleiben werden.

Interessant an den Erklärungen des Ministers ist stets auch, was er nicht sagt oder wozu er sich ausgesprochen zurückhält. Über die Beziehungen zu den USA, China und Russland etwa sprach Jean Asselborn in seiner Erklärung vor allem aus einer EU-Perspektive, eine klar Luxemburger war selten zu erkennen. Das ist bemerkenswert, wenn man etwa bedenkt, dass der von US-Präsident Joe Biden für den Botschafterposten in Luxemburg nominierte Tom Barrett vergangene Woche in der ersten Anhörung zu der Kandidatur im außenpolitischen Ausschuss des US-Senats erklärte, als Botschafter werde er darauf Acht geben, ob die Wirtschaftsverbindungen Luxemburgs mit China zu Weltraum- und Infrastrukturprojekten ein Risiko für Geldwäsche bergen (*d'Land*, 5.11.2021).

Aber zu Themen von solcher Tragweite äußert der Luxemburger Diplomatiefürer sich öffentlich erst, wenn es sein muss. Bis dahin spricht er von Partnerschaftlichkeit mit China, wenngleich China „unsere Werte zum großen Teil nicht teilt“. Luxemburg werde sich weiterhin für den Respekt der Menschenrechte einsetzen. Was eines der „schwierigeren Themen“ sei. In der Debatte zur Außenpolitik bekannte Jean Asselborn am Mittwoch, die sieben in Luxemburg präsenten chinesischen Banken seien einflussreich. Das 2018 mit China abgeschlossene *Memorandum of Understanding* über eine Teilnahme des Großherzogtums an der Initiative „One Belt, One Road“ bleibt unter vertraulichem Verschluss, auch wenn Claude Wiseler es gern lesen möchte: Es stehe aber nichts juristisch Verbindliches darin, beruhigte Jean Asselborn ihn wie schon vor einem Jahr.

Außenpolitik ist in Luxemburg immer auch Außenhandels- und Wirtschaftspolitik. „Unser diplomatisches Netzwerk in Asien hilft unseren Unternehmen, auf diesen Märkten engere Kontakte zu knüpfen.“ Die Verbindungen zwischen Europa und Asien würden immer wichtiger. „Permanent“ sei die Suche nach „neuen Opportunitäten für unsere Unternehmen in aufstrebenden Märkten, etwa in den Asean-Ländern“ (dazu zählen unter anderem Indonesien, Vietnam, Thailand oder die Philippinen).

Die Koalitionspartner zollten dem Außenminister in der Debatte Anerkennung, waren keine Besserwisser, sondern führten eher die von Jean Asselborn angestoßene Weltreise noch ein wenig fort. Der DP-Abgeordnete Gusty Graas sorgte sich um den wachsenden Einfluss Chinas in Europa: Im EU-Staat Kroatien baue China Autobahnen. Die Grüne Stéphanie Empain, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, sinnierte darüber, ob die Entwicklung der Beziehungen zwischen Staaten vergleichbar sei mit der zwischen Menschen.

Der LSAP-Abgeordnete Yves Cruchten streute Jean Asselborn Blumen: „Im Ausland werde ich oft auf Sie angesprochen und höre quasi nur Lob.“ Und sofern Cruchten sich nicht irrt, ist sein Parteikollege nicht nur der dienstälteste Außenminister eines EU-Landes, sondern „unter den Top drei“ der am längsten amtierenden Außenminister der Welt. Solche Worte aus dem Mund des LSAP-Parteipräsidenten sind vielleicht nicht nur etwas überzogener Korpsgeist, sondern auch Ausdruck davon, wie sehr die LSAP Asselborn noch braucht. Seit ihr Vizepremier Dan Kersch erklärt hat, nach den Wahlen 2023 nicht mehr für ein Ministeramt zur Verfügung zu stehen, und Romain Schneider eine erneute Kandidatur zu den Wahlen ausgeschlossen hat, sind erfahrene Köpfe knapp. Der nach Gesundheitsministerin Paulette Lenert zweitbeliebteste Politiker Asselborn dagegen hat wissen lassen, er trete zu den Wahlen an und könne sich vorstellen, Minister zu bleiben.

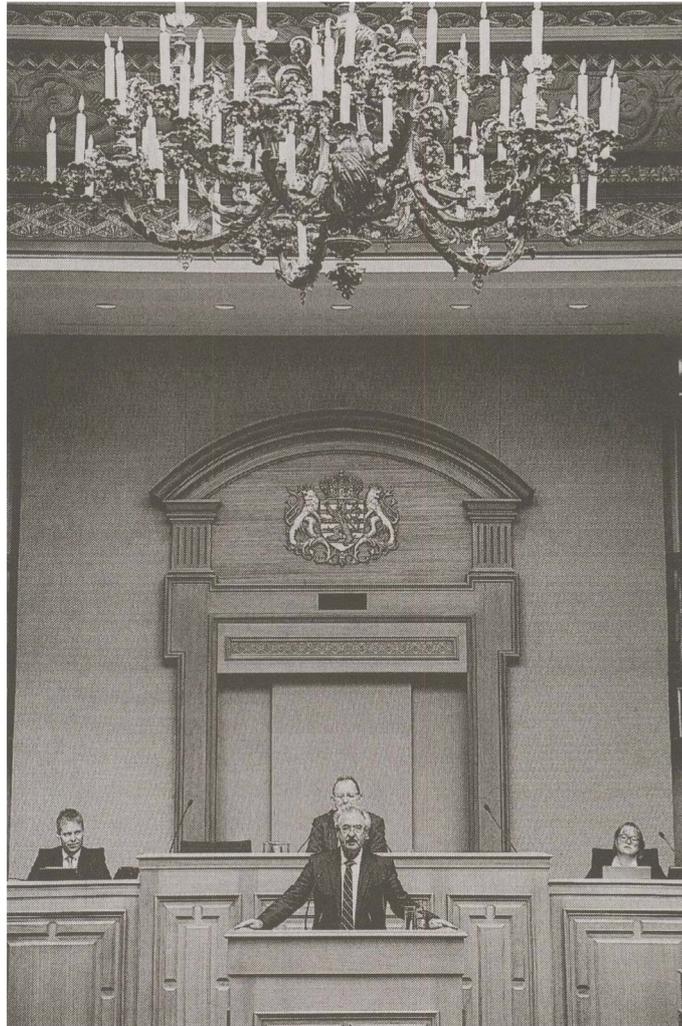
Sogar der ADR-Abgeordnete und Ex-Diplomat Fernand Kartheiser ritt keine Tiraden gegen seinen früheren Chef, sondern suchte nur nach ein paar Haaren in dessen Suppe: Wer in Lieferketten Menschenrechte stärken wolle, dürfe Elektroautos erst dann subventionieren, wenn Kobalt für die Batterien nicht mehr von Kinderarbeitern gefördert wird. Und wenn der Gesetzentwurf der Justizministerin über die Abstammung von Kindern die Leihmutterchaft nicht generell verbiete, könnten Frauen aus Drittwelt-Ländern als „Gebärmaschinen“ ausgebeutet werden. Dass die ADR gegen „mehr Europa“ ist und die Position Polens zur Deutungshoheit des EU-Gerichtshofs verstehen kann, machte Kartheiser aber klar.

Was dieses Thema betrifft, verzichtete der Außenminister auf diplomatische Zurückhaltung und fand, wer die Werte der EU „mit Füßen tritt“, müsse bei finanziellen Zuwendungen aus EU-Töpfen der „Konditionalität“ unterworfen werden. „Millionen Menschen, und insbesondere jene, die ins 22. Jahrhundert hineinwachsen, wollen keinen Illiberalismus à la Orbán.“

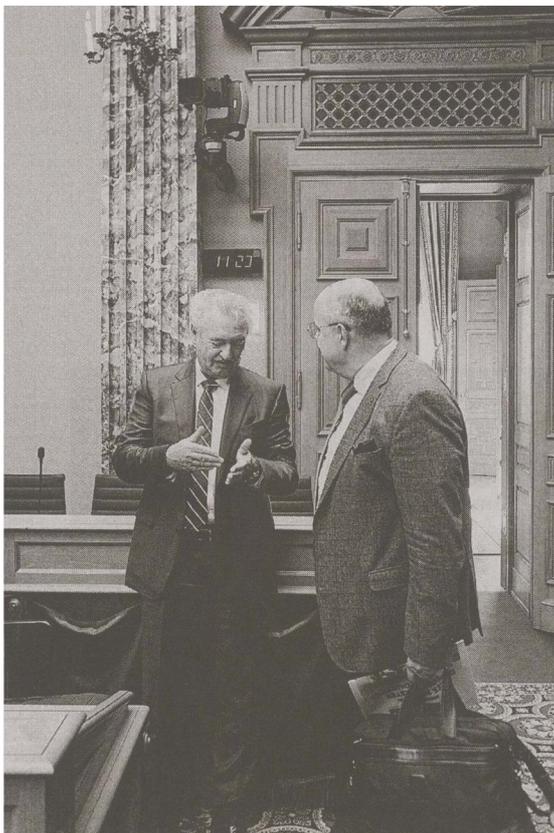
Noch persönlicher äußerte Jean Asselborn sich nur

Relations internationales

noch über den Präsidenten von Belarus: Der sei „ein Räuber, der Flüchtlinge benutzt, um die EU zu erpressen.“ Die Luxemburger Flüchtlingspolitik malte der Außen- und Immigrationsminister als die vielleicht großzügigste der EU aus, jedenfalls gegenüber Asylsuchenden aus Afghanistan: Kein anderes EU-Land verzichte seit 2015 darauf, Afghan/innen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, abzuschicken. ●



Jean Asselborn (LSAP) während seiner Erklärung zur Außenpolitik



Asselborn mit dem CSV-Abgeordneten Marc Spautz

Mehr Schutz durch dritten Pieks

Regierung empfiehlt Booster-Impfung für alle ab 18 Jahre

Von Dani Schumacher

Nachdem der Conseil supérieur des maladies infectieuses (CSMI) bereits am 8. November grünes Licht für eine Booster-Impfung für alle Personen ab 65 Jahre und für Mitarbeiter des Gesundheitssektors gegeben hatte, hat sich die Regierung nun entschieden, die dritte Impfung für alle Menschen ab 18 Jahre freizugeben. Voraussetzung ist, dass die zweite Dosis mit einem mRNA-Impfstoff mindestens sechs Monate zurückliegt, bei einer Impfung mit dem Vakzin von Johnson&Johnson muss eine Frist von einem Monat eingehalten werden.

Wie Premier Xavier Bettel (DP) und Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) gestern beim Pressebriefing erklärten, werden die ersten 40 000 persönlichen Einladungen bereits am Montag verschickt. Die Prozedur ist die gleiche wie bei der Erstimpfung. Mit dem Zugangscode, den man per Post erhält, kann man einen Termin in einem der drei Impfzentren (Limpertsberg, Esch-Belval, Ettelbrück) vereinbaren, man kann aber auch unangemeldet dort vorstellig werden, allerdings muss man dann u.U. Wartezeiten in Kauf nehmen. Man kann die Auffrischungsimpfung aber auch vom Hausarzt vornehmen lassen oder zum Impfbus gehen.

Der Zugangscode ist übrigens unbegrenzt gültig. Für Jugendliche zwischen zwölf und 18 Jahren ist eine Booster-Impfung derzeit nicht möglich, weil die europäische Medikamentenagentur EMA sie für diese Alterskategorie noch nicht zugelassen hat. Bettel und Lenert richteten einen dringenden Appell an die Bevölkerung von dem neuen Angebot, Gebrauch zu machen. Der Impfschutz lasse mit der Zeit nach, daher sei eine Auffrischung besonders wichtig, zum

eigenen Schutz, aber auch aus Solidarität zu den Mitmenschen und zum Personal in den Krankenhäusern.

Impfquote bei 65 Prozent

Selbstschutz und Solidarität sind genau die Argumente, die ganz generell für die Impfung gelten, so die beiden Regierungsmitglieder mit Nachdruck. Bislang sind in Luxemburg lediglich 65,6 Prozent der Gesamtbevölkerung immunisiert, in der Alterskategorie ab zwölf Jahren sind es 76,6 Prozent. Von den über 60-Jährigen, deren Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf deutlich höher liegt, sind immer noch 15 Prozent nicht geimpft.

Der Erfolg des Boosters hält sich ebenfalls in Grenzen. Abgesehen von den Bewohnern der Alters- und Pflegeheime haben nur 65 Prozent der Personen, die bislang infrage kamen, die Offerte angenommen. Bei der Zusatzimpfung bei einer Erstimpfung mit dem Johnson-Vakzin sind es nur 42 Prozent.

Es bleibt also noch viel Luft nach oben. Deshalb wird die Regierung ab dem 6. Dezember eine „Impfwoche“ organisieren. Die mobilen Impfteams werden dann beispielsweise in den Einkaufszentren oder bei größeren Veranstaltungen Präsenz zeigen. Die Details werden in den nächsten Tagen bekannt gegeben.

Impfen in der Groussgaass

Wer will, kann sich ab heute auch in dem neuen lokalen Impfzentrum in der Grand-Rue (Nummer 70) in der Hauptstadt unkompliziert impfen lassen, im gleichen Lokal, wo heute schon die zertifizierte Schnelltests durchgeführt werden. Das Zentrum hat täglich zwischen 11 und 18 Uhr geöffnet, voraussichtlich bis zum 31. De-

zember. Demnächst soll es auch möglich sein, sich in einer Apotheke impfen zu lassen. Der entsprechende Gesetzentwurf befindet sich auf dem Instanzenweg.

Die Regierung hofft, mit all diesen Aktionen, Menschen, die noch zögern, doch noch von der Bedeutung der Immunisierung zu überzeugen und so die Impfquote zu steigern. Zusätzlichen Druck auf Ungeimpfte will sie vorerst nicht ausüben, mit Betonung auf vorerst. Sollten die Infektionszahlen wie beispielsweise in Deutschland oder in Österreich weiter steigen, werde man die Maßnahmen verschärfen müssen, warnten die beiden Minister. Das aktuelle Covid-Gesetz läuft am 18. Dezember aus und muss bis dahin überarbeitet werden. Sollte das Infektionsgeschehen dynamischer werden, könnten noch vor diesem Stichtag Anpassungen vorgenommen werden. Welche Regeln dann gelten könnten, darauf wollte sich gestern weder der Premier noch die Gesundheitsministerin festlegen. Nur so viel: Man wolle nichts ausschließen.

Wichtigstes Kriterium, ob und wann es zu strengeren Maßnahmen kommt, bleibt die Auslastung der Krankenhäuser: „Stand gestern lagen neun Patienten auf der Intensivstation, die meisten sind nicht geimpft.“

● *Stand gestern*
● *lagen neun*
Patienten auf der
Intensivstation, die
meisten sind nicht
geimpft.

Premierminister Xavier Bettel

Bettel bezieht Stellung zum Plagiatsvorwurf

Bei seinem ersten öffentlichen Auftritt nach dem Bekanntwerden der Plagiatsaffäre erklärte Premier Bettel gestern erneut, er habe damals nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Er sei sich aber bereits damals klar darüber gewesen, dass „die Arbeit nicht gut“ war. Es sei in

der Tat „keine Glanzleistung“ gewesen. Er habe allerdings nicht „getrickst oder gefuddelt“ sondern in Absprache mit seinem Professor gehandelt. Es tue ihm leid, wenn die Glaubwürdigkeit der Politik durch sein Handeln Schaden genommen habe. Eine wirkliche Entschuldigung sprach Bettel trotz mehrfacher Nachfrage auch gestern nicht aus. Er werde erst die Stel-

lungnahme der Universität abwarten. Ende Oktober hatte das Online-Magazin Reporter herausgefunden, dass Premier Bettel als Student der Universität Nancy 1999 bei seiner Abschlussarbeit (Diplôme d'Études Approfondies) ganze Passagen kopiert hatte, ohne die Quellen anzugeben.



Premier Bettel und Gesundheitsministerin Lenert richteten gestern erneut einen dringenden Appell an die Bevölkerung, sich impfen zu lassen: „Wir müssen das Infektionsgeschehen drosseln“, so die beiden Minister.

Foto: Guy Jallay

„Booster-Ausweitung ist absolut richtig“

PANDEMIE Virologe Claude Muller erklärt, wie die Regierung mit richtiger Kommunikation gegen Impfverweigerer vorgehen kann

Louis Grün

Eine Boosterimpfung für jeden ab 18 Jahren. Diese Entscheidung hat der Regierungsrat am Freitag-nachmittag getroffen. Die Stufenplanung, die es bei den normalen Impfungen gegeben hat, fällt ebenfalls weg. Das ist gut, sagt Claude Muller, Virologe beim Luxembourg Institute of Health (LIH). Die Booster-Ausweitung sei der richtige Schritt der Regierung, um die Inzidenz runterzuschrauben.

Ab nächster Woche bekommen die ersten 40.000 Menschen eine Einladung zur Auffrischungsimpfung gegen das Coronavirus. Das haben Premierminister Xavier Bettel (DP) und Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) am Freitag bei einer Pressekonferenz bekannt gegeben. „Das ist absolut richtig“, sagt Virologe Claude Muller im Gespräch mit dem *Tageblatt*. Der Stufenplan, den die Regierung bis jetzt verfolgt habe, also um verschiedene Altersklassen für die Boosterimpfung zu priorisieren, sei ebenfalls richtig gewesen. „Die Regierung könnte Menschen ab 55 Jahren ebenfalls vorziehen“, sagt der Virologe. Trotzdem sei der Entschluss, den Booster für mehr Menschen freizugeben, richtig.

Kein Verständnis für Impfverweigerer zeigen

Zukünftig sollen Menschen ebenfalls in einer Apotheke geimpft werden können. Wie könnte dies zur Impfquote in Luxemburg beitragen? In anderen Ländern habe man zur Impfung die Prozedur etwas einfacher gemacht, um breitflächiger zu impfen. Der Virologe ist der Meinung, dass die Impfung in einer Apotheke wesentlich schneller gehen

kann als bei einem Arzt oder einem Impfzentrum. Bedenken hinsichtlich der Fähigkeit eines Apothekers, eine Impfung durchzuführen, hat er keine: „Es ist nicht schwer, eine Spritze zu verabreichen“, sagt Muller. „In vielen Ländern machen Menschen mit einer geringen Ausbildung die Impfungen.“ Man könne hier nicht viel falsch machen.

Jedoch ist der Virologe der Meinung, dass die von der Regierung geplante Impfwoche nicht viel zur Impfquote beitragen wird: „Ich glaube nicht, dass sehr viele Menschen wegen der ‚Impfwoche‘ ihre Impfbereitschaft erhöhen werden.“ Impfwochen würden in einem ganz anderen Kontext durchgeführt, sagt Muller. Die Regierung müsse sich jedoch jetzt schon überlegen, wie sie vorgehen will, wenn sich die Impfquote nicht verbessert. Diese stagniere seit Wochen. „Ab diesem Moment ist es die eigene Entscheidung der Impfverweigerer, sich früher oder später mit dem Virus zu infizieren“, sagt der Virologe. Es gehe nicht mehr alleine um die Inzidenz, sondern um die Hospitalisierungsrate.

„Die Regierung muss auch aufhören, auf Pressekonferenzen umständlich Verständnis für diejenigen zu zeigen, die die Impfung verweigern“, sagt Muller. „Das ist das völlig falsche Signal und äußerst kontraproduktiv.“

Des Weiteren kritisiert der Virologe die Art der Regierung, die Impfung, auch wenn ungewollt, schlechtzureden. „Die Regierung wiederholt immer wieder, dass man auch nach der Impfung infiziert und infektiös sein kann. Das ist sicher kein Anreiz, um sich impfen zu lassen. Sie sollte eher offenlegen, wie viele Impfdurchbrüche es gegeben hat – in Deutschland war dies bei 0,3 Prozent der 56 Millionen Geimpften der Fall – und wie viele Dritte von diesen infiziert wurden“, sagt Muller. Zu-

dem müsse mitgeteilt werden, wie viele Menschen mit Impfdurchbrüchen hospitalisiert wurden. „Diese Zahlen sollten denen der Ungeimpften gegenübergestellt werden. Man könnte auch die Reproduktionszahl unter Geimpften und Ungeimpften miteinander vergleichen. Hier rächt sich, dass diese Kommunikation von medizinischen Laien geführt wird“, bemerkt der Virologe. Ein Impfskeptiker, der die Pressekonferenz höre, könne sich beruhigt zurücklehnen und sagen, dass es okay ist, wenn er sich nicht impfen lasse. Hier werde einfach zu viel Verständnis für Nicht-Geimpfte vermittelt, so Muller.

Das „Impfparadox“

Man könne die Zahlen der Geimpften und Nicht-Geimpften in den Krankenhäusern nicht einfach gleichstellen. Hier handele es sich um das klassische „Impfparadox“: Deshalb müsse unbedingt beachtet werden, dass inzwischen 4,2-mal mehr Personen geimpft sind – also in Luxemburgs Fall rund 422.000 Menschen – als impfbare Nicht-geimpfte – also etwa 100.000 Menschen. „Gibt es etwa doppelt so viele Ungeimpfte als Geimpfte unter den Infizierten, so ist das Risiko der Infektion für Ungeimpfte 8,4-mal höher als für Geimpfte“, erklärt Muller.

Die Aussage der Gesundheitsministerin, dass es an der Presse sei, der Bevölkerung diese Informationen zu erklären, lässt der Virologe nicht gelten. Es sei definitiv die Aufgabe des Ministeriums, die Zahlen mit Blick auf das Impfparadox zu interpretieren und zu erklären. „Ohne Erklärung sind diese Zahlen Wasser auf die Mühlen der Impfskeptiker“, sagt der Virologe. Man dürfe sich daher nicht wundern, wenn die Impfquote immer

weiter abflache. „Da hilft dann auch keine ‚Impfwoche‘ weiter“, so Muller.

Streit um „grüne“ Atomkraft

NACHHALTIGKEIT Luxemburg und vier andere EU-Staaten geben Erklärung ab

Guy Kemp

In der Europäischen Union ist ein Streit darüber entbrannt, ob im Kampf gegen den Klimawandel Atomenergie als „grüne“ Energieform anerkannt und die sogenannte „Taxonomie“ der EU entsprechend angepasst werden soll. Luxemburg und andere EU-Staaten wehren sich dagegen.

In einer gemeinsamen Erklärung haben sich gestern am Rande der Weltklimakonferenz in Glasgow die Umwelt- und Klimaminister aus fünf EU-Staaten, darunter Luxemburg, „für eine nuklear-freie EU-Taxonomie“ ausgesprochen. Die EU-Taxonomie ist ein technisches Dokument, das Investoren Aufschluss darüber gibt, welche wirtschaftlichen Tätigkeiten als umweltfreundlich und nachhaltig eingestuft werden und folglich als für „grüne Investitionen“ tauglich erachtet werden können.

Vor dem Hintergrund der einsetzenden Abkehr von fossilen Brennstoffen und der Suche nach Energieträgern, die keinen schädlichen Einfluss auf das Weltklima haben, wollen acht EU-Staaten, allen voran Frankreich, Tschechien, Ungarn und Polen, durchsetzen, dass Investitionen in Atomenergie als „grün“ deklariert werden. Den sehr auf die noch schmutzigere Kohle angewiesenen osteuropäischen EU-Staaten ist es zudem daran gelegen, dass auch das etwas sauberere Erdgas in

die EU-Taxonomie aufgenommen wird. Allerdings nur für die Übergangszeit, die es braucht, um von der Kohle loszukommen.

Dem stellen sich nun fünf andere EU-Staaten entgegen. Luxemburg, Deutschland, Portugal, Dänemark und Österreich haben gestern am Rande der Weltklimakonferenz eine Erklärung abgegeben, in der sie die EU-Kommission dazu aufrufen, Nuklearenergie nicht in die EU-Taxonomie aufzunehmen. Die Brüsseler Behörde soll eine Neufassung des Regelwerks vorlegen. Aussagen der Kommissionschefin Ursula von der Leyen unter anderem beim letzten EU-Gipfel im Oktober lassen darauf schließen, dass sie dem Ansinnen der Atomkraft-Befürworter aufgeschlossen gegenüber steht.

Negative Konsequenzen

In ihrer gestern abgegebenen Erklärung führen die luxemburgische Umweltministerin Carole Dieschbourg und ihre vier EU-Amtskollegen unter anderem an, dass Nuklearenergie nicht vereinbar sei mit dem in der EU-Taxonomie verankerten Prinzip „keinen nennenswerten Schaden anrichten“ (do not significant harm). Investoren würden als „nachhaltig“ gekennzeichneten Finanzprodukten nicht mehr vertrauen, wenn sie befürchten müssten, mit deren Kauf Aktivitäten im Bereich der Atom-

energie zu finanzieren. Selbst institutionelle Investoren seien gegen die Aufnahme der Atomenergie in die EU-Taxonomie, so die fünf EU-Staaten in ihrer Erklärung. Dieschbourg warnte, dass ein solcher Schritt „massive negative Konsequenzen für die Glaubwürdigkeit, Sicherheit und Transparenz in Europa und weltweit“ für als nachhaltig ausgewiesene Finanzprodukte haben werde.

Atomenergie wird in zunehmendem Maße als Übergangslösung im Rahmen einer raschen Energiewende weg von fossilen Brennstoffen hin zu klimafreundlichen Energieformen angesehen. Befürworter setzen daher auf den Bau neuer Atomkraftwerke, darunter auch Mini-Atomkraftwerke, wie sie etwa der Turbinenhersteller Rolls-Royce in Großbritannien bauen will (siehe gestrige *Tageblatt*-Ausgabe). Kritiker halten dem allerdings entgegen, dass nach wie vor das Problem des Atom- und Kernmülls in keiner Weise nachhaltig gelöst ist und sehr viele Generationen mit den damit verbundenen Schwierigkeiten konfrontiert sein werden. Es brauche zudem mindestens ein Jahrzehnt, vermutlich aber viel länger, bevor überhaupt ein Atomkraftwerk betriebsbereit sei. Dabei könnten während dieser Zeit, und mit den dafür benötigten finanziellen Mitteln, viel schneller umweltschonendere und weniger gefährliche Energiequellen erschlossen werden.

Der Familientradition verpflichtet

Erbgroßherzog Guillaume über Verantwortung, Verfassungsreform und Waringo-Bericht

Interview: Michael Juchmes und Marc Schlammes

Wie geht man, insbesondere in jungen Jahren, damit um, dass sein Lebensweg von Geburt an vorgezeichnet ist? Wie schafft man die Balance zwischen öffentlichem Leben und privatem Rückzug? Und wie hat er die Turbulenzen am großherzoglichen Hof samt Waringo-Bericht erlebt? Im Interview geht Erbgroßherzog Guillaume, der heute 40 wird, ausführlich auf diese Aspekte ein.

Monseigneur, der 40. Geburtstag stellt für viele Menschen eine Zäsur im Leben dar. Welche Bedeutung hat die Zahl 40 für Sie?

Wie für jeden Menschen ist es auch für mich eine wichtige Etappe in meinem Leben. Ich bin aber nicht dabei, mir nun existenzielle Gedanken zu machen; ich habe auch keinen Grund dazu. Ich bin glücklich verheiratet und darf seit anderthalb Jahren dank der Geburt von Charles Vaterfreuden genießen.

Sie wurden von Kindesbeinen an auf Ihre künftige Rolle als Staatsschef vorbereitet. Was, würden Sie sagen, waren die wichtigsten Etappen, die Sie durchlaufen haben?

Diese Rolle stellt eine große Verantwortung dar, der ich mir sehr früh bewusst wurde. Enorm geholfen hat mir dabei die Begleitung und Unterstützung meiner Eltern. Die Weitergabe von Werten in unserer Familie eine bedeutende Rolle. Als weitere wichtige Etappen sehe ich die Absolvierung der Offiziersschule, meinen Aufenthalt an der Universität und die Aufgabe als Erbgroßherzog, die mir mit meinen zahlreichen Aktivitäten und Begegnungen erlaubt, meinen Landsleuten zuzuhören, sie zu verstehen und zu unterstützen.

Wie hoch schätzen Sie den Druck ein, der auf Ihnen lastet? Wünscht man sich da nicht manchmal, der Kelch der Thronfolge wäre an einem vorübergegangen?

Wie jeder Teenager auch habe ich Krisen und Momente des Zweifels durchlaufen. Auch das ist eine Etappe in meinem Leben. Zu der Zeit spielte meine Mutter eine zentrale Rolle; sie brachte die

Geduld auf, mir zuzuhören, und erteilte mir jene Ratschläge, so dass ich meinen Weg in der mir zugeordneten Rolle fand. Wichtig ist, dass man sich stets selbst treu bleibt.

Wie schafft man es dennoch, bei einem derart vorgegebenen Lebenslauf, Mensch zu bleiben und Freiräume für ein Eigenleben zu haben?

Die Monarchie ist eine eigenartige Staatsform, weil man von Geburt an eine Person des öffentlichen Lebens ist. Da besteht die große Herausforderung darin, die passende Balance zwischen Öffentlichkeit und persönlichem Leben zu finden. So wie meine Eltern mir dabei behilflich waren, sind auch wir nun gewillt, Prinz Charles zu unterstützen. Wobei ich sagen kann, dass die Aufmerksamkeit, die ihm seit seiner Geburt zuteil wird, uns als Eltern natürlich erfreut.

Womit bereitet sich der Erbgroßherzog denn beispielsweise selbst eine Freude?

Ich treibe gerne Sport und koche auch gerne. Ich bin aber auch ein sehr sozialer Mensch, der, wie meine Frau Stéphanie auch, seine Freundschaften pflegt.

Wenn Sie kochen, was ist Ihr Lieblingsgericht?

Da bin ich vielseitig. Ich habe allerdings ein Faible für französische Gerichte.

Zu Ihren Aufgaben gehört die Teilnahme an Wirtschaftsmissionen: Inwieweit reist da stets auch der Druck mit, Luxemburg angemessen zu vertreten – Stichwort Türöffner – und inwieweit können Sie diese Reisen dennoch genießen?

Diese Reisen sind für mich eine Bereicherung, auch wenn sie weit weg von Urlaub sind. Mir gefällt die umgängliche Atmosphäre und ich bin stets beeindruckt vom Know-how der luxemburgischen Wirtschaft. Wenn meine Präsenz als Erbgroßherzog hilft, um Türen zu öffnen und Brücken zu bauen, sehe ich das als einen nützlichen Teil meiner Rolle.

Ihrem Vater, Großherzog Henri, liegt der Klimaschutz ganz beson-

ders am Herzen. Wie sehen Sie insbesondere das Engagement der jüngeren Generationen und was kann oder muss getan werden, damit die Jugendlichen nicht enttäuscht werden?

Wir sollten uns bewusst sein, dass gerade die Jüngeren in den vergangenen Monaten erheblich unter der Pandemie gelitten haben. Mir ist es deshalb wichtig, diese Erfahrungen im direkten Kontakt mit ihnen, wie kürzlich bei meinem Besuch im Lycée Robert Schuman, zu erörtern. Dabei geht es natürlich auch um Zukunftsgestaltung und da stellt der Kampf gegen den Klimawandel ein besonderes Anliegen dar. Als ältere Generationen sollten wir die Jugend in diesem Engagement begleiten und unterstützen. Was für einen positiven Beitrag junge Menschen leisten können, haben beispielsweise die Luxemburger Pfadfinder während der Pandemie gezeigt, weshalb sie nun für ihr Engagement mit dem europäischen Bürgerpreis ausgezeichnet wurden. Als Pfadfinder erfüllte mich das mit Stolz.

Gibt es gesellschaftliche Entwicklungen, die Ihnen derzeit Sorgen bereiten?

Ich bin besorgt über den zunehmenden Egoismus und Egozentrismus. Das ist keine gute Entwicklung für eine Gesellschaft und da sind wir alle gefordert, um gegenzusteuern. Da sollte jeder Einzelne mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb ist für mich das Benevolat auch so wichtig, auf sozialer, kultureller oder sportlicher Ebene. Es ist, wie das Beispiel der Pfadfinder aus dem vorigen Jahr exemplarisch zeigt, der konkrete Ausdruck von Solidarität und das genaue Gegenteil von Egoismus.

Unter anderem als Mitglied des Staatsrats sind Sie mit den politischen Abläufen und Herausforderungen vertraut. Inwieweit ist es Ihnen möglich, sich selbst einzubringen: Sie haben doch bestimmt eine Meinung zu diesem oder jenem Thema, das die politische Aktualität dominiert?

Für mich stellt die Mitgliedschaft im Staatsrat eine wunderbare Lehre da, da sie mir erlaubt,

mich mit den legislativen Prozessen vertraut zu machen. Meine Präsenz orientiert sich an den Prinzipien der politischen Neutralität und der Zurückhaltung. Ich höre aufmerksam zu, um mir ein möglichst vollständiges Bild der politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge zu machen.

Die Monarchie in Luxemburg hat in jüngerer Vergangenheit eher turbulente Tage durchgemacht. Wie haben Sie diese Zeit, die zum Waringo-Bericht und der Schaffung der Maison du Grand-Duc führte, erlebt?

Das waren in der Tat turbulente, schwere Zeiten. Insbesondere für meine Eltern, die während dieser Periode das Gefühl haben mussten, dass Ihr Einsatz über die vielen Jahre nicht mehr gewertschätzt wurde. Auf die Unterstützung und Anerkennung von Seiten ihrer Familie konnten meine Eltern sich aber immer verlassen. Mit der Maison du Grand-Duc und der neuen Administration des Biens du Grand-Duc haben wir jetzt neue Strukturen und auch wenn es noch ein evolutiver Prozess ist, blicke ich mit viel Zuversicht nach vorne, umso mehr, weil wir von kompetenten Mitarbeitern umgeben sind.

Demnächst wird die Verfassungsreform auch die Institution des Staatsschefs ins 21. Jahrhundert führen. Inwieweit setzt man sich als Erbgroßherzog damit auseinander, dass mit der Reform Politiker in gewisser Weise auch die Job Description für einen selbst festlegen?

Ich sehe die Verfassung nicht als Job Description, weil sie ja nicht vorschreibt, wie ich einmal als Großherzog zu sein habe. Das neue Verfassungsprojekt, so wie die bestehende Verfassung, legen den konkreten Rahmen für die Rolle des Großherzogs fest. Sie lassen aber Raum für eine gewisse persönliche Spontaneität.

Mit welchen Argumenten würden Sie jemanden zu überzeugen versuchen, der behauptet, eine Monarchie sei nicht mehr zeitgemäß und Luxemburg bräuchte keinen Großherzog mehr?

Ich würde auf unsere Familien-

tradition verweisen, auf die ich sehr stolz bin. Es gibt genügend Beispiele in der Geschichte, wie sich unsere Familie für Luxemburg eingesetzt hat. Denken Sie bloß an den Zweiten Weltkrieg, als Großherzogin Charlotte, Prinz Félix und Prinz Jean an vielen Fronten für die Unabhängigkeit Luxemburgs kämpften. Dann muss eine moderne Monarchie anpassungsfähig sein, sich den Herausforderungen der jeweiligen Zeit stellen und sich einbringen. Gerade im wirtschaftlichen Bereich kann sie als Soft Power funktionieren. Und dann muss eine Monarchie menschlich sein. Wir müssen uns für unsere Mitbürger interessieren und für sie da sein, in guten und besonders in schlechten Zeiten.

Klimakrise, soziale Spannungen, politische Konflikte bis hin zu Terroranschlägen: Machen Sie sich als Vater ab und an Sorgen, in welche Welt Ihr Sohn hineinwachsen wird?

Ich bin von Natur aus ein ganz optimistischer Mensch. Das bedeutet nicht, dass ich die Augen schließe vor den Herausforderungen unserer Zeit. Ich denke, wir sind als Erwachsene verantwortlich für die Welt, die wir unseren Kindern schenken. Wir müssen also heute mit gutem Beispiel vorangehen, damit unsere Kinder morgen in einer heileren Welt leben können.

Auch Ihr Sohn, Prinz Charles, wird die Vorbereitung hin zur Thronfolge durchlaufen. Rückblickend auf Ihre eigene Erziehung: Was wollen Sie ihm insbesondere mit auf den Weg geben und von welchen Erfahrungen, die Sie machten, wollen Sie für ihren Sohn absehen?

- Die Monarchie ist
- eine eigenartige Staatsform, weil man von Geburt an eine Person des öffentlichen Lebens ist.

Ich hoffe, dass ich Charles eine möglichst normale Kindheit bieten kann, so wie das auch bei mir der Fall war. Dafür bin ich meinen Eltern sehr dankbar. Es wird um die Balance gehen zwischen der Vorbereitung auf seine künftige Verantwortung und einem Leben, das nicht zu sehr auf die Öffentlichkeit ausgerichtet ist. Daneben sollte es auch Charles in seinem Leben erlaubt sein, Fehler machen zu dürfen. Denn aus Fehlern kann man lernen. Mich hat das jedenfalls immer stärker gemacht.

Was natürlich viele Luxemburger interessiert: Wie wächst Charles auf? Erfährt er eine bilinguale Erziehung, wie es in vielen luxemburgischen Haushalten üblich ist?

Genau. Ich spreche Luxemburgisch mit ihm, seine Mutter spricht Französisch mit ihm. Ansonsten wird in Fischbach prinzipiell nur Luxemburgisch geredet. Ich bin allemal gespannt auf die ersten Worte von Charles: Ob die auf Luxemburgisch oder Französisch sein werden.

Viele Menschen können sich nicht vorstellen, wie der Alltag eines Mitglieds der großherzoglichen Familie aussieht. Gibt es bei Ihnen überhaupt so etwas wie einen geordneten Tagesablauf?

In einem gewissen Sinn schon, etwa durch die regelmäßigen Unterredungen mit meinen Mitarbeitern. Ansonsten ist unser Alltag facettenreich und größtenteils von unserem Engagement, sei es auf sozialer, wirtschaftlicher oder kultureller Ebene, und durch die repräsentativen Pflichten bestimmt.

Sie haben in der Schweiz, in England und Frankreich gelebt, sind

- Ich hoffe, dass
- ich Charles eine möglichst normale Kindheit bieten kann, so wie das auch bei mir der Fall war.

aber – auch aufgrund Ihrer Aufgabe – wieder zurück nach Luxemburg gekommen. Was schätzen Sie besonders an Ihrer Heimat?

Wir haben in Luxemburg eine sehr spezielle Lebensqualität. Zum einen, weil es uns ganz gut geht. Zum anderen wegen der spektakulären Landschaft. Es freut mich immer wieder, Freunden aus dem Ausland zu zeigen, wie schön und vielfältig unser Land ist.

Wie vermitteln Sie die Liebe zur Heimat Ihrem Sohn? Oder anders gesagt: Was ist in Ihrem Haushalt typisch luxemburgisch?

Wir beide haben jeden Morgen ein Ritual: Ich esse meine Kachkéissschmier und Charles darf daran kosten, was er auch schon mit sehr viel Genuss macht.

Charles wurde während der Corona-Pandemie geboren, die für viele Menschen keine einfache Zeit war. Inwieweit hat das Ihr Familienleben in den vergangenen anderthalb Jahren beeinflusst?

Wir haben sehr viel Zeit zusammen in der Natur verbracht, so dass Charles die wunderbare Landschaft schon etwas kennenlernen konnte. Und ich konnte insgesamt viel Zeit mit meiner Familie verbringen und aus nächster Nähe beobachten, wie Charles heranwächst.

Bald steht das Weihnachtsfest an – das zweite als kleine Familie. Worauf freuen Sie sich in diesem Jahr am meisten?

Ich hoffe, dass ein Weihnachtsfest in größerer Familienrunde dieses Jahr wieder möglich sein wird. Das wünsche ich auch allen Bürgerinnen und Bürgern, die während vielen Wochen und Monaten in Einsamkeit gelebt haben.

- Ich sehe die
- Verfassung nicht als Job Description, weil sie ja nicht vorschreibt, wie ich einmal als Großherzog zu sein habe.

Eine besondere Beziehung

Großherzogin Maria Teresa blickt zusammen mit Co-Autor Stéphane Bern in einem Buch auf 40 Ehejahre zurück

Luxemburg. Ein Blick in ein Fotoalbum ist an sich nichts Ungewöhnliches. Anders sieht es aus, wenn das Album mit besonderen Aufnahmen bestückt ist – und es Großherzogin Maria Teresa gehört. Die 65-Jährige, die ihren Mann, Großherzog Henri, während des Studiums in Genf kennenlernte, lässt nun die Öffentlichkeit an ihrem Privatleben teilhaben. Nein, nicht mittels Einladung in den Palast, sondern mit Hilfe eines Buches mit dem Titel „Un Amour souverain – 40 ans au service du Luxembourg“, das vom heutigen Mittwoch an erhältlich ist.

40 gemeinsame Ehejahre

Auf rund 160 Seiten blickt die gebürtige Kubanerin auf die 40 Ehejahre mit ihrem Gatten zurück, zeigt Aufnahmen aus dem Privatarchiv – und fand in Stéphane Bern, dem französischen Autor und Moderator, nicht nur einen guten Freund, sondern auch einen Partner, der ihr Projekt mit Texten unterstützte. Maria Teresa lässt auch die Anfangsjahre Revue passieren, eine aufregende Zeit für die junge Bürgerliche im ihr so fremden Luxemburg.

Der Großherzogin geht es bei der Veröffentlichung nicht nur darum, die schönen Momente wieder aufleben zu lassen, sie will auch zeigen, „wie ein Leben als Paar ist, mit all seinen Schwierigkeiten, die einem begegnen können, mit Höhen und Tiefen“, so Maria Teresa im Interview mit RTL. Sie und ihr Mann hätten unterschiedliches Temperament. „Wir haben im Laufe der Jahre gelernt, aufeinander abzufärben.“

In dem Buch „Un Amour souverain“, das im Verlag Albin Michel erschienen ist und Texte in französischer und englischer Sprache enthält, sind Bilder des großherzoglichen Paares aus allen Jahrzehnten und zusätzlich Aufnahmen der Anwesen der Familie zu finden. Es nimmt den Leser mit auf eine ganz intime Reise. Dabei sieht die Großherzogin das Buch nicht nur als Möglichkeit an, den Bürgern des Landes einen Einblick zu gewähren: Sie wolle ihren Kindern und Enkelkindern auch „etwas Schönes hinterlassen“.

Gemeinsame Vertrauensbasis

Laut Co-Autor Stéphane Bern bat er die Großherzogin, im Archiv der Familie nach Fotos zu suchen. „Um

zu berichten, wie sie durch die Heirat mit Kronprinz Henri eine neue Wahlheimat gefunden und sich seit nunmehr 40 Jahren für ihr Land eingesetzt hat“, so Bern auf eine Anfrage des „Luxemburger Wort“.

Den roten Faden des Buches bildeten die Aufnahmen aus dem Familienalbum, die nach Themen geordnet sind: Ehe, Familienleben, Dienstreisen, aber auch die familiäre Geschichte der Großherzogin. Sie habe sich dazu bereit erklärt, ihm persönliche Erinnerungen und private Fotos anzuvertrauen, so Bern. „Die Arbeit mit ihr verlief dabei sehr spaßig und mit guter Laune.“

LW

● *Die Arbeit mit
● ihr verlief sehr
spaßig und mit
guter Laune.*

Co-Autor Stéphane Bern

Stéphane Bern, La Grande-Duchesse Maria Teresa de Luxembourg: „Un Amour souverain“, Albin Michel, 160 Seiten, ISBN: 978-2226458773, € 32

Luxembourg

Jean Asselborn

Spitzenpolitiker mit vielen Radkilometer

Der Luxemburger Jean Asselborn ist der am längsten amtierende Außenminister in der EU – und der Spitzenpolitiker mit den meisten Rennradkilometern. Für TOUR nahm sich der leidenschaftliche Europapolitiker und Radsportler Zeit für eine gemeinsame Runde in seiner Heimat.

Die Nachrichtenlage ist dramatisch in diesem Spätsommer, für die internationale Politik steht enorm viel auf dem Spiel. Im schwelenden Konflikt zwischen Russland und der Ukraine geht es auch um geopolitische Konsequenzen weit über die Region hinaus. Und in Afghanistan folgt auf den Umsturz die humanitäre Katastrophe. Sie führt in Europa mal wieder zum Streit über den Umgang mit Flüchtlingen. Für den am längsten amtierenden Außenminister der Europäischen Union türmen sich die Aufgaben – doch diesen einen Termin möchte er unbedingt wahrnehmen. „Ich bin zwar ausgelaugt“, sagt Jean Asselborn an einem Sonntagmorgen im August am Telefon, „aber wir machen das, das ist jetzt wichtig.“

„Das“ ist eine gemeinsame Rennradtour, zu der ich mit dem luxemburgischen Außenminister verabredet bin. Der Spitzenpolitiker hat Lust und offenbar auch das große Bedürfnis, sich nicht nur aufs Rad zu setzen – sondern daraus auch eine Geschichte zu machen, die ihn bei seinem liebsten Hobby porträtiert. Ein paar Tage vor dem Termin hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier seinen luxemburgischen Freund in einem Interview als den besonders sportbegeisterten Spitzenpolitiker hervorgehoben. In jedem Fall ist der 72-Jährige ein Unikat: Wer sonst verbindet so viele politische Akzente mit aktivem Radsport?

Kiew, Brüssel, Bonn. Es ist nicht einfach, im Terminkalender des Außenministers eine Lücke zu finden. Noch schwieriger aber gestaltet es sich, eine Regellücke in der Wettervorhersage auszumachen. Es ist nicht so, dass Jean Asselborn nur bei Sonne fahren würde. Wie wäre er sonst auf die gut 9.000 Kilometer gekommen, die er in den ersten knapp acht Monaten des Jahres auf seinem Garmin gesammelt hat? Aber er ist medialer Vollprofi und weiß, dass nicht nur das innere Erlebnis zählt, sondern auch die äußeren Bilder, die entstehen. Außerdem ist es einfach viel schöner in der lieblichen Hügellandschaft Luxemburgs, die Asselborn seinen Besuchern gern zeigen möchte. „Ich glaube, wir haben hier im Eischtal und der Umgebung einige der schönsten Radstrecken in ganz Europa.“

Das geputzte Rad steht bereit

Als der Tag für die gemeinsame Ausfahrt gekommen ist, scheint der Minister es kaum erwarten zu können. Der Termin ist für 11 Uhr ausgemacht, die Anfahrt dauert wegen des Verkehrschaos im flutgeschädigten deutschen Westen sechs Minuten länger – aber

schon um 11.04 Uhr schickt er eine Kurznachricht, ob alles klargehe. Als wir ankommen, schaut der Minister bereits aus dem Fenster im Obergeschoss seines Hauses in der Kleinstadt Steinfort, ein stattliches Gebäude aus den 1990er-Jahren, die Garage steht offen, das geputzte schwarz-rote Rennrad bereit. Asselborn pfeift, er kommt nach unten, begrüßt die Besucher mit sportlicher Corona-Faust. Es ist ein Termin, den er mit positiver Energie angeht. Eine schöne Abwechslung von allem, was er sonst unter Hochdruck betreibt. Gerade eben hat er noch ein langes Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ beendet – das sei hart gewesen, stöhnt der Routinier. Wie so oft ging es um Flüchtlinge, diesmal aus Kabul, Asselborn kämpft für ihre Aufnahme in der

Luxembourg

Europäischen Union, wie schon seit vielen Jahren. Aber er weiß, dass dieser Kampf schwierig ist, vielleicht nicht zu gewinnen.

Fit fürs Amt

Kaffee im Wohnzimmer, ein lockerer Plausch zum Warmwerden. Asselborn trägt schon Radschuhe, überm Trikot hat er eine rote Sportjacke an. Als ich das Wort „Masochismus“ in den Mund nehme, um eine Eigenschaft von Radsportlern zu beschreiben, lacht der Politiker. Die Fähigkeit und sogar der Wunsch zu leiden, gehört für viele Radler zum Hobby, zumindest an besonderen Tagen, und auch der Minister kennt das. Aber der Sport entspannt ihn auch. „Um dieses Amt zu machen, muss man physisch fit sein, man muss einen Ausgleich finden. Oft schläft man schlecht. Daher sollte man auch nicht viel Alkohol trinken“, sagt er. Sein Geheimrezept, um den Stoffwechsel nach dem Aufstehen zu unterstützen: Wasser mit Apfelessig und Honig – oder seit Neuestem das französische Milchprodukt Faisselle, eine Art Frischkäse, mit Honig. Das tue ihm gut, sagt er. Und ebenso gut tun ihm die Radeinheiten, wenn er aus dem Flieger steigt.

Der Sport, das betont er stets, bedeutet ihm viel. Als Kind ließ er sich von französischsprachigen Radioreportagen der Tour de France verzaubern, fieberte mit dem luxemburgischen Tour-Sieger Charly Gaul. Im Laufe der Jahre knüpfte er enge Bande zu Profis aus seinem Land, vor allem mit Andy Schleck ist er verbunden. Es gibt ein Foto im Keller der Asselborns, aufgenommen in Palma de Mallorca, das die beiden zeigt. Der Politiker setzte sich beim damaligen französischen Präsidenten François Hollande so lange ein, bis Andy Schleck Ende 2014 endlich die Porzellanvase ausgehändigt bekam, die Tour-de-France-Sieger traditionell erhalten. Schleck war nach der Disqualifikation von Alberto Contador auf den ersten Platz des Tour-Podiums von 2010 gerückt, doch der Spanier hatte die Vase nicht herausgegeben.

Gemeinsame Radtouren bekommen die beiden berühmten Landsmänner bisher nicht zustande. Generell fährt der Außenminister etwa drei Viertel seiner Strecken alleine, aber es gibt auch feste Radkollegen. Manchmal kommt er mit zwei Männern aus seiner Nähe zusammen, manchmal verabredet er sich mit einem Freund, man trifft sich dann auf halber Strecke. Aber Asselborns voller Terminkalender mit vielen Reisen lässt oft nur spontane Touren zu, wenn es gerade passt.

„Wenn ich nicht mehr Rad fahren kann, ist der Ofen aus“, wird Asselborn in seiner Biografie „Merde Alors!“ zitiert. Aber ist es angemessen, sich in einer so dramatischen

Weltlage aufs Rad zu schwingen? Müsste der Minister nicht nur über ernste Themen nachdenken? „Da geht der Mensch kaputt“, flüstert er, dann sagt er lauter: „Die, die nur Politik im Kopf haben, drehen sich im Kreis.“ Ihm biete der Sport Ausgleich, Regeneration, die Möglichkeit zur neuen Konzentration.

Aufsteiger aus dem Arbeitermilieu

Asselborn spricht mit Stolz über seinen Werdegang – eine Laufbahn, die zu den Mühen des Radsports passt. Er verließ die Schule früh, arbeitete in der Reifenfabrik Uniroyal, bald darauf als Beamter in Luxemburg und dann in seiner Heimatgemeinde Steinfort, wo er später auch Bürgermeister war. Nebenher paukte er, bis er als 27-Jähriger die Hochschulreife hatte, studierte danach Zivilprozessrecht im französischen Nancy. Asselborn ist ein glaubhafter Vertreter der klassischen Sozialdemokratie, ein Aufsteiger mit Wurzeln im Arbeitermilieu.

Das Rennradfahren entdeckte er allerdings recht spät für sich: 1994 während der Koalitionsverhandlungen mit den luxemburgischen Christdemokraten kam ihm die Einsicht: „Ich dachte, dass ich nur noch sitzen, sitzen, sitzen werde. Dagegen wollte ich etwas machen“, erinnert sich der Politiker. Erst fuhr er mit dem Mountainbike einer seiner beiden Töchter, doch schon 1995 hatte er ein Rennrad – und unternahm gleich seine erste Fernfahrt im Sommer: Von Luxemburg ging es nach Fréjus in den französischen Alpen. Es war der Auftakt einer bemerkenswerten sportlichen Laufbahn.

Wir haben Glück mit dem Wetter, die Sonne kommt sogar durch und scheint auf Asselborns strahlend gelbe Windjacke. Seine Haut ist braun gebrannt, seine Beine beachtlich definiert. Es ist nur eine gute Woche her, dass Asselborn seine alljährliche Sommertour mit dem Rennrad beendet hat. Am Lenker seines Aero-Rennrads zeugt noch die Halterung einer Tasche vom Abenteuer – und weckt die Erinnerung an tägliche Updates, die der Minister an etwa 2.000 Menschen über Facebook geschickt hat. Gute 1.000 Kilometer hat er, größtenteils alleine, durch Frankreich zurückgelegt. Seit gut zwei Jahrzehnten macht Asselborn solche Touren Jahr für Jahr, auch wenn er zwischendurch mal in politischen Krisen einspringen und die Fahrt unterbrechen oder ein gestohlenen Rennrad ersetzen lassen musste. „Diese Fahrt im Sommer ist der Höhepunkt, auf den ich mich am meisten freue. Aber das heißt auch, dass ich das ganze Jahr durchfahren muss.“

Wir radeln im gemächlichen Tempo vor seinem Haus los, zwischen Äckern hindurch, hinab ins „Tal der sieben Schlösser“ – und plaudern ohne Pause. Es ist ein Mix aus Fragen und Erzählungen in beide Richtungen, viel Sport, Privates, aber auch ernste Themen – und auch wenn Asselborn ein fröhliches Gemüt zeigt, seine Aussagen sind ungeschönt und ungefiltert. Er sorgt sich um die alten Werte jenes Europas, für das er öffentlich so laut kämpft – gegen Österreichs Regierung, aber vor allem gegen die Machthaber in Polen und Ungarn. Es ist erstaunlich, so ganz ohne Filter und ohne Personenschutz ein paar Stunden neben einem europäischen Regierungsmitglied auf dem Rad zu sitzen. In Deutschland oder Frankreich wäre das undenkbar. Die Verhältnisse sind anders hier im Großherzogtum Luxemburg. „Ich habe mehr Freiheit in der Bewegung und in der Aussage“, sagt der Politiker. Nur einmal, als der damalige

US-Außenminister John Kerry, selbst begeisterter Rennradler, 2016 hier im Westen Luxemburgs eine Runde mit Asselborn drehte, war das Sicherheitsaufgebot erheblich.

Demut durch Rennradfahren

Am Château d'Ansembourg pausieren wir für einen Blick auf das historische Gemäuer und für Fotos. Der Minister schaut auf sein Handy. Ein fernöstlicher Diplomat hat Interesse an überzähligen Impfdosen bekundet, Asselborn ruft einen Kollegen an, ein paar Sätze später ist das Thema in Gang gebracht. Dann blickt er noch in die E-Mails – und schon kann es weitergehen. Heute ist es nur eine gemächliche Tour, wir biegen hin und wieder mal in einen kurzen Anstieg ein. „Wenn Sie wollen, können Sie hier aber ganz schnell die Höhenmeter vom Ventoux zusammenbekommen“, sagt Asselborn. Es ist keine zwei Wochen her, dass er wieder den Mont Ventoux hochgefahren ist, wie jedes Jahr im Sommer, er hatte Glück, der starke Wind kam erst am folgenden Tag. Der Berg zieht ihn an, die Erfahrung mit dem Rennrad dort ist ihm besonders wichtig. „Man sieht da, wie klein man ist. Und jedes Jahr wird man kleiner“, sagt Asselborn. Es ist die Demut, die Rennradfahrer vor dem Pass erleben, ein Gefühl, das Asselborn besonders oft anspricht. Man hinterfrage sich zwangsläufig selbst als Rennradfahrer, glaubt er.

Jean Asselborn kann sich kein Leben ohne diesen Sport mehr vorstellen. Oft, so erzählt er, kommen ihm auf dem Rad die entscheidenden Ideen für eine Rede, einen politischen Vorschlag. Er lernt, seine eigene Zähigkeit zu erkennen, trainiert das Durchhalten. Und er genießt die Zeit an der frischen Luft. „Ich brauche den Sauerstoff, deswegen fahre ich auch bei Regen und manchmal sogar bei Schnee, auch wenn es nur eine kurze Runde ist.“ Wenn er aus dem Flieger steigt, es eine Lücke im Kalender gibt, ein paar Tage frei sind: Asselborn tritt in die Pedale, sammelt Kilometer, atmet durch. Selten habe ich bei Terminen mit Prominenten das Gefühl, dass ausreichend Zeit ist. Aber hier, an diesem Donnerstag in Luxemburg, scheint der Minister sich alle Zeit der Welt zu nehmen.

Irgendwann muss dann aber doch Schluss sein. Jean Asselborn hat sein Rad in die Garage gebracht, vorbei an zwei gerahmten Zeitungs-Karikaturen von ihm als Rennradfreak, und sich wieder mit energischer Corona-Faust verabschiedet. Auf der Rückfahrt höre ich im Autoradio die Meldung von Explosionen am Flughafen in Kabul. Es ist eine internationale Krise von enormen Dimensionen. Wenige Tage später schickt Asselborn eine Nachricht aus Brüssel, wo er beim Ministerrat seine Forderungen vertritt. Er bedankt sich für den schönen gemeinsamen Radtag. Der „Kampf“ mit den Innenministern der EU, schreibt er, verlange ihm mehr ab als drei Ventoux. „Muss da durch“, schreibt Asselborn. Wie das geht, hat er ja auf dem Rennradsattel oft genug erfahren.



© Christoph Papsch



© Christoph Papsch



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

Mission Dubai

Erbgroßherzog Guillaume und Tourismusminister Lex Delles unterwegs in den Vereinigten Arabischen Emiraten

Von Jeff Wiltzius (Dubai)

Am Eingang kündigen große Buchstaben und das markante rot-blaue „X“ an, welcher Themenbereich die Besucher hier auf der Expo 2020 erwartet: „Luxembourg“. Dahinter die helle, verschlungene Außenseite des nationalen Pavillons. Davor am Samstag starkes Gedränge – denn hoher Besuch aus der Heimat stand an.

Erbgroßherzog Guillaume, Lex Delles (DP) – Minister für Mittelstand und Tourismus – sowie Vertreter aus dem Tourismussektor und der Kulturbranche besichtigten die Repräsentanz der nationalen Wirtschaft, Kultur und Geschichte auf der Weltausstellung in Dubai. Es war der Auftakt einer mehrtägigen Reise in die Vereinigten Arabischen Emirate, die am heutigen Abend mit der offiziellen Eröffnung der „Luxembourg Tourism Days“ endet.

Insgesamt besuchten bereits rund 130 000 Menschen den Luxemburger Pavillon. „Die Gäste

sind positiv überrascht über das, was das Großherzogtum so zu bieten hat“, erklärt Daniel Sahr, Direktor des Pavillons. „Es war jedenfalls die richtige Entscheidung, auf der Expo in Dubai vertreten zu sein.“ Am Ende der Ausstellung, so hofft Sahr, könnte sogar die Marke von einer Million Besuchern geknackt werden.

Zeitdruck und viele Termine

Am zweiten Tag der offiziellen Reise, dem Sonntag, stand unter anderem eine Stadtführung auf dem Programm: Die Delegation besichtigte gestern das historische Viertel Al Bastakiya, das älteste Quartier Dubais. Vor über 100 Jahren von Einwanderern aus dem Iran gegründet, hat sich die Altstadt mittlerweile in ein beliebtes Kunst- und Kulturviertel mit Museen, Galerien, Cafés und Kulturzentren verwandelt.

Nach einem kurzen Rundgang durch Al Bastakiya ging es für Erbgroßherzog Guillaume auch sofort

weiter. Es stand der Besuch des religiösen Zentrums für soziale und kulturelle Begegnungen „Ismaili Centre Dubai“ auf der Agenda. Das Zentrum möchte die Traditionen der ismailitischen Gemeinschaft und der muslimischen Welt im Allgemeinen fördern.

Dann ging es Schlag auf Schlag: Weitere Termine waren unter anderem die Besichtigung des Etihad Museums sowie ein Wirtschaftstreffen mit dem emiratischen Minister für Mittelstand, dem Minister für Unternehmertum sowie mit dem Minister für Mittelstand und Außenhandel. Heute ist der letzte offizielle Tag der Auslandsreise von Erbgroßherzog Guillaume.

Bereits am 23. Oktober dieses Jahres besuchte eine Delegation die Vereinigten Arabischen Emirate. Damals war Minister Franz Fayot (LSAP) mit seiner Delegation auf einer offiziellen luxemburgischen Wirtschaftsmission.

● *Es war die*
● *richtige*
Entscheidung, auf
der Expo in Dubai
vertreten zu sein.

Daniel Sahr,
Direktor des Luxemburger Pavillons

„Made in Luxembourg“

Die Handelskammer des Großherzogtums hatte zwölf Unternehmen nach Dubai eingeladen, um Produkte und Dienstleistungen im Luxemburger Pavillon zu präsentieren. Jeder der Aussteller konnte vom 1. bis 6. November für drei Tage seine Aktivitäten darlegen. Alles natürlich unter dem Motto: „Made in Luxembourg“.

Aerodesign aus Weiswampach bietet Möbel, Trophäen, Skulpturen und Schmuck zum Thema Luftfahrt an. Die Boutique und Kunstgalerie existiert seit 2017.

Green Innovation ist ein in Luxemburg ansässiges Unternehmen, das seit mehr als sieben Jahren biologischen Dünger in verschiedene Nicht-EU-Länder exportiert.

MaWi – Bears and friends (Gründerin: Marianne Schmalen-Willems aus Gonderingen) ist auf personalisierte Teddybären spezialisiert.

A. Berl & Cie aus Contern stellt seit dem Jahr 1858 Metallelemente nach Maß an – in Serien- und Einzelherstellungen.

Hanin Glass Center verfügt über drei Produktionsstätten und ist spezialisiert auf Verglasungen, PVC-, Stahl- und Aluminium. Die Firma exportiert in die ganze Welt.

Tsumé Art ist ein Unternehmen, welches sich auf die Herstellung von Kunstharz- und PVC-Figuren spezialisiert hat, hauptsächlich aus der Manga-, Anime- und Videospieldwelt.

Artichoc Worldwide startete 2017 mit einer Mischung aus Einzel- und Gruppenausstellungen mit nationalen und internationalen Künstlern.

Gold & Wood ist ein Brillenhersteller aus Hosingen. Die Manufaktur legt

Wert auf die Einzigartigkeit ihrer Fassungen.

Solarcleano ist ein in Luxemburg ansässiges Robotikunternehmen, das sich auf die Entwicklung und den Vertrieb von Reinigungsrobotern für Solarpanels spezialisiert hat.

Luxlait ist ein luxemburgischer Hersteller von Milchprodukten aller Art – von Sahne über Butter und Eiscreme bis hin zu Käse.

Romantico Romantico Studios der Gründerin Fanny Bervard ist ein Schmuck-Unternehmen aus Luxemburg-Stadt.

Fabienne Belnou Joaillerie wurde von Schmuckdesignerin Fabienne Belnou und ihrer Tochter Charlotte gegründet. Auf der Expo 2020 präsentieren sie ihre Kollektion „Boom“.



Minister Lex Delles, Erbgroßherzog Guillaume und die zuständige Kommissarin Maggy Nagel (v.l.n.r.) vor dem luxemburgischen Pavillon in Dubai.
Fotos: SIP/Jean-Christophe Verhaegen



Alpenfeeling: Minister Lex Delles zeigte sich beeindruckt vom künstlichen Nebel im Pavillon der Schweiz.



Interessierte Zuhörer: Die hochrangigen Gäste beim Plausch mit Schmuckdesignerin Fabienne Belnou (r.).



Am zweiten Tag der Reise besuchten Minister Delles und Erbgroßherzog Guillaume das historische Stadtviertel Al Bastakiya.

Wie die Materialknappheit Luxemburg trifft

HANDWERK Mit dem Holz kehrt auch der Optimismus zurück

Yves Greis

Der weltweite Warenverkehr ist ins Stottern geraten. Rohstoffe und Bauteile, die früher ohne jede Schwierigkeit binnen kurzer Zeit aus allen Teilen der Welt herangeschafft werden konnten, lassen heute auf sich warten. Damit läuft auch die Arbeit in europäischen Fabriken und Werkstätten nicht mehr so rund wie früher. Das Tageblatt hat nachgefragt, wie es in Luxemburg konkret aussieht. Die Antwort: Der Optimismus kehrt zurück. Allerdings ist Bauen in Luxemburg wieder einmal teurer geworden.

„Die Lage hat sich etwas beruhigt“, sagt Hans Adam Oeltges, Chef der Schreinerei Knaf-Buchler aus Befort, im Gespräch mit dem *Tageblatt*. Wenigstens an Standard-Materialien kommt der Traditionsbetrieb wieder heran. Im Sommer hatte auch Oeltges' Betrieb über einen Rohstoffmangel geklagt. Wenn heute etwas fehlte, dann seien das oft die etwas spezielleren Teile, erklärt er. Ein solches Bauteil sind die Rollen für Schubladen, die aus China geliefert werden. Früher war es kein Problem, diese Dinge nach Luxemburg zu verschicken, jetzt lassen die Teile oft auf sich warten. Er erzählt von einem großen Kunden, für den der Betrieb Schränke angefertigt hat. Da es an Rollen für Schubladen fehlte, musste die Schreinerei die Fronten der Schubfächer vorerst als Attrappen installieren.

Die Ursachen sind für Oeltges nur schwer auszumachen. Containerkapazitäten seien viel teurer geworden, aber es fehle auch an Lkw-Fahrern, die das Material von Rotterdam nach Luxemburg bringen, sagt er. Das Geschäft sei damit schwerer planbarer und unvorhersehbarer geworden – die Arbeitsprozesse liefen nicht mehr rund. Hans Adam Oeltges bleibt aber optimistisch. Er rechnet damit, dass sich die Situation in den nächsten sechs Monaten wieder ein-

renkt.

„Eine Hilfe kann nur darin bestehen, dass das Netzwerk, das wir brauchen, um produzieren zu können, wieder geschlossen wird. Das Netzwerk kann nur geschlossen werden, indem gewisse Ausbildungen gefördert werden und Berufe attraktiver gemacht werden“, sagt Oeltges. Die Arbeitsbedingungen von Lkw-Fahrern müssten sich verbessern, damit das Fahren wieder Spaß mache. Eine schnelle Lösung gebe es hier nicht, so Oeltges, vielmehr müssten die Probleme Stück für Stück abgearbeitet werden.

Vor ein paar Monaten hatte die Schreinerei Knaf-Buchler in Anwesenheit von Regierungsmitgliedern eine Möbellinie aus heimischem Holz vorgestellt. Oeltges steht hinter der Rückbesinnung auf lokale Ressourcen, findet sie super. Es sei zwar naiv zu glauben, dass alles lokal produziert werden könne – es solle aber so viel wie möglich auf lokale Hersteller zurückgegriffen werden.

Keine Gefahr für Arbeitsplätze

Die Probleme sind nicht unbemerkt an der Politik und den Gewerkschaften vorbeigegangen. Das „Comité de conjoncture“ hatte sich darauf geeinigt, dass Betriebe, die beweisen können, dass sie wegen der Rohstoffknappheit Schwierigkeiten haben, Kurzarbeit beantragen können. Allerdings hätten nur sehr wenige Firmen dies in Anspruch genommen, sagt Jean-Luc De Matteis vom OGBL-Syndikat Bau, Bauhandwerk und Metallkonstruktionen. Die großen Betriebe hätten umgeplant und im Falle einer Materialknappheit andere Arbeiten vorgezogen. De Matteis schließt aber nicht aus, dass einzelne Betriebe Probleme hatten, etwa wenn kein Holz beschafft werden konnte oder wenn

manche Rohre auf einmal 30 Prozent teurer wurden.

Danach gefragt, ob wegen der Knappheit Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, antwortet De Matteis mit einem entschiedenen Nein und fügt hinzu, dass einige Preise sehr wohl gestiegen sind. Oft handele es sich aber um Arbeiten, die gemacht werden müssen, sodass den Verbrauchern keine andere Wahl bleibe, als die Preise zu bezahlen. Wie der Chef der Schreinerei ist auch der Gewerkschaftler optimistisch, dass sich die Situation erholt – auch weil die Baustellen im Winter etwas langsamer laufen als sonst.

Das Problem habe bereits im März begonnen, erklärt Christian Reuter von der „Fédération des artisans“ im Gespräch mit dem *Tageblatt*. Während der Pandemie sei die Produktion überall heruntergefahren worden. Als die Wirtschaftsmotoren von Amerika und China wieder angesprungen seien, wurden dort wieder mehr Immobilien gebaut. Deshalb hätten die Bauunternehmen Holz aufgekauft und die Handwerker in Europa hätten das Nachsehen gehabt, lautet eine offizielle Erklärung für die aktuelle Lage. „Bevor Holz verarbeitet werden kann, muss es einige Monate lang getrocknet werden“, so Reuter.

Luxemburger Betriebe bezögen ihr Holz vor allem aus Deutschland, erklärt Reuter. „Während Corona ist weniger gefällt und weniger getrocknet worden.“ Handwerker mit guten Beziehungen zu ihren Lieferanten seien zwar noch an Holz gekommen – allerdings zu höheren Preisen und mit Verspätungen. Die Preise hätten sich teilweise verdreifacht und vervierfacht. Auch andere Materialien wie Beton oder Pflastersteine seien viel teurer geworden. In manchen Fällen können die Betriebe auf Alternativen ausweichen – etwa Rohre aus einem anderen Material –, aber eben nicht immer.

Das Problem bei den

Mehr Handwerksfirmen im Ausland aktiv

Luxemburg. Trotz der Pandemie ist die Zahl der Luxemburger Firmen, die im Ausland aktiv sind, deutlich gestiegen. In den letzten beiden Jahren war etwa jedes zweite Luxemburger Handwerksunternehmen grenzüberschreitend tätig. Das ergab eine Umfrage der Chambre des Métiers unter ihren Mitgliedern, die gestern veröffentlicht wurde. Bei der letzten Umfrage 2018 hatte die Quote noch bei 40 Prozent gelegen. Demnach gingen Produkte und Dienstleistun-

gen „Made in Luxembourg“ vor allem in die direkten Nachbarländer. Spitzenreiter ist Belgien, wo 37 Prozent der exportierenden Unternehmen aktiv waren, gefolgt von Frankreich mit 30 und Deutschland mit 25 Prozent. Die übrigen acht Prozent der Exporte gingen unter anderem in die Niederlande, nach Portugal, in die Schweiz, die USA oder nach Asien, so die Handwerkskammer. Mehr als die Hälfte der 1073 teilnehmenden Handwerksbetriebe gab demnach an, dass die Krise keinen

Effekt oder sogar einen positiven Einfluss auf die Geschäftstätigkeit im Ausland hatte. Das lasse den Schluss zu, „dass grenzüberschreitende Aktivität sich positiv auf die wirtschaftlich stabile Entwicklung eines Unternehmens auswirkt“, schreibt die Handwerkskammer in einer Mitteilung. Dennoch zögern viele Betriebe mit einem Engagement im Ausland. Als wichtigsten Hinderungsgrund gaben über zwei Drittel eine ausreichende Auftragslage in Luxemburg an. 24 Prozent scheuen die Formalitäten einer grenzüberschreitenden Aktivität. **ThK**

Kostenvoranschlägen

Für die Betriebe seien Kostenvoranschläge zu einem Problem geworden, weil sie die unerwarteten Preissteigerungen nicht mit eingerechnet hatten, sagt Reuter. „Wenn in dem Vertrag keine anderslautende Klausel drin stand, ist der Betrieb auf dem Schaden sitzen geblieben.“ Anders als bei Aufträgen für Privatkunden gebe es bei öffentlichen Aufträgen die Möglichkeit

der „Révision des prix“ – einer Überprüfung der Preise also. „Wir schauen das gerade mit Minister Bausch“, sagt Reuter. „Es sieht danach aus, dass wir zu einer Lösung kommen.“

Die höheren Preise machten sich bereits beim Häusbau bemerkbar. Während sich die hohen Preissteigerungen der vergangenen Jahre auf dem Luxemburger Immobilienmarkt vor allem durch die Zunahme der Grundstückspreise erklärten, sei zuletzt auch der eigentliche Bau

massiv teurer geworden, sagt Reuter.

Alles in allem sieht es aber danach aus, dass sich die Lage nach und nach wieder verbessert. Gewerkschaftler glauben, dass Menschen nicht um ihren Job bangen müssen. Allerdings haben Verbraucher das Nachsehen, wenn sie die Preissteigerungen bei den Baumaterialien übernehmen müssen und Immobilien in Luxemburg noch teurer werden.

RTL investiert stärker in boomenden Streaming-Markt

MEDIEN Abo-Zahl soll bis Ende 2026 auf zehn Millionen steigen

Der Fernsehkonzern RTL hat im Sommer von einem anziehenden Werbemarkt profitiert und die Einnahmen gesteigert. Die Gruppe will deutlich mehr Geld in das Streaming-Geschäft stecken.

Im dritten Quartal stiegen die Erlöse des Konzerns mit Sitz in Luxemburg binnen Jahresfrist um 3,9 Prozent auf 1,46 Milliarden Euro, wie die Bertelsmann-Tochter am Donnerstag mitteilte. Der Konzern will seinen in RTL+ umbenannten Streaming-Dienst in Deutschland künftig stärker in den Fokus stellen. „In der ersten Jahreshälfte 2022 werden wir RTL+ zu einer crossmedialen Entertainment-Plattform ausbauen, die Video, Musik, Podcasts, Hörbücher und E-Magazine umfasst“, sagte RTL-Chef Thomas Rabe. Dies sei einzigartig im deutschsprachigen Markt.

Rabe kündigte an, im Vergleich zu 2021 die jährlichen Programminvestitionen beim Streaming bis 2026 auf rund 600 Millionen Euro zu verdreifachen. „Wir wollen die Anzahl der zahlenden Abonnenten von RTL+ und Videoland bis Ende 2026 auf zehn Millionen erhöhen, unseren Streaming-Umsatz auf eine Milliarde Euro steigern und bis 2026 die Rentabilität der beiden Dienste erreichen.“ Bisher hatte der Konzern Investitionen von 350 Millionen Euro bis 2025 und Abo-Zahlen von fünf bis sieben Millionen angepeilt. Beim Umsatz lag die Zielmarke bisher bei mindestens 500 Millionen Euro bis 2025. Per Ende September hat sich die Summe der zahlenden Abonnenten von RTL+ mit 2,4 Millionen binnen Jahresfrist mehr als verdoppelt. Die Zahl der Abos vom Streaming-Dienst Videoland in den Niederlanden

stieg um rund ein Viertel auf gut eine Million.

Für das Gesamtjahr 2021 hält RTL an der im August erhöhten Prognose fest. Demnach soll der Konzernumsatz bei rund 6,5 Milliarden Euro liegen. Nach neun Monaten steht ein Plus von gut zehn Prozent auf 4,47 Milliarden Euro zu Buche. Das bereinigte Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebita) soll in diesem Jahr auf gut eine Milliarde Euro klettern.

RTL verfolgt europaweit die Schaffung crossmedialer nationaler Champions auf Länder-ebene – etwa durch Verkäufe oder Fusionen. Der Konzern hat hier bereits Strategien in seinen wichtigen Märkten Deutschland, Frankreich, Belgien und den Niederlanden auf den Weg gebracht. (Reuters)



Die Encevo-Geschäftsführer Jens Apelt (links) und Marc André

„Unglaublich große Chancen“

Während in Berlin um die Klimawende gerungen wird, macht sich die in Luxemburg ansässige **Encevo-Gruppe** in der europäischen Großregion SaarLorLux schon an die Umsetzung. Erklärtes Ziel: die Energiewende mitgestalten.

Zwei Wochen lang hat die Weltgemeinschaft auf dem Klimagipfel in Glasgow (COP 26) gerungen. „Lassen Sie uns sicherstellen, dass Glasgow hält, was Paris versprochen hat“, forderte Gipfelpräsident Alok Sharma. Zur gleichen Zeit ringen die wohl künftigen Partner bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin um eine entsprechende Politik einer „Ampel“ für die nächsten Jahre. Während derart um die politischen Rahmenbedingungen von Klimaschutz und Energiewende verhandelt wird, geht es andernorts längst um die konkrete Umsetzung. Und darum, diese Umsetzung deutlich zu forcieren.

„Mit kommunalen Partnern vor Ort“

In Deutschland mit dem Fokus auf der Kernregion Saarland/Rheinland-Pfalz haben sich unter dem Dach der Encevo Deutschland GmbH der Netzbetreiber Creos und der Energieversorger Enovos neu aufgestellt mit einem erklär-

ten Ziel: „Wir haben den Anspruch, die Energiewende, dort wo wir aktiv sind, kreativ mitzugestalten“, betont Geschäftsführer Jens Apelt, und sein Mitgeschäftsführer Marc André ergänzt: „Da sind wir auch mitten drin“.

Die Strategie wird in der Struktur deutlich: Enovos trennt sich vom traditionellen Strom- und Gasgeschäft mit Großkunden und konzentriert sich auf

die bereits seit einigen Jahren erfolgreich umgesetzte Erzeugung erneuerbarer Energien mit den Standbeinen Wind und Photovoltaik (PV) im Kerngeschäftsgebiet Rheinland-Pfalz-Saarland, dazu technische Betriebsführung (O&M) von erneuerbare Energie-Anlagen bundesweit. Jüngstes Großprojekt ist das PV-Vorhaben Südeifel mit insgesamt 200 Megawatt Kapazität (MWp), „so viel wie die Höchstlast der Stadt Saarbrücken“, erläutern die Geschäftsführer die Dimension. Ohnehin ist das Unternehmen stark mit PV-Anlagen in Rheinland-Pfalz aktiv. Aktuell im Bau sind die Photovoltaik-Freiflächenanlage Leiwen-Sonnenberg (an der Mosel) mit 14,7 MWp sowie Affler (in der Südeifel) mit zehn MWp.

Das Unternehmen entwickelt und baut die Anlagen, für den Betrieb wird immer eine Partnerschaft mit einem regionalen Partner angestrebt. „Wir wollen Investitions- und Partizipationsmöglichkeiten bieten für Stadtwerke oder Energiegenossenschaften oder andere regionale Partner“, so Marc André. Damit ist man zwar nicht in einer direkten, aber doch indirekten Bürgerbeteiligung, „keine Finanzinvestoren, sondern kommunale Partner vor Ort“.

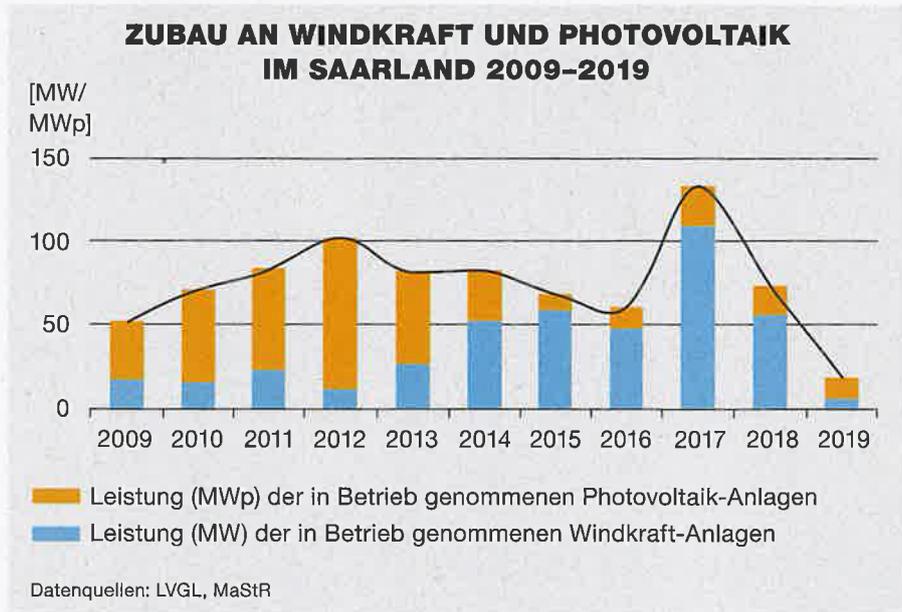
In Sachen Windanlagen sind derzeit zwei Projekte im Saarland weit oben auf der Agenda: Schiffweiler-Wiebelskirchen und Saarwellingen. Natürlich geht es

auch da, wie überall bei solchen Projekten, um umweltrechtliche Themen und Artenschutz. „Das ist auch ein Thema der Akzeptanz. Deshalb verzichten wir auch schon mal auf eine Anlage“, betont André. So wurden in Saarwellingen statt der ursprünglich geplanten vier lediglich drei Windanlagen beantragt. Ein Beispiel für die bekannte Problematik. Einerseits will auch die Enovos mit ihren Aktivitäten in Sachen erneuerbare Energien den für die Klimawende notwendigen Beitrag vorantreiben, die Energiewende aber auch „positiv begleiten“, also im Zweifel nicht sprichwörtlich mit dem Kopf durch die Wand.

Energiewende und Klimaschutz sind eben eine „gesellschaftliche Herausforderung“, betont Jens Apelt, und „Akzeptanz ein ganz großes Thema“. Deshalb strebe man auch immer eine enge und pragmatische Zusammenarbeit mit den Protagonisten vor Ort an. Häufig gehe es dann nicht um die Frage, „ob gut oder schlecht, sondern wo steht die Anlage“. Und oft stelle sich auch die Frage, „ob nicht doch eine Mehrheit für Windkraft ist, aber deren Stimme nicht so ein Gewicht hat wie die einer lauten Minderheit?“, fragt sich Apelt. Deshalb wolle man nicht nur mit einzelnen Gegnern sprechen, sondern suche möglichst das Gespräch mit allen vor Ort. Insgesamt sieht man aber auch in dieser Frage eine Entwicklung ähnlich wie bei anderen Themen. In der jungen Generation gebe es andere Ansichten. So wollten junge Menschen im Gegensatz zu früheren Zeiten gar nicht unbedingt ein eigenes Auto. Ein Hinweis darauf, dass eine andere Akzeptanz im Zusammenhang mit den neuen Herausforderungen entstehe.

In Sachen Windkraft wäre das gerade im Saarland erforderlich. Nach einem Peak beim Ausbau bis 2017 herrscht aktuell fast Stillstand. Im vergangenen Jahr sind sieben Anlagen in Betrieb gegangen, im ersten Halbjahr 2021 keine einzige, während es bundesweit wieder einen deutlichen Zubau gegeben habe. Apelt unterstreicht deshalb noch einmal mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen: „Für mich ist das, was die neue Regierung voraussichtlich umsetzen will, mit einem massiven Zubau von Wind- und PV-Anlagen eine gesellschaftliche Aufgabe. Für die einen ist es saubere Energie, für die anderen eine Verschandelung der Landschaft“.

Bei Strom liegt der Anteil der erneuerbaren Energien zwar bei etwa der



Hälfte, auf die gesamte Primärenergie betrachtet ist es aber lediglich ein Anteil von 17 Prozent. „Diesen Anteil müssen wir vergrößern, je mehr, desto besser. Strom, den wir hier produzieren, müssen wir nicht von Spanien hierher transportieren“. Beim Ausbau dieses Anteils will Encevo eine „führende Rolle“ spielen.

Das gilt auch für ein anderes großes Zukunftsfeld: Wasserstoff. Hier kommt Creos im Zusammenhang mit dem Projekt „mosaHYc“ ins Spiel. Die Idee ist, Gasleitungen für Wasserstoff umzurüsten und damit ein 100 Kilometer langes grenzüberschreitendes (Saarland, Grand-Est in Frankreich und Luxemburg) Netz entstehen zu lassen, das wiederum Teil eines europäischen Wasserstoffnetzes werden soll. Etwa 70 Kilometer Erdgasleitungen müssten umgerüstet und 30 Kilometer neu gebaut werden. Partner sind die Netzbetreiber Creos Deutschland und GRTgaz (Frankreich). Das Netz könnte 2026 in Betrieb genommen werden und bis 2030 eine Kapazität von 50.000 Tonnen Wasserstoff pro Jahr transportieren. Es wäre ein entscheidender Beitrag zur Dekarbonisierung der Industrie in der Großregion. „Durch eine so große Menge könnten wir eine richtige Wasserstoffindustrie etablieren“, unterstreicht André.

Allerdings gibt es für ein derartiges grenzüberschreitendes Infrastrukturprojekt keine Blaupause, entsprechend komplex ist die Realisierung. Genau

darin besteht aber nach Überzeugung der beiden Geschäftsführer auch eine große Chance, nämlich eben zur Blaupause künftiger grenzüberschreitender europäischer Projekte zu werden. Das umso mehr, als es ein Baustein auch für die Transformation der Stahlproduktion mit grünem Wasserstoff wäre.

Für die Energiewende sieht sich die neu formierte Encevo mit ihrer besonderen Expertise bei erneuerbaren Energien (Enovos) und Netzen (Creos) nicht nur gut aufgestellt. Die Pläne sind auch ehrgeizig. Nach eigener Einschätzung geht es dabei in der unmittelbaren Zukunft noch nicht einmal in erster Linie darum, sich im Wettbewerb zu behaupten. „Wir glauben, dass der Markt

so groß sein wird, dass es zunächst gar nicht um Wettbewerb geht, sondern um die Frage, wie der Nachfragemarkt bedient werden kann ... Wir setzen hier auf interdisziplinäre Kooperation“. Außerdem geht es um die Frage wie der Mangel an Fachleuten und Experten und, letztlich auch wie die jüngsten Entwicklungen gezeigt haben, die Engpässe beim Material behoben werden können.

Energiewende bleibe eine gesellschaftliche Herausforderung. „Unser Part ist der energiewirtschaftliche Teil“. Die Aufgaben dabei seien gewaltig, „das geht nur mit starken Partnern“, so Apelt, „und am besten mit Wertschöpfung vor Ort“, ergänzt André. ●

Oliver Hilt

Zukunftsfeld Wasserstoff

Zum Abwarten verdammt

Das Stahlwerk Düdelingen läuft noch immer mit angezogener Handbremse

Luxemburg. Das Liberty Steel-Werk im rumänischen Galati sollte Düdelingen und das Schwesterwerk im belgischen Liège mit gewalzten Flachstahlrollen versorgen - im Moment versorgt Galati, wo Umsatz und Gewinn zuletzt kräftig anzogen, die beiden Standorte allenfalls mit finanzieller Liquidität. Seit Sommer bilden die verschiedenen Standorte eine Geschäftseinheit. Doch während Galati die Ausfuhren wie auch den Gewinn steigert und Liberty Steel in Großbritannien Millionen investiert, lau-

fen die Fabriken in Luxemburg und Belgien nur auf Sparflamme. Für viele Beschäftigte in Luxemburg heißt das: Kurzarbeit.

Ein Grund dafür ist, dass das Sanierungsprojekt zum Standort Liège, wo eine Verzinkungslinie geschlossen und mehr als 150 Arbeitsplätze abgebaut werden sollen, von einem Gericht angenommen werden muss. Dienstag kommender Woche wird es dazu mehr Klarheit geben. *MeM*

Geschäftseinheit Liberty Galati

Die Stahlwerke Galati in Rumänien, Magona in Italien sowie Düdelingen und Liège in Luxemburg und Belgien bilden den Verbund „Liberty Galati“. Das Werk in Rumänien liefert warmgewalzte Coils an das Magona-Kaltwalz- und Verzinkungswerk der Gruppe in Italien sowie die Einheit Liège-

Dudelange.

Liberty Magona ist der italienische Marktführer für feuerverzinkten Flachstahl und vorlackierte Produkte. Düdelingen verfügt über zwei galvanische Verzinkungslinien. Liberty Galati in Rumänien, von wo aus der

Flachstahl kommt, ist hingegen ein vollintegriertes Stahlwerk, was bedeutet, dass dort mehrere Fertigungsstufen an einem Standort stattfinden: das reicht bei Galati von der Sinterung, dem Schmelzen im Hochofen, der Herstellung von Grobblechen und von Flachstahl in Kalt- und Warmwalzwerken bis zu deren Verzinkung und organischen Beschichtung. *MeM*

Countdown bis zur Entscheidung

Liberty Steel investiert in Großbritannien – aber Düdelingen arbeitet nur zu 20 Prozent

Von Marco Meng

GFG Alliance hat mit der Credit Suisse eine Vereinbarung zur Umschuldung ihrer australischen Stahl- und Kohlebergbau-Anlagen getroffen. Neues Fälligkeitsdatum für die Darlehen ist Juni 2023.

Die Schweizer Großbank hatte zuvor auf problematische Kredite in Höhe von 2,3 Milliarden Dollar hingewiesen, die an Lieferketten-Finanzierungsfonds von Greensill Capital vergeben worden waren, wobei rund 1,2 Milliarden Dollar an Vermögenswerten auf GFG entfielen.

In Großbritannien kündigt GFG derzeit an, 50 Millionen britische Pfund (rund 42,7 Millionen Euro) in die erneute Inbetriebnahme des Liberty Steel-Werks in Rotherham zu investieren, wo vor kurzem der Elektrolichtbogenofens wieder hochgefahren wurde. Geplant sei, dort so schnell wie möglich eine Produktion von 50 000 Tonnen pro Monat zu erreichen. Darüber hinaus will Liberty Steel die Kapazität des britischen Werks auf zwei Millionen Tonnen pro Jahr ausbauen.

Während der Konzern um die Standorte in Großbritannien und Australien bemüht ist, scheinen die Standorte in Kontinentaleuropa nur eine Nebenrolle zu spielen. Laut Mitteilung von Jeffrey S. Stein, Chief Restructuring Officer, hat indes in Europa „eine beträchtliche Anzahl neuer Kreditgeber Interesse an der Refinanzierung unserer Stahlanlagen bekundet.“ Ob damit doch auch die Standorte in Luxemburg und Belgien gemeint sind? Der OGBL jedenfalls meinte einst: „Wenn Liberty nicht in der Lage ist, das Unternehmen am Laufen zu halten, soll es jemand anders tun.“

Seit dem Zusammenbruch des Hauptkreditgebers Greensill im März läuft es bei Liberty Liège-Dudelange nur mit angezogener Handbremse. Der Betriebsrat in Belgien mit den zwei Werken in Flémalle und Tilleur wurde über

Aspekte einer möglichen zukünftigen Organisationsstruktur informiert. Dadurch werde es „wahrscheinlicher, dass potenzielle Investitionen getätigt werden, um die Zukunft der Standorte zu sichern“, so Liberty Steel. Geplant ist, in Flémalle eine Galvanisierungslinie zu schließen und 153 von insgesamt 742 belgischen Mitarbeitern zu entlassen. Das habe „keine Auswirkungen auf den Liberty-Standort Düdelingen“, so Liberty Steel. Zu darüber hinausgehende Nachfragen möchte das Unternehmen aber „keinen Kommentar“ abgeben.

Laut LCGB-Gewerkschaftssekretär Robert Fornieri arbeitet gegenwärtig das Werk in Düdelingen immer noch auf niedrigem Niveau, mit gerade einmal 20 Prozent des Produktionsvolumens und etwa 40 Prozent der Belegschaft. Nach Angaben der Geschäftsleitung werde für das erste Quartal 2022 mit einer Erholung des Volumens gerechnet. Noch im September hieß von Seiten Liberty Steels, man erwarte, dass das Liberty-Steel-Werk in Düdelingen im Oktober wieder mit voller Kapazität arbeiten werde.

„Es wird weiterhin versucht, im Austausch mit allen Beteiligten, für das Luxemburger Werk und seinen Beschäftigten eine langfristige Perspektive zu schaffen“, heißt es dazu aus dem Luxemburger Wirtschaftsministerium, das darauf verweist, dass die Entwicklung momentan vor allem von der Situation des Standort von Liberty Steel in Belgien abhängt, „insbesondere vom Ausgang des vor einem Gericht in Liège anhängigen Sanierungsverfahren“. Über Annahme oder Ablehnung soll am 16. November entschieden werden.

Düdelingen hängt an Galati

Die Standorte Liège und Düdelingen – letzteres mit rund 220 Mitarbeitern – soll seit der Umstrukturierung im Juni von mehr als 2 000 Kilometer entfernten Werk Galati in Rumänien als Hauptlieferant mit gewalzten Flachstahl-

rollen versorgt werden. Momentan verschafft der rumänische Standort der belgisch-luxemburgischen Geschäftseinheit aber vor allem finanzielle Liquidität: Liberty

Galati wies in dem zum 30. Juni 2021 endenden Geschäftsquartal einen Gewinn von brutto 84 Millionen Euro aus, 60 Prozent mehr als im Vorquartal und nach Angaben von Liberty Steel sogar das beste Quartalergebnis seit 2008. Die Auslieferungen beliefen sich auf rund 566 000 Tonnen, eine Steigerung von sieben Prozent gegenüber den ersten drei Monaten des laufenden Jahres. Die Rumänen seien derzeit dabei, ihre Produktion sogar auf drei Millionen Tonnen für das laufende Jahr zu steigern, gegenüber rund zwei Millionen im Jahr 2020. Derweil befindet sich ein Großteil der Belegschaft von Düdelingen weiter in Kurzarbeit. Die Personalvertreter machen keinen Hehl daraus, dass sie befürworten, wenn Liège-Dudelange einen neuen Eigentümer bekäme.

2019 hat GFG Alliance mit dem Tochterunternehmen Liberty Steel unter anderem die Kaltwalzwerke in Flémalle und Tilleur sowie den Standort in Düdelingen von ArcelorMittal gekauft. Der Konkurs von Greensill hat die versprochenen Investitionen in die Standorte vereitelt. Derweil haben laut Financial Times französischen Behörden Ermittlungen gegen das Geschäftsimperium von Sanjeev Gupta eingeleitet wegen des Vorwurfs des „Missbrauchs von Firmenvermögen“ und der „Geldwäsche“. Auch in Deutschland und Großbritannien laufen Ermittlungen.

Für Fornieri vom LCGB scheint klar, dass Liberty Liberty den Standort Düdelingen nicht aufgeben will und für Liège einen Kompromiss anstrebt – eine Partnerschaft mit einem Kunden und der Sogepa, dem belgischen Äquivalent der staatlichen luxemburgischen Investitionsbank SNCI. „Nach dem 16. November wissen wir mehr“, so der Gewerkschafter.

Payconiq und Wordline kooperieren

Luxemburg. Durch eine Kooperation zwischen Payconiq und Wordline ist ab November die überwiegende Mehrheit der Zahlungsterminals in Luxemburg mit den Payconiq-Zahlungsanwendungen nutzbar. Das gaben die beiden Unternehmen gestern in einer Pressemitteilung bekannt. Für Payconiq-Anwender in Luxemburg sei dies ein Fortschritt in der Nutzung des mobilen Bezahlers, so die Firmen. Die Zahlung mit Payconiq erfolgt durch Scannen des auf dem Terminalbildschirm angezeigten QR-Codes mit einer der Anwendungen der Partnerbanken. Für Händler sei keine zusätzliche Infrastruktur erforderlich. Alle Transaktionen würden von Wordline über dessen Zahlungsterminal abgewickelt.

ThK

Das beste Ergebnis seit mehr als zehn Jahren

ARCELORMITTAL Hohe Stahlpreise sorgen für gutes Resultat / Aktienkurs legt deutlich zu

Christian Muller

Bei ArcelorMittal laufen die Geschäfte derzeit rund. Der Stahlhersteller konnte den Gewinn deutlich steigern. Das gab der Konzern am Donnerstag, im Rahmen der Vorstellung der Zahlen zum dritten Quartal, bekannt.

Die gestiegenen Stahlpreise füllen dem Weltmarktführer ArcelorMittal die Kassen. Der operative Gewinn (EBITDA) sei im dritten Quartal auf 6,1 Milliarden Dollar gestiegen, sechsmal mehr als im Vorjahreszeitraum, teilte das Unternehmen mit. Es sei das beste Quartalsergebnis seit 2008, unterstreicht der Konzern.

Bereits zu Beginn dieses Jahres konnte der Konzern gute Ergebnisse verbuchen. Schon damals sprach ArcelorMittal vom besten Quartalsergebnis seit einem Jahrzehnt. Dieser Trend hat sich nun weiter fortgesetzt. „Trotz der Volatilität, die wir aufgrund der anhaltenden Präsenz und der Auswirkungen von Covid-19 weiterhin erleben, war dies ein sehr starkes Jahr für ArcelorMittal“, wird Aditya Mittal, seit Anfang 2020 Geschäftsführer des Konzerns, in der Pressemeldung zitiert.

Verschuldung geht weiter zurück

Im Jahr 2020 hatte der Stahlkonzern Corona-bedingt einen heftigen Umsatzeinbruch verbucht. Besonders heftig getroffen wurden die Geschäfte in den Monaten April bis Juni, die Lakshmi Mittal als „eine der schwierigsten Zeiten in der Geschichte des Unternehmens“ bezeichnet hatte. Danach erholte sich die Lage langsam wieder.

In den Monaten Juli bis September 2021 hat der Stahlhersteller weltweit nun zwar weniger Stahl ausgeliefert, verbuchte (wegen höherer Preise) aber eine leich-

te Steigerung des Umsatzes auf 20,2 Milliarden Dollar. Letztes Jahr waren es gerade mal 13,3 Milliarden Dollar. Der operative Gewinn des Quartals stieg in der Folge auf 5,3 Milliarden Dollar – nach 4,4 Milliarden Dollar im Vorquartal und 0,7 Milliarden im Vorjahreszeitraum.

Auch die Verschuldung hat der Konzern weiter senken können, auf nunmehr netto 3,9 Milliarden Dollar. Viele Jahre lang hatte der Stahlkocher mit einem hohen Schuldenstand zu kämpfen. Nach der Fusion von Arcelor mit Mittal Steel lag die Verschuldung Ende 2008 bei über 26 Milliarden Dollar. Seitdem arbeitet der Konzern an einer Entschuldung. 2012 waren es noch 21,8 Milliarden, 2015 15,7 Milliarden Euro. Letztes Jahr (2020) wurde die angestrebte Marke von unter sieben Milliarden (6,4 Milliarden Dollar) erreicht.

Dank der guten Entwicklung der Finanzen hat der Konzern angekündigt, weiter eigene Aktien zurückzukaufen. Insgesamt eine Milliarde Dollar will ArcelorMittal hierzu einsetzen. Im letzten Quartal hat das Unternehmen zudem drei neue Investitionen genehmigt. Dazu zählen eine Kapazitätserweiterung im Bereich Langstahl in Monlevade (Brasilien) sowie Investitionen in die Minen Serra Azul (Brasilien) und Las Truchas (Mexiko), die eine hochwertige Eisenerzversorgung der Werke in Mexiko sicherstellen sollen.

„Unsere Ergebnisse für das dritte Quartal wurden durch das anhaltend starke Preisumfeld unterstützt und führten zum höchsten Nettogewinn und der niedrigsten Nettoverschuldung seit 2008“, so Aditya Mittal weiter. „Wir haben unsere Bilanz neu positioniert, uns auf den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft eingestellt, wir wachsen strategisch durch hoch-

wertige, renditestarke Projekte und wir geben Kapital an unsere Aktionäre zurück.“

Die Aussichten für die Zukunft schätzt der Konzern als „positiv“ ein. „Es wird erwartet, dass sich die zugrunde liegende Nachfrage weiter verbessert und die Stahlpreise auf einem hohen Niveau bleiben, wenn auch leicht unter den jüngsten Rekordwerten“, so Aditya Mittal. „Wir sind uns der Herausforderungen bewusst, freuen uns aber auch über die Chancen, die sich dem Stahl in den kommenden Jahren und darüber hinaus bieten werden.“

Gute Aussichten für die Zukunft

An der Börse kamen die vorgestellten Zahlen und Erwartungen gut an. Bis gegen Mittag hatte der Kurs der ArcelorMittal-Aktie in Luxemburg um 2,7 Prozent zugelegt. Innerhalb der letzten zwölf Monate hat sich der Wert einer ArcelorMittal-Aktie mehr als verdoppelt. Lag ihr Preis Anfang Oktober 2020 noch bei rund 13,4 Euro, so wird sie heute wieder zu rund 28 Euro gehandelt.

Als Folge der Schwierigkeiten 2020 hatte ArcelorMittal letztes Jahr hierzulande einen Abbau von 15 Prozent der Arbeitsplätze angekündigt. In Tripartite-Gesprächen mit Gewerkschaften und Regierung wurde jedoch vereinbart, keinen Standort zu schließen. Zudem verpflichtete sich der Konzern, bis 2025 mehr als 165 Millionen Euro zu investieren, um so den Fortbestand des Sektors im Großherzogtum zu sichern. Jedoch mit künftig nur noch 3.000 Arbeitsplätzen – vor zehn Jahren zählte der Konzern hierzulande noch etwa 6.000 Mitarbeiter. Nach Jahrzehnten an der Spitze des Rankings der wichtigsten Arbeitgeber des Landes begann ArcelorMittal ab 2016 zurückzufallen.

Big Player im kleinen Wecker

Der Medizinversandhandel Praxisdienst peilt dieses Jahr 120 Millionen Euro Umsatz an

Von Marco Meng

„Im September haben wir die magische Grenze von 100 Millionen Euro Jahresumsatz durchbrochen“, freut sich Michael Heine (44), Geschäftsführer und Inhaber von Praxisdienst. Nicht zuletzt durch die Pandemie bekommt der Onlinehandel für Medizinprodukte einen unheimlichen Push: Belief sich der Umsatz für das Unternehmen mit Europasitz in Wecker 2020 auf über 80 Millionen Euro – 2019 waren es 20,8 Millionen Euro –, so werden es dieses Jahr zwischen 120 und 130 Millionen Euro sein. Damit hat Praxisdienst den Wettbewerber Hospilux in Contern, der mit 49 Mitarbeitern 2020 einen Umsatz von 25 Millionen Euro erwirtschaftete, überholt.

Schritt ins World Wide Web

1953 ist Praxisdienst in Deutschland als Medizinproduktversender gestartet – damals als Katalogversandhandel. Ohne Internet und kräftige Investitionen in den Onlinevertrieb, gäbe es das Unternehmen heute wohl nicht mehr. Heine, der Ende 2002 ins Unternehmen kam, scheint das damals erkannt zu haben: 2007 ging es mit einem Webshop online – als einer der ersten spezialisierten E-Shops für Medizinprodukte. Damit mauserte sich das Unternehmen zu einem der führenden E-Commerce-Anbieter des Versorgungsbedarfs und Verbrauchsmaterials in

der Gesundheitsbranche. Den letzten Katalog druckte man 2019.

Derzeit beschäftigt Praxisdienst rund hundert Mitarbeiter, etwa zur Hälfte in Luxemburg, wo die Verwaltung angesiedelt ist, und in Deutschland, wo sich Vertrieb und Logistik befinden. In der Nähe von Trier steht ein modernes Lager mit Robotern, was den Versand effizient macht. 2020 startete dort ein vollautomatisiertes Lagersystem. „Allerdings reicht der Platz kaum noch“, sagt Geschäftsführer Heine. Das Unternehmen wickelt viel Luftfracht über den Flughafen in Findel ab und möchte auch mehr die Schiene nutzen. „Da wäre natürlich Luxemburg für uns kein schlechter Standort“, sagt Heine. „Wenn wir die Verwaltung hier haben, warum dann nicht auch zumindest einen Teil der Logistik.“ Weil der Medizinprodukte-Großhändler auch in Frankreich, Luxemburg, Belgien bis Spanien das Geschäft ausbauen will, wäre ein zusätzlicher Logistikknotenpunkt im Großherzogtum von Vorteil. Noch habe man aber keine Örtlichkeit ins Auge gefasst, so Heine.

Schon 2017 hat das Unternehmen den überwiegenden Teil seines Umsatzes Online gemacht. Die diversen Lockdowns weltweit spielten Praxisdienst in die Hände. Die Umsatzexplosion beruht also vor allem auf Pandemieprodukten wie Masken, Schnelltests und

Desinfektionsmittel, was sich nach der Pandemie auch schnell wieder abschwächen kann. Doch auch das Verhalten der Kunden habe sich geändert, meint Heine. So fehlte den Arztpraxen heute oft schlicht die Zeit, sich mit Außendienstmitarbeitern zu beschäftigen, die Medizinprodukte anbieten, so wie dies früher üblich war. Auch sei der Informationsgehalt online mit Ergänzung durch Telefon-Support oftmals besser als die Information, die ein Außendienstler zur Hand habe, so Praxisdienst.

Hauptkunden von Praxisdienst sind Arzt- und Physiotherapiepraxen, Pflegeeinrichtungen und Labore. Auch der größte Fußballverein Frankreichs wird von Praxisdienst beliefert. „Das Ziel ist ganz klar“, sagt Heine: „Wir wollen in aller Bescheidenheit so eine Art Amazon für Medizinprodukte werden.“

Was das Wachstum bremst

„Wir sind in den Niederlanden und in Belgien sehr stark und versuchen momentan, uns noch stärker in Frankreich zu etablieren“, erläutert Heine. „Benelux, Frankreich und auch Richtung Spanien sind für uns sehr, sehr interessante Märkte.“ Praxisdienst ist auch in Polen, Italien und England aktiv. Doch der Markt dort wird durch den Brexit immer schwieriger.

„Wir wachsen rasant. Nur aus dem einfachen Grund wachsen wir nicht noch schneller, weil wir nicht genug Leute haben“, sagt Heine. „Wenn wir genügend gute Mitarbeiter finden würden, könnten wir unser Geschäft noch ausweiten.“ An Spezialisten für Vertrieb und Online-Marketing in verschiedenen Sprachen hapere es.

Ein kleiner Bremsklotz ist aktuell auch die Liefersituation bei einigen Produkten. Hier gibt es zum Teil Verzögerungen bei der Beschaffung. Viele Produkte bezieht das Unternehmen aus Ägypten oder der Türkei, auch aus Europa und aus Luxemburg selbst. Anderes, vor allem Handschuhe, kommt aus Asien. „So viel es geht“, betont Heine, „versuchen wir die Artikel von lokalen Produzenten zu beziehen.“ Bei etlichen Produkten gibt es aber keine.

- *Wir versuchen*
- *momentan, uns noch stärker in Frankreich zu etablieren.*
- *Gebremst werden*
- *wir vor allem vom Mangel an Fachkräften.*

Auf einen Blick

1953 in Wuppertal gegründet wurde 1978 der Sitz von Praxisdienst nach Longuich bei Trier verlegt – die geografische Nähe zu Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg ebnete den Weg für die betriebliche Expansion nach Mitteleuropa. Ein erster Schritt wurde

2008 mit dem niederländischen Shop unternommen. 2009 integrierte das Unternehmen auch einen Veterinärshop. 2018 erfolgte in Luxemburg die Gründung von Praxisdienst Europe S.à.r.l in Wecker. 2020 wies das inhabergeführte Unternehmen einen Umsatz von 80 Millionen Euro aus. *MeM*

„Wir erwarten einen Preiskampf“

Bald dürfen Mieter selbst entscheiden, wie sie fernsehen möchten. Der Satellitenbetreiber Astra wittert im Kampf gegen Telekom, Vodafone & Co ein großes Geschäft. Es sei der „Flixbus-Moment“ im Fernsehmarkt.

**Von Henning Peitsmeier,
Unterföhring**

Vielen Mietern ist es gleichgültig, wie das Fernsehen in ihr Wohnzimmer kommt. Ob Kabel, Antenne oder Satellit, bisher haben sie auch kaum Einfluss auf die Fernsehkosten in ihrem Mietvertrag. Hat etwa der Vermieter einen Vertrag mit einem Kabelanbieter abgeschlossen, so muss der Mieter die Kosten hierfür übernehmen.

Das wird sich von Dezember an ändern. Denn mit der Modernisierung des Telekommunikationsgesetzes wird das sogenannte Nebenkostenprivileg abgeschafft, das die Kosten für das Kabelfernsehen einfach auf den Mieter überwälzt. Zwar gewährt der Gesetzgeber noch eine Übergangsfrist bis zum 30. Juni 2024, aber grundsätzlich können Mieter künftig selbst entscheiden, ob sie statt ihres Kabelanschlusses das Fernsehsignal lieber über Antenne oder Satellit empfangen wollen.

Rund 12 Millionen Miethaushalte in Deutschland können sich theoretisch die monatlichen Kabelgebühren, die je nach Anbieter bis zu 180 Euro im Jahr ausmachen, komplett sparen. „Für uns ist das eine Riesenchance, denn wir können nur gewinnen“, sagt Norbert Hölzle, Geschäftsführer der zum Luxemburger Satellitenbetreiber SES gehörenden Tochtergesellschaften Astra Deutschland und HD Plus mit Sitz in Unterföhring.

Der 55 Jahre alte Hölzle spricht vom „Flixbus-Moment“ im deutschen Fernsehmarkt. So wie vor acht Jahren, als mit der Liberalisierung des Fernbusmarktes das Münchner Busunternehmen Flixbus seinen Siegeszug angetreten hatte, will auch Astra die Gunst der Stunde nutzen, um Telekom, Vodafone & Co. Kunden abzufragen. Seit vielen Jahren ist der Markt stabil verteilt. 90 Prozent der Haushalte in Deutschland empfangen Fernsehen entweder über Satellit oder Kabel: Gut 17 Millionen Haushalte werden von Astra versorgt, knapp 16 Millionen von den Kabelanbietern, und etwa 5 Millionen schauen via Internet (IPTV) oder

Antenne.

Hölzle geht fest davon aus, dass es bei dieser Verteilung nicht bleiben wird. Peu à peu will Astra Marktanteile von den Kabelkonzernen gewinnen und auch die Antennenhaushalte vom eigenen Angebot überzeugen. Zwar bietet die Verbreitung von Internet-Fernsehangeboten (IPTV) über Fernsehkabel und Telefonleitungen eine Alternative zum Satelliten, doch dürften Kapazitätsgrenzen dafür sorgen, dass weitere Satelliten für die Übertragung gebraucht werden.

Im entscheidenden Kampf mit den großen Kabelkonzernen beschwört Hölzle das Preisargument: „Astra bietet den Fernsehsendern den günstigsten Verbreitungsweg an, günstiger als jeder Kabelanbieter. Das ist unser entscheidender Vorteil. Außerdem geht es uns nur um das Fernsehsignal. Mit anderen Worten: Wir treten nicht in Konkurrenz zu den übrigen Internet- oder Telefonangeboten der Stadtwerke oder Energieversorger.“

Für den Endverbraucher kann das Satellitenfernsehen kostenlos sein, sofern er auf die hochauflösenden Fernsehbilder in HD-plus-Qualität verzichtet, für die eine Monatsgebühr fällig wird. Alle übrigen Empfangswege sind mit monatlichen Fixkosten verbunden, und eine Untersuchung des Vergleichsportals Verivox hatte vor Kurzem ergeben, dass das Kabel der teuerste Zugangsweg für den Endverbraucher ist.

Die Kunden von Astra sind die vielen Fernsehsender. Von ihnen kassiert der Satellitenbetreiber lukrative Gebühren für die Transponder, also die Übertragungskapazität. Abseits des Transpondergeschäfts liefert die Schwestergesellschaft HD Plus rund 2 Millionen Haushalten Fernsehen in HD-Qualität. Zuletzt erwirtschaftete der Konzern in Deutschland nach eigenen Angaben Erlöse von 368 Millionen Euro. Hölzle sieht zusätzliches Potential in neuen Angeboten. So will er schon in wenigen Wochen mit einem neuen Streamingangebot auf Kunden in Ballungsgebieten zugehen, in denen der Satellitenanteil noch gering ist, die aber über einen leistungsfähigen Internetanschluss verfügen.

Für das geplante Wachstum aus der Marktliberalisierung braucht er die Energieversorger und rund 600 Stadtwerke in Deutschland. Die zwei Dutzend Vertriebsmitarbeiter von Astra haben bereits mit der Kundenakquise begonnen. „Wir müssen in den Innenstädten mehr Haushalte gewinnen, müssen in die Wohnungen kommen. Aktuell sind wir mit 36 Stadtwerken im Gespräch und haben auch schon erste Abschlüsse erzielt. Es ist aber sicher noch ein langer Weg“, sagt Hölzle. Und dann sind da auch noch mit Vodafone und der Telekom zwei mächtige Gegner, die dem kleinen Angreifer aus dem Münchner Vorort das Feld nicht kampflos überlassen werden: „Die Kabelkonzerne werden sicher versuchen, ihre Kunden zu behalten. Wir stellen uns auf einen Preiskampf ein.“



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

„Atomkraft ist nicht nachhaltig“

Der Finanzminister von Luxemburg,

Pierre Gramegna, erwartet in

der EU schwierige Verhandlungen.

Auf die globale Mindeststeuer freut er sich.

Das Gespräch führte **Markus Frühauf**.

Warum gilt Luxemburg weiterhin als Steueroase und damit als attraktiver Standort in Europa für internationale Konzerne?

Ein schlechter Ruf lässt sich nur etappenweise korrigieren. Wir haben das Problem, dass das Bild von Luxemburg noch immer von der Vergangenheit bestimmt wird, aber nicht von der Gegenwart. Doch der Vorwurf der Steueroase entspricht seit 2014 nicht mehr der Realität. Wir tauschen die Steuerinformationen mit allen Ländern aus und haben alle EU-Vorgaben umgesetzt. Wir unterstützen auch die globale Mindeststeuer und eine gerechtere Besteuerung der Gewinne der weltweit größten Unternehmen. Dadurch werden einheitliche Rahmenbedingungen geschaffen und Steuern werden nur noch eine kleine Rolle spielen. Das ist für Luxemburg gut, weil dann stärker die Vorteile als Triple-A-Land, also als sehr verlässlicher Standort, zum Tragen kommen.

Welche Rolle haben Ausnahmeregelungen (Tax Rulings), und müssen diese mit der globalen Mindeststeuer geopfert werden?

Diese Rulings gibt es in fast allen EU-Ländern. Bislang gibt es keine Initiative auf EU-Ebene gegen diese Rulings. Diese legen die Gesetze aus, schaffen aber keine Ausnahmen davon. Sie werden aber in Zukunft mit mehr Steuertransparenz an Bedeutung verlieren. Seit 2016 tauscht Luxemburg alle Rulings automatisch mit allen EU-Ländern aus.

Wo sehen Sie den Finanzplatz Luxemburg im europäischen Wettbewerb?

Trotz vieler internationaler Änderungen hat sich der Finanzplatz in den vergangenen fünf Jahren sehr gut entwickelt. Der Finanzplatz hat seine Anpassungsfähigkeit bewiesen und sich sehr gut auf die großen Trends vorbereitet. Luxemburg hat im Bereich nachhaltiger Finanzen in Europa eine führende Position. Das gilt auch für den zweiten großen Trend, die Digitalisierung. Die wichtigsten Anbieter für elektronische Zahlungsdienste haben ihren europäischen Hauptsitz in Luxem-

burg.

Wie lässt sich eine erfolgreiche Entwicklung für den Finanzplatz messen?

Mit einem verwalteten Vermögen von 5600 Milliarden Euro ist Luxemburg nach den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Fondsstandort der Welt. Das Wachstum der Fondsgesellschaften wird natürlich von der V-förmigen Wirtschaftserholung unterstützt. Aber wir verfügen in Luxemburg über eine sehr große Auswahl unterschiedlicher Fonds und über entsprechend qualifiziertes Personal. Wir treiben nachhaltige und grüne Finanzen voran, wobei uns auch die in Luxemburg ansässige Europäische Investitionsbank (EIB) hilft. Mit ihr haben wir eine Klimaplattform aufgebaut, über die sich in Entwicklungs- und Schwellenländern Projekte in einem Volumen von bis zu 3 Milliarden Euro finanzieren lassen.

Luxemburg ist ein führender Fondsstandort, aber gehandelt wird an anderen Börsen.

Unsere Börse hat sich über Jahrzehnte entwickelt. Sie hat sich auf den Anleihebereich spezialisiert, Aktien spielen eher eine nachgeordnete Rolle. Auf dem Gebiet grüner und nachhaltiger Anleihen nimmt sie eine führende Rolle ein. Die EU-Anleihen zur Finanzierung des Wiederaufbaufonds sind alle dort notiert.

Betrachten Sie sich als Vorreiter in der Green Finance?

Das sehen auch andere so, und dafür gibt es zahlreiche Beispiele. Was grüne Finanzen betrifft, sind wir in Europa unter den Top 5 und in der EU sogar unter den Top 3. Nachhaltige Finanzen werden immer wichtiger und sind ein Muss, wenn die Klimaziele erreicht werden sollen. Die Finanzwelt muss in sämtlichen Bereichen grün werden, die professionellen Investoren müssen ihre Portfolios nachhaltig ausrichten. Je eher, desto besser!

In der EU-Taxonomie stehen noch wichtige Entscheidungen aus: Ist Atomkraft, auf die Frankreich setzt, als Übergangstechnologie geeignet?

Luxemburg gilt zwar als Land des Kompromisses, aber in der Atomkraft sind wir nicht kompromissbereit. Wir halten diese Energie für sehr gefährlich und nicht für nachhaltig. Ich denke, unsere Sichtweise wird auch von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung geteilt. Hier einen Kompromiss zu finden wird für die Kommission schwierig. Aber Europa hat die Kunst des Kompromisses erfunden.

Hat Luxemburg vom Brexit mehr als andere Finanzplätze profitieren können?

Der Brexit hat gezeigt, dass es in Europa ausreichend Platz für mehrere Finanzplätze gibt. Paris, Dublin, Amsterdam, Frankfurt und auch Luxemburg konnten Finanzdienstleister anziehen. Nach Luxemburg zogen natürlich Fondsgesellschaften, zum Teil auch Versicherer. Amerikanische Banken haben im Großherzogtum inzwischen ihren Sitz für das Wealth Management, die Vermögensverwaltung wohlhabender Kunden.

Sind Sie mit den Brexit-Verhandlungen zufrieden, was den Finanzbereich betrifft?

Grundsätzlich schadet der EU-Austritt Europa und Großbritannien. Ich hätte mir gewünscht, dass Finanzdienstleistungen eher in die Verhandlungen einbezogen worden wären. Die Verhandlungen sind hier sehr verfahren. Wir befinden uns mittlerweile in einer Grauzone. Zwar stehen Äquivalenzregelungen im Raum, doch ist weiterhin unklar, wie diese angewendet werden sollen. Die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten haben den Finanzbereich in den ersten Verhandlungsrunden ausgeklammert, weil andere Themen wie zum Beispiel der Güterverkehr als wichtiger erachtet wurden. Für Luxemburg mit seinem Schwerpunkt im Finanzbereich ist das ganz klar ein Nachteil.

Braucht Europa eine Vereinheitlichung in Form der Kapitalmarkt- und Bankenunion, oder wäre mehr Wettbewerb zwischen den Standorten besser?

Wir wollen eine Bankenunion und eine gemeinsame Einlagensicherung. Dabei dürfen die Tochtergesellschaften der Bankengruppen in Sachen Eigenkapital und Liquidität nicht entmachtet werden. Die Finanzkrise hat gezeigt, dass es nicht genügt, dass die Muttergesellschaften über Finanzpolster verfügen. Auch die Filialen müssen genügend Eigenkapital vorhalten können. Es geht darum, mehr Finanzstabilität in der EU, aber auch in den einzelnen Mitgliedstaaten zu schaffen. Für ein gemeinsames Krisenmanagement in Finanzkrisen müssen auch die nationalen Gesetze stärker harmonisiert werden.

Wie steht Luxemburg zu einer europäischen Einlagensicherung?

Die lässt sich nur schrittweise erreichen. Aber in Bezug auf die Lasten mit faulen

Luxembourg

Krediten bin ich sehr zuversichtlich. Diese wurden in den vergangenen Jahren deutlich abgebaut. Auch deshalb sind Banken und Fonds so gut durch die Corona-Krise gekommen. Waren sie in der großen Finanzkrise 2008 Teil des Problems, sind sie nun Teil der Lösung.



Pierre Gramegna

Foto Bloomberg

Grüner Kraftakt

Nachhaltigkeit im Luxemburger Bankgeschäft ist ein großes Thema - für die Institute stellen sich aber auch viele Fragen

Von Marco Meng

Das Bewusstsein eines Unternehmens für soziale und ökologische Faktoren und sein Handeln danach spielen eine immer wichtigere Rolle. „Environmental, Social and Corporate Governance“ (ESG) ist zu einem Schlagwort geworden. Aber ist es auch tatsächlich mehr als nur eine Floskel?

In der kürzlich vorgelegten Untersuchung von PwC Luxemburg zur Luxemburger Banklandschaft befasst sich das Beratungsunternehmen insbesondere mit der Frage, was ESG für die Banken bedeutet. „77 Prozent der institutionellen Anleger sind bereit, bis 2022 nicht mehr in Nicht-ESG-Produkte zu investieren“, stellt der Bericht fest. Hingegen planen nur 14 Prozent der Vermögensverwalter, zum gleichen Zeitraum auch keine solchen Produkte mehr aufzulegen. Und 73 Prozent der Vorstandsvorsitzenden lokaler Banken sind bereit, mehr in den grünen Wandel des Bankensektors zu investieren. Da ESG doch aktuell so sehr in aller Munde ist - sind dann die Zahlen nicht doch vergleichsweise niedrig?

„Zum jetzigen Zeitpunkt ist ESG noch ein Konzept“, sagt dazu Jörg Ackermann, Banking Consulting Partner bei PwC Luxemburg, „das keine exakte Wissenschaft ist, sondern eher ein sich entwickelnder Rahmen mit vielen Aspekten, die mit der Zeit noch verfeinert oder geklärt werden müssen“.

Er geht davon aus, dass sich die genannten Zahlen im Laufe der Zeit nach oben entwickeln. „Aus den Interviews, die wir im Rahmen unserer Publikation geführt haben, geht eindeutig hervor, dass die Bedeutung von Nachhaltigkeit und ESG für Banken und die damit verbundenen Erwartungen der Öffentlichkeit sehr ernst genommen werden und das Thema ganz oben auf der Agenda der luxemburgischen Banker steht“, so Ackermann.

„Die ESG-Revolution führt in der europäischen Finanzindustrie zu massiven Veränderungen“, konstatiert die „Banking Trends & Figures 2021“-Studie von PwC Luxemburg. Aufgrund ihrer doppelten Position als Finanzmarktteilnehmer und Finanzierungsquelle

seien Banken von diesem Paradigmenwechsel doppelt so stark betroffen und trügen die doppelte Verantwortung für aktive, konkrete Schritte zu mehr Nachhaltigkeit. Noch ist die Integration von ESG in die Strategie der Banken eher eine Ausnahme.

Kunden verlangen danach

Laut PwC Luxemburg sind es vor allem regulatorische Anforderungen und Kunden, die mehr Nachhaltigkeit verlangen. Warum Banken noch zurückhaltend sind, liegt auch an der Diskrepanz zwischen langfristigen Anlagezielen und kurzfristigem Liquiditätsbedarf, analysiert Roxane Haas, Banking Industry Leader, in der Studie.

Derzeit gibt es nur wenige ESG-Finanzprodukte. Ihre Zahl, so PwC Luxemburg, muss erhöht werden, ohne das Angebot an traditionellen Produkten in der Übergangszeit zu opfern. Obwohl sich natürlich alle offiziell für ESG aussprechen, ist auch klar, dass das für Banken und Vermögensverwalter, wie auch für Versicherer, zuerst einmal höheren Aufwand, mehr Kosten und wahrscheinlich deswegen weniger Gewinn bedeuten kann - und das, nachdem bereits regulatorische Anforderungen die Kosten in die Höhe schraubten und letztes Jahr auch die Pandemie das Geschäft eintrübte.

Ebenso sieht man an den stetig steigenden Milliarden, die die Investmentfonds bei den Banken deponieren: zwar braucht der Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit viel Geld - das Angebot an Projekten, in die sich diesbezüglich zu investieren lohnt, ist indes gering oder wird aus anderen Gründen nicht genutzt. Wie die Luxemburger Zentralbank im Oktober mitteilte, stiegen die Depots von Investmentfonds bei den Luxemburger Banken um 21 Prozent, das ist ein Plus von 38,4 Milliarden Euro.

Gewinne der Banken gehen zurück

Die 128 zugelassenen Banken am Ende des Geschäftsjahres 2020 hatten letztes Jahr erneut einen Gewinnrückgang verbuchen müssen: Der Rückgang auf einen Überschuss von netto 3,04 Milliarden Euro betrug mehr als 18 Prozent,

was zu einem nicht unerheblichen Teil auf den Corona-Schock zurückzuführen sein dürfte. Dabei ist festzustellen, dass von den sechs großen Bankengruppen am Finanzplatz nur die Banken aus der Schweiz ein Gewinnplus verzeichneten. Das chinesische Segment mit sechs Instituten am Finanzplatz machte insgesamt erneut Verluste mit minus 34 Millionen Euro (gegenüber einem Fehlbetrag von 23 Millionen Euro 2019). Die chinesischen Banken, von denen die Bank of China Luxembourg die größte ist, sind überwiegend im Firmenkundengeschäft tätig. Dazu gehört Handels- und Projektfinanzierung.

Die Gruppe der neun Schweizer Banken in Luxemburg mit Pictet als der größten hat als Schwerpunkt Vermögensverwaltung und Private Banking. Mit einem Plus von 52,6 Prozent wiesen die Schweizer Banken in Luxemburg letztes Jahr das höchste Wachstum des Jahresgewinns auf, von 76 Millionen Euro auf 116 Millionen Euro.

Deutlich zurück gingen demgegenüber die Gewinne der 13 luxemburgischen Banken mit der BCEE als der größten. Das diversifizierte Geschäftsmodell mit den Schwerpunkten Privat-, Retail- und Firmenkundengeschäft sowie Asset Servicing und Private Banking brachte Nettogewinne von 263 Millionen Euro im Vergleich zu 613 Millionen Euro 2019, was allerdings vor allem auf den Anstieg der Risikovorsorge wegen der Pandemie zurückzuführen war.

Ein ähnlich diversifiziertes Geschäftsmodell bieten auch die deutschen Banken am Standort Luxemburg an mit der Deutsche Bank als der größten. Sie hatten letztes Jahr insgesamt einen Gewinnrückgang von 108 auf 78 Millionen Euro zu verschmerzen. Die britischen und amerikanischen Banken in Luxemburg mit JP Morgan als der größten betreiben vor allem Fondsdienstleistungen. Dieses Segment profitiert vom anhaltenden Wachstum des Fondsgeschäfts. Unterm Strich standen 552 Millionen Euro gegenüber 602 Millionen im Jahr davor. Das französische Bankensegment mit Société Générale Luxembourg an der Spit-

ze betreibt ein Universalbankgeschäft mit Schwerpunkt auf Private Banking, Asset Servicing und Kreditvergabe. Der Jahresüberschuss blieb mit -1,4 Prozent relativ stabil (281 Millionen Euro gegenüber 285 Millionen 2019).

Der Druck wächst

Die Finanzaufsichtsbehörde CSSF hat im Sommer ein Rundschreiben über das Management der ESG-Risiken veröffentlicht. „Die Komplexität der ESG-Themen“, schreibt dazu der Luxemburger Bankenverband ABBL, „das Fehlen harmonisierter Vorschriften und politischer Leitlinien sowie die begrenzten Instrumente und Daten zur Identifizierung, Messung, Steuerung und Offenlegung ESG-bezogener Finanzrisiken stellen die Finanzinstitute vor viele Herausforderungen“. Die ABBL hat darum im April eine ESG-Risiko-Taskforce ins Leben gerufen, um ihre Mitglieder in diesem Bereich zu unterstützen.

Nächstes Jahr wird die Europäische Zentralbank (EZB) eine umfassende aufsichtliche Überprüfung der Praktiken der Banken durchführen und gegebenenfalls konkrete Folgemaßnahmen ergreifen: Große Institute mit börsennotierten Emissionen müssen ab Juni 2022 auch Informationen zu ESG-Risiken offenlegen.

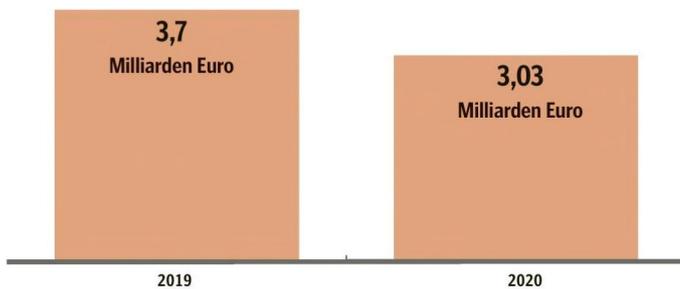
Im Zusammenhang mit der EU-Agenda für nachhaltige Finanzen ist klar, dass ESG-Informationen bald in gleicher Weise wie Finanzinformationen berücksichtigt werden, erklärt Julien Froumouh, Berater für nachhaltige Finanzen bei der ABBL. Auch wenn die Banken unter wachsendem Druck stünden, gebe es ebenso Chancen, wie die Einführung neuer Produkte und die Verbesserung von Marke und Ruf. „Gleichzeitig kann das langfristige Geschäftsrisiko durch eine angemessene Verwaltung, Messung und Verfolgung von Nachhaltigkeitsfaktoren verringert werden.“ Dies schaffe neue, beträchtliche Investitionsmöglichkeiten in aufstrebenden Sektoren und Aktivitäten wie Wasserstoff, erneuerbare Energien, grüne Infrastruktur oder saubere Technologien.

- Zum jetzigen
- Zeitpunkt ist ESG noch ein sich entwickelnder Rahmen.

Jörg Ackermann, Partner bei PwC

Schrumpfende Nettogewinne

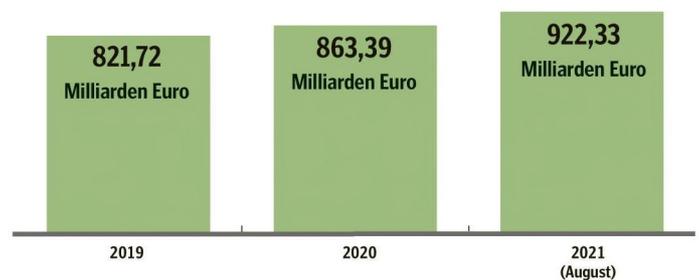
Die Bankgewinne sind letztes Jahr um mehr als 18 Prozent zurückgegangen.



Quelle: CSSF/PwC Luxembourg

Wachsende Bankbilanzen

Fehlende lukrative Anlagemöglichkeiten? Zwischen August 2020 und August 2021 haben allein Investmentfonds 38 Milliarden Euro mehr bei den Banken deponiert.



Quelle: CSSF/PwC Luxembourg

Alternde Gesellschaft wird zum Problem

Conseil national des finances publiques prüft Staatshaushalt 2022 und Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen

Von Michèle Gantenbein

Der Conseil national des finances publiques (CNFP) analysiert Jahr für Jahr die Lage der öffentlichen Finanzen und prüft deren Nachhaltigkeit. Und jedes Jahr weist das Gremium auf die alternde Gesellschaft und die langfristig steigenden Kosten für das Renten-, Gesundheits- und Pflegesystem hin. „Heute investiert Luxemburg 16 Prozent seiner Wirtschaftsleistung in diese Kosten. 2070 werden es 24,6 Prozent sein“, erklärte der CNFP-Vorsitzende Marc Wagener gestern bei der Vorstellung der Analyse des nationalen Rates für öffentliche Finanzen. „Das ist eine Steigerung von 8,6 Prozent und entspricht gemessen an der aktuellen Wirtschaftsleistung Kosten in Höhe von 5,5 Milliarden Euro, die Luxemburg zusätzlich ausgeben muss.“ Den Löwenanteil macht das Rentensystem aus, mit heute zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Dieser Anteil werde auf 18 Prozent im Jahr 2070 steigen.

Anpassungen beim Rentensystem

Aktuell stehen 450 000 Beitragszahler 200 000 Rentnern gegenüber, was zu Überschüssen führt. Die Rentenreserve ist derzeit mit 22 Milliarden Euro prall gefüllt. Damit sind die Renten für knapp fünf Jahre abgesichert. Kurz- und mittelfristig hat Luxemburg angesichts der komfortablen Lage kein Problem mit der Rentenfinanzierung, längerfristig aber schon. Aus diesem Grund rät der CNFP zu Anpassungen. „Je früher man etwas unternimmt, desto geringer müssen die Anpassungen sein“, so Marc Wagener. Es sei Sache der

Regierung festzulegen, ob die Beiträge erhöht, die Leistungen gekürzt oder das Rentenalter angehoben wird.

Am Staatshaushalt 2022 und am mehrjährigen Haushalt hat der CNFP nichts auszusetzen. Der Staatshaushalt halte die nationalen und internationalen budgetären Regeln ein, wobei die europäischen Regeln 2020 bis 2022 wegen der Pandemie ausgesetzt worden sind. Luxemburg hat sich Wagener zufolge besonders gut von der Pandemie erholt, so dass es in den Jahren 2021 und voraussichtlich auch 2022 von der Ausnahmeregelung gar nicht Gebrauch machen muss. Die Ausnahmeregelung läuft 2023 aus. Die neuen budgetären Regeln für die Jahre 2023 bis 2025 werden im April 2022 von der EU-Kommission festgelegt.

Das CNFP hat auch die makroökonomischen Prognosen unter die Lupe genommen. „Im Vergleich zu unseren Nachbarn sind wir gut durch die Pandemie gekommen“, so der CNFP-Vorsitzende – mit einem geringen Rückgang der Wirtschaftsleistung im Jahr 2020 (minus 1,8 Prozent) und einem starken wirtschaftlichen Aufschwung (plus sechs Prozent) im Jahr 2021. „Gesamtwirtschaftlich war Luxemburg bereits im dritten Quartal 2020 wieder auf dem Vorkrisenniveau, während das in der Eurozone noch heute nicht der Fall ist“, so Wagener. Das habe vor allem mit dem hohen Dienstleistungsanteil der Luxemburger Wirtschaft zu tun.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist allerdings einigen Risiken ausgesetzt. So ist unklar, wie es mit der

Corona-Pandemie weitergehen wird. Vor allem aber könnte die durch die hohen Energiepreise und die Lieferkettenprobleme angeheizte Inflation einen negativen Impact haben. „Allein von September bis Oktober ist die Inflation von 2,7 auf 3,6 Prozent angestiegen“, gab Wagener zu bedenken.

Staatsschulden steigen

Die Pandemie hat ein tiefes Loch in die Staatskasse (2020: 3,1 Milliarden Euro) gerissen, doch laut den Prognosen wird das Defizit bis 2025 auf 700 Millionen Euro reduziert, nicht zuletzt durch Einnahmen, die in den Jahren 2023 bis 2025 stärker ansteigen werden als die Ausgaben. Positiv sei auch, dass die Einnahmen zwischen 2021 und 2025 um eine Milliarde Euro pro Jahr stärker steigen als noch im Stabilitäts- und Wachstumspakt vom April angenommen. Dem gegenüber stehen weniger stark steigende Ausgaben in den Jahren 2021 und 2022. „Doch ab 2023 haben die stark sprudelnden Einnahmen als Konsequenz, dass auch die Ausgaben wieder stärker steigen werden“, so Wagener.

Die Corona-Krise hat zu einer höheren Staatsverschuldung geführt. In den Jahren 2020/2021 ist sie um 3,5 Prozent (vier Milliarden Euro) gestiegen, letztlich aber bleibt sie auch in den kommenden Jahren unter der selbstgesteckten Grenze von 30 Prozent des BIP. Dennoch gibt der CNFP zu bedenken, dass die Staatsschuld 2023 im Vergleich zur Annahme von 2019 um zehn Prozent (rund sieben Milliarden Euro) höher sein wird.

Gute Noten für die Staatsfinanzen

CNFP Langfristig besteht Handlungsbedarf

Christian Muller

Kurz und mittelfristig sei die Lage der Luxemburger Staatsfinanzen gut, urteilt der nationale Finanzrat. Sie entwickeln sich aktuell besser als zu Jahresbeginn erwartet. Langfristig gebe es jedoch hohe Risiken, warnt der CNFP. Und demnach auch Handlungsbedarf.

Zu normalen Zeiten erhält jedes Mitgliedsland der EU finanztechnische Vorgaben aus Brüssel. Ziel ist das Vermeiden staatlicher Schuldenkrisen. Es gilt, die nationalen Finanzen langfristig solide und nachhaltig zu gestalten. Staatsfinanzen gelten als nachhaltig, wenn sie in der Lage sind, die Ausgaben zu stemmen, ohne dass die Steuern erhöht werden müssen und ohne dass die Verschuldung steigt.

Mission der kleinen staatlichen Institution CNFP („Conseil national des finances publiques“) ist es, eine unabhängige Bewertung zur Entwicklung der Lage der Staatsfinanzen vorzunehmen. In jedem Mitgliedsland der Eurozone gibt es eine solche Institution. Am Montag gab der Rat nun seine Bewertung für den Staatshaushalt 2022 und für die Pläne für die kommenden Jahre ab.

„Wir sind wirtschaftlich gut durch die Krise gekommen“, unterstrich Marc Wagener, Präsident des CNFP, am Montag vor Journalisten. Anders als die meisten europäischen Länder habe Luxemburg, gesamtwirtschaftlich, den konjunkturellen Einbruch bereits hinter sich gelassen.

Wachstum stützt

Staatsfinanzen

Gedanken macht er sich jedoch bezüglich Arbeitslosigkeit und Inflation. Das Wachstum sei nicht hoch genug, um langfristig die Arbeitslosenquote nach unten zu drücken, sagt er. Bis 2025 wird erneut mit einem Anstieg gerechnet.

In Sachen Preissteigerung fragt

sich Wagener, ob die Inflationsrate in den kommenden zwei Jahren nicht vielleicht doch höher ausfallen könnte als erwartet. Im Oktober war die Inflation hierzulande, mit 3,62 Prozent, auf den höchsten Stand seit 2011 gestiegen. Auch Statoc hatte seine Prognosen für die Inflationsrate zuletzt deutlich erhöht. War das statistische Institut vor einigen Monaten noch von einer Preissteigerungsrate von 2 Prozent in diesem und 1,6 Prozent im kommenden Jahr ausgegangen, so rechnet es mittlerweile mit 2,5 Prozent in beiden Jahren.

Mit der wachsenden Wirtschaft entwickeln sich auch die Staatsfinanzen deutlich besser als zu Jahresbeginn erwartet, so Wagener weiter. Zwar sei 2020 ein Rekorddefizit erwirtschaftet worden, doch bereits 2021 und 2022 werde Luxemburg voraussichtlich die Haushaltsvorgaben wieder einhalten können. Das sei „bemerkenswert“, hob er hervor. Immerhin seien die Regeln aktuell noch bis 2022 ausgesetzt.

Weiter hebt der CNFP-Vorsitzende hervor, dass beim Zentralstaat zwar bis zum Ende des Zeitraums (2025) Defizite eingeplant sind – und die Verbesserungen aktuell nur noch sehr langsam voranschreiten –, der Gesamtstaat jedoch, dank dem Überschuss in der Rentenkasse, ab 2024 wieder die schwarzen Zahlen erreichen soll. Vor allem verglichen mit den Zahlen vom Jahresbeginn habe sich die Lage bereits schnell und deutlich verbessert.

Aus Überschüssen werden Defizite

Weniger optimistisch klingt derweil der Blick in die fernere Zukunft. In dieser zusätzlichen Analyse wurde untersucht, wie gut Luxemburgs Staatsfinanzen aufgestellt sind, wenn es um die Finanzierungskosten der älter werdenden Gesellschaft

geht. Basierend auf demografischen Prognosen von Eurostat hat der Rat ausgerechnet, dass die betreffenden Kosten von heute 16 Prozent des BIP auf 24,6 Prozent im Jahr 2070 steigen werden.

Aktuell erwirtschaftete das Rentensystem Jahr für Jahr noch hohe Überschüsse, so Wagener. „In 20 Jahren wollen die Beitragszahler von heute jedoch in Rente gehen.“ In dem Moment werde eine neue Dynamik entstehen. Wenn nicht an der einen oder anderen Schraube gedreht werde, würde das System in die roten Zahlen rutschen, warnt er. Da gebe es langfristig schon ein „sehr hohes Risiko“ für die Staatsfinanzen.

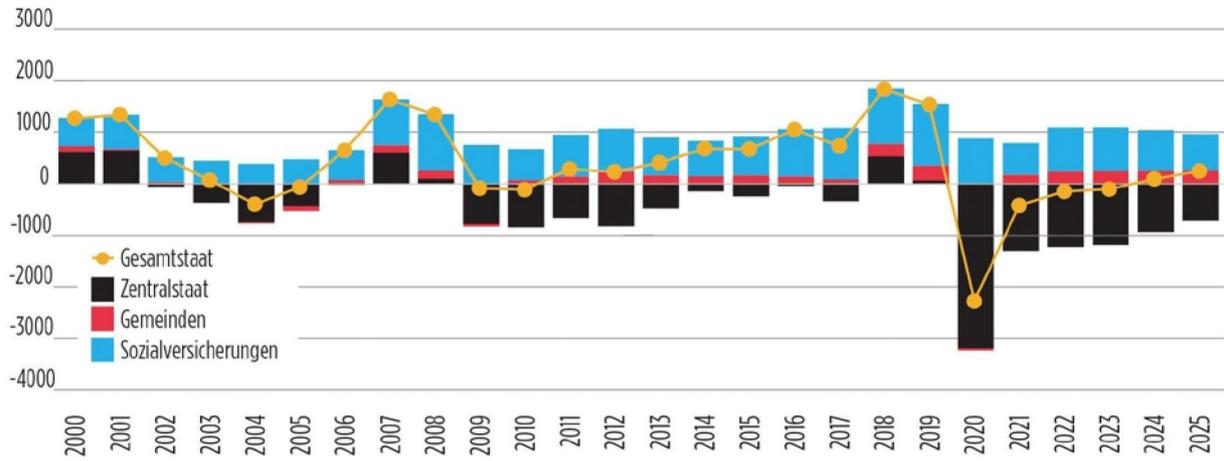
Bei den Staatsschulden sieht er eine ähnliche Dynamik. Man erwarte,

dass die Schuldenquote des Landes vorerst (bis 2045) langsam weiter (bis auf 30 Prozent des BIP) wachsen werde. Danach sollen die Ausgaben des Staates dann jedoch viel schneller steigen, so dass die Quote von 60 Prozent zum BIP bereits 13 Jahre danach erreicht wäre.

Marc Wagener hebt hervor, dass es sich bei diesen Zahlen um Trends, und nicht um Vorhersagen, handelt. Einerseits wisse niemand, was 2070 wirklich sein wird, andererseits sei es jedoch einfach, auszurechnen, wann wie viele Menschen in Rente gehen.

Das Land habe aber nach wie vor genügend Zeit zum Handeln, hebt er weiter hervor. Es gebe keinen Grund, in Panik zu verfallen. Er würde der Politik raten, spätestens in fünf Jahren zu beginnen, sich mit dem Thema zu befassen. „Die Dynamik in den Ausgaben wird in 15 bis 20 Jahren kommen. Bis dahin sollen wir nicht warten. (...) Die notwendigen Anpassungen werden kleiner ausfallen, je früher sie umgesetzt werden.“

Entwicklung der Staatsfinanzen (in Millionen Euro)



Quelle: 2000-2019: Statec / 2020-2025: Budget pluriannuel 2022 - 2025

Grafik: Tageblatt/Anjuli Mertz

Die luxemburgischen Staatsfinanzen entwickeln sich laut den aktuellen Prognosen vorerst noch positiv



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TRANSPORT UND LOGISTIK

Der Musterschüler

COP26 Minister Bausch über Luxemburgs neue Wege in der Mobilität

Philip Michel

Als Musterbeispiel in Sachen Klimaschutz wurde Luxemburg am Donnerstag bei der Klimakonferenz Cop26 in Glasgow zwar nicht bezeichnet, als Musterschüler in Sachen Mobilität aber schon. In einer Gesprächsrunde erläuterte Minister François Bausch, wie und warum das Land den Weg zum gratis öffentlichen Transport einschlug.

„Nul n'est prophète dans son pays“: Während Mobilitätsminister François Bausch („déi gréng“) hierzulande mitunter in den sozialen Medien für jeden Stau, die Erhöhung des Benzinpreises und auch so manchen Strafzettel persönlich verantwortlich gemacht wird, schaut man im Ausland mit Anerkennung und auch ein wenig Neid auf Luxemburg. Die Impulse der letzten Jahre in Sachen Mobilität sind jedenfalls nicht unbemerkt geblieben, sei es der Bau der Tram und vor allem der gratis öffentliche Transport.

So war das auch am Donnerstag in Glasgow, wo Bausch im Rahmen der Cop26 an einer Konferenz mit dem sperrigen Titel „Climate and transport: What's needed for sustainable mobility and how to get there“ teilnahm. Neben Bausch waren die äthiopische Transportministerin Dagmawit Moges, der

Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank BEI, Kris Peeters, sowie Binyam Reja als Vertreter der Weltbank geladen.

Kompliziert und einfach zugleich

Und natürlich musste Minister Bausch den Anwesenden erklären, wie es zum gratis öffentlichen Transport im Großherzogtum kam. „Die Geschichte ist kompliziert und einfach zugleich“, holte Bausch bis in das Jahr 2013 aus. Kompliziert, weil jahrzehntelang das Automobil im Land absolute Priorität besaß. Einfach, weil es in Anbetracht des alltäglichen Verkehrsinfarakts auf Luxemburgs Straßen keine Alternative zu einem ganz neuen Mobilitätskonzept gab. Dabei geht es darum, Menschen zu befördern und keine Fahrzeuge. Ein solches Motto in dem Land umzusetzen, das EU-weit die höchste PKW-Dichte aufweist, sei die eigentliche Herausforderung, so Bausch. Der gratis Transport wäre ungemein wichtig gewesen, die Menschen davon zu überzeugen, dass sie von einem neuen Mobilitätskonzept profitieren und dass es sich dabei nicht um eine Politik gegen das Auto handele. Immerhin habe sich die Zahl der Zugpassagiere in den letzten 10 Jahren

um 80% erhöht, so Bausch. „Das Wichtigste am gratis öffentlichen Transport war die breite Debatte über Mobilität, die dadurch entstand“, sagte Bausch. Um sinn gemäß anzufügen, dass eine solche Diskussion nicht mit der Rute, sondern mit der Karotte zu führen sei.

Natürlich ist es nicht damit getan, den öffentlichen Transport kostenlos für die Benutzer zu machen. Gleichzeitig müsse in das Angebot investiert werden. Das sei eine Frage der Prioritäten, so Bausch. In den letzten 40 Jahren sind in Luxemburg zwei Drittel der Investitionen im Bereich Transport in den Straßenbau geflossen, lediglich ein Drittel in den öffentlichen Verkehr. Das Verhältnis sei heute umgekehrt. In diesem Kontext wies der Vizepremier auch auf die Radinfrastruktur hin, in der ein viel höherer „Return on Invest“ zu erzielen sei als bei Investitionen für den motorisierten Verkehr. „Schlussendlich ist eine effiziente und nachhaltige Mobilität abhängig davon, wie der urbane Raum gestaltet wird“, sagte François Bausch in seinem Fazit. „Wir müssen uns nicht wundern, wenn wir die Klimaziele und eine bessere Mobilität verpassen, wenn wir so planen wie in der Vergangenheit. Die Städte müssen für die Menschen gestaltet werden.“ Und eben nicht für Autos.



François Bausch auf der Klimakonferenz Cop26

Foto: MMTF

Abrissbirne am Bahnhof

Die Vorbereitungsarbeiten für das neue Parkhaus mit 370 Stellplätzen in Wasserbillig sind in vollem Gange

Von Irina Figut

Wasserbillig. Die Bauarbeiten für das geplante P&R-Parkhaus am Bahnhof in Wasserbillig schreiten voran. Zurzeit wird die alte Güterhalle der CFL abgerissen. An diesem Standort soll demnächst die neue Stahlkonstruktion mit insgesamt 370 Parkplätzen entstehen. Wie Tom Ewert, zuständig für die Kommunikation bei der CFL, auf Anfrage berichtet, soll der Bau Ende 2023 abgeschlossen sein.

Aktuell werde ein Durchgang unter den Gleisen durchgeführt, damit Kabel für das neue Gebäude an die technischen Installationen angebunden werden könnten, so Ewert weiter. Im neuen Komplex sollen laut der CFL sämtliche Parkhausanlagen sowie der Zustand weiterer technischer nicht eisenbahngebundener Elemente der Li-

nie 30 zwischen Luxemburg und Trier zentral überwacht werden.

E-Ladesäulen im Parking und überdachte Gleise

Die Arbeiten am Parkhaus selbst sollen im kommenden Jahr beginnen. Vorgesehen sind im neuen Parking ebenfalls zehn Stellplätze für Personen mit eingeschränkter Mobilität, zehn für Carsharing-Nutzer, zehn für Elektroautos und weitere sechs Parkplätze für den CFL-Bedarf. Ladeeinrichtungen für Elektroautos sowie Abstellplätze für Fahrräder werden vorhanden sein.

„Mit dem Bau wollen wir Kunden die Benutzung des öffentlichen Personennahverkehrs und das Umsteigen vom Auto auf den Zug noch einfacher machen“, sagt Tom Ewert. Das Dach des Gebäudes soll begrünt und mit Photo-

voltaikanlagen ausgerüstet sein. Auf der Internetseite der CFL ist zudem angegeben, dass das Projekt eine Anpassung und den Umbau der Eisenbahninfrastruktur vor Ort vorsieht. Die Bahnsteige sollen überdacht werden, auch die Fahrgasteinrichtungen sollen für Personen mit eingeschränkter Mobilität insbesondere durch den Bau von Aufzügen zugänglich sein. Darüber hinaus soll der Gleisplan neu gestaltet werden, auch sind längere Gleise geplant, damit der Bahnhof besonders lange Güterzüge aufnehmen kann.

Die Realisierung des neuen P&R-Parkhauses am Bahnhof steht bereits seit längerer Zeit im Raum. Weil viele Berufstätige aus den Nachbarorten und der deutschen Grenzregion täglich nach Wasserbillig mit den Autos pendeln, um dort am Bahnhof in den Bus oder

Zug umzusteigen, ist die Situation seit Jahren angespannt. In der Ortschaft stehe nur eine begrenzte Anzahl an Stellplätzen für die Anwohner, die Kunden der anliegenden Geschäfte oder die Berufspendler zur Verfügung, erklärt Bürgermeister Jérôme Laurent. Er sehe beim neuen Projekt nur Vorteile: „Das Parkhaus wird einen Mehrwert bringen.“

Seit 2019 in Wasserbillig und 2020 in Mertert eine Vignette für Anwohner im Rahmen des Parking résidentiel eingeführt wurde, hat sich die Situation mit Dauerparkern in der Gemeinde laut Jérôme Laurent entspannt. Zuvor waren in der Ortschaft die Parkplätze am Straßenrand häufiger durch Berufspendler belegt.

„Kaum Auswirkung in Luxemburg“

Zweite Schleuse in Trier: Service de la Navigation sieht keine Veränderung des Betriebs an der Mosel

Grevenmacher/Stadtbredimus. Dieser Schritt war notwendig: Nach acht Jahren Bauzeit ist vor Kurzem die zweite Schleusenkammer an der Staustufe in Trier in Betrieb gegangen. Das Güteraufkommen auf der Mosel ist in den vergangenen Jahrzehnten stark gestiegen. Die zahlreichen Verantwortlichen bezeichneten bei der Eröffnung den Ausbau als zukunftsweisend nicht nur für Rheinland-Pfalz, sondern auch für seine Nachbarn wie etwa Luxemburg. Denn in Zukunft sollen „auch alle anderen Schleusen entlang der Mosel“ aus-

gebaut werden.

In der Praxis passiere dies jedoch nicht so schnell, meint Norbert Schilling, Leiter des Service de la Navigation. „Für uns ändert sich momentan kaum etwas“, sagt er auf Anfrage. Das Transportaufkommen werde an den Staustufen in Grevenmacher und Stadtbredimus nicht steigen. Denn die meisten Transportschiffe fahren lediglich bis zum Merterter Hafen, der vor den Staustufen liegt. Dort werden sie be- oder entladen.

Ausbau jetzt nicht zur Diskussion

Die Terrains nahe den Mosel-

schleusen seien zwar zwecks einer künftigen Erweiterung bereits seit Langem erworben worden, jedoch stehe der Ausbau momentan nicht zur Diskussion. „Zuerst soll die Erweiterung auf der deutschen Mosel fertig sein.“ Durch die Moselschleusen in Grevenmacher wurden laut Schilling im vergangenen Jahr rund fünf Millionen Tonnen Güter transportiert. 190 Hotelschiffe passierten 2020 die Staustufe in Grevenmacher, bei Jachten sind es deutlich mehr – rund 900 Schiffe. *if*



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

Supercomputer der Uni nimmt Betrieb auf

Luxemburg. Die Universität Luxemburg hat ihren Hochleistungscomputer AION (High Performance Computer, HPC) offiziell auf dem Campus Belval eingeweiht. Das meldet die Uni gestern in einer Pressemitteilung. AION

ist ein Atos/Bull-Supercomputer mit einer Spitzenleistung von etwa 1,70 PetaFlops. Der Supercomputer soll Forschung und Entwicklung auf der Grundlage intensiver Berechnungen und groß angelegter Datenanalysen ermöglichen, insbesondere in den Bereichen Informatik, Materialphysik, Biomedizin und Biowis-

senschaften, Kryptologie und künstliche Intelligenz, aber auch digitale Geschichte oder sozioökonomische Simulationen, schreibt die Uni. Die Uni beteiligt sich in Zusammenarbeit mit LuxProvide und Luxinnovation am nationalen HPC-Kompetenzzentrum. Die Einrichtung der Maschine sei dabei schon für das vergangene Jahr ge-

plant gewesen, habe sich aber infolge der Pandemie verzögert. Die Inbetriebnahme von AION fällt zusammen mit dem neuen paneuropäischen Master in High Performance Computing. Dieser startet im September 2022 und wird von der Universität Luxemburg koordiniert.

ThK

Der „Digitale Zwilling“ der Erde

Die Weltraumtechnologie kann einen Beitrag gegen den Klimawandel leisten

Von Thomas Klein

Die Überflutungen in Mitteleuropa im vergangenen Sommer kosteten über 200 Menschen das Leben. Die Schäden werden auf etwa 30 Milliarden Euro geschätzt. Etwa zur gleichen Zeit wüteten im Mittelmeerraum infolge von Dürren Waldbrände von gewaltigem Ausmaß. Ob jedes einzelne dieser Ereignisse in direktem Zusammenhang zum Klimawandel steht, kann niemand zweifelsfrei sagen. Was aber als sicher gilt, ist, dass die Gefahr solcher Extremwetterlagen mit jedem zehnten Grad zunehmen wird, um das der Planet wärmer wird. Umso wichtiger wird es zum einen werden, solche Katastrophen frühzeitig vorzusagen, die betroffenen Menschen zu warnen und Gegenmaßnahmen einzuleiten. Um die richtigen politischen Rezepte im Kampf gegen die Erhitzung der Erde zu identifizieren, ist es zum anderen notwendig, das globale Klimasystem besser zu verstehen.

Digitale Entscheidungshilfe

Bei beidem kann die Weltraumtechnik helfen, sagte Joseph Aschbacher, Generaldirektor der Europäischen Weltraumagentur ESA, gestern auf der Konferenz „New Space Europe“ in Esch/Alzette. „Wir machen aktuell schon eine ganze Menge in diesem Bereich, zum Beispiel durch satellitengestützte Erdbeobachtung. Aber in Zukunft werden wir eine ganze

Menge mehr machen“, sagt er. Eine Idee, an der die ESA arbeitet, ist das Konzept eines „digitalen Zwillings“ der Erde. Damit ist eine gewaltige Computersimulation des gesamten Ökosystems der Erde gemeint. Dieses Modell soll beständig gefüttert werden mit Daten aus verschiedenen Quellen wie Satelliten, Sensoren oder Drohnen.

Künstliche Intelligenz soll zum Beispiel helfen vorzusagen, welche Folgen bestimmte Maßnahmen auf globaler und lokaler Ebene haben werden oder welche Regionen besonders durch Extremwetterlagen gefährdet sind. „Die Regierungen der Welt müssen in den nächsten Jahren zahlreiche wichtige Entscheidungen fällen. Viele Länder wollen bis 2050 kohlenstoffneutral sein. Dazu müssen sie ihre Energieversorgung umstellen, das Transportsystem, die Land- und die Forstwirtschaft“, sagt Aschbacher. „Darum müssen wir verstehen, was die intelligentesten Entscheidungen sind, um eine klimaneutrale Wirtschaft aufzubauen, aber auch was deren gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen sind.“ Das alles soll mit dem Digitalen Zwilling simuliert werden können. Die Idee hat als „Destination Earth“ inzwischen auch Einzug in den Green Deal der Europäischen Kommission gehalten.

Mit diesem Herbst hat die ESA nun den Auftrag der Kommission erhalten, die Initiative zusammen

mit Partnern in den nächsten sieben bis zehn Jahren umzusetzen. Die Wissenschaftler der ESA haben unter anderem bereits eine Simulation der Eisdecke in der Antarktis umgesetzt, die berechnet, wie sich verschiedene Erwärmungsszenarien auf den Anstieg des Meeresspiegels auswirken. Weitere Modelle existieren zu den Ozeanen, Wäldern, der Wasserwirtschaft oder der globalen Landwirtschaft. Sie sollen zum Beispiel Informationen dazu liefern, wie sich extreme Trockenheit oder Niederschläge auf die Ernten auswirken oder wo vermehrt Überschwemmungen und Erdbeben drohen. Diese Digitalen Zwillinge werden ständig aktualisiert mit Daten aus der Erdbeobachtung. „Man kann daraus natürlich auch Schlüsse für einzelne Länder ziehen. Was bedeutet der Anstieg des Meeresspiegels für die Küsten Deutschlands oder Hollands? Welche Menschen und Regionen sind in Gefahr? Was bedeutet das für die Landwirtschaft? Kommen bestimmte Anbaukulturen besser mit den neuen Bedingungen zurecht?“, sagte Aschbacher dem „Luxemburger Wort“.

Chancen für Luxemburger Firmen

Zunächst stützt sich das Programm vor allem auf eigene Erdbeobachtungsdaten der ESA. „Wir werden aber sicher auch kommerzielle Daten von Diensten einzu beziehen“, so der ESA-Chef. Da-

her könnte auch die Luxemburger Weltraumindustrie einen wichtigen Beitrag zu diesem Projekt leisten, ist Thomas Kallstenius, der CEO des Luxembourg Institute of Science and Technology (LIST), überzeugt. „In Luxemburg gibt es in diesem Bereich nicht nur SES als etabliertes Unternehmen, sondern auch eine ganze Menge Start-ups und Scale-Ups, die davon profitieren könnten“, sagt er. „Als datengetriebene Gesellschaft kann das Land in so einem Projekt seine Stärken ausspielen.“

So ging im Dezember 2020 das Start-up Wasdi aus einem Forschungsprojekt des LIST hervor. Die Technologie der Firma erlaubt es, aus Satellitendaten präzise Karten von Flutgebieten zu erstellen. Das junge Unternehmen arbeitet unter anderem mit dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen und der Weltbank zusammen. Das Start-up Databourg aus Belval hat eine Technologie entwickelt, die anhand der Übertragungsqualität von Satellitenverbindungen Hochwasser vorhersehen kann.

● *In Luxemburg gibt es einige Firmen, die von dem Projekt profitieren könnten.*

Thomas Kallstenius, CEO des LIST

ESA-Chef: „Luxemburg ist eine Weltraummacht“

WIRTSCHAFT Vorbereitungen für die Erschließung des Mondes

LUXEMBURG Viel Lob für Luxemburg hat der Chef der Europäischen Weltraumbehörde (ESA), Josef Aschbacher, gestern mit nach Esch-Belval gebracht. Im Rahmen der dort stattfindenden NewSpace-Europe-Konferenz hat er sich mit Wirtschaftsminister Franz Fayot getroffen. Luxemburg, welches Aschbacher als „Weltraummacht“ bezeichnet, schaffe es, Ideen zu entwickeln und auszubauen. Er würde sich wünschen, dass noch viele andere Länder dem Beispiel des Großherzogtums folgen würden. Dabei denkt er vor allem an die „Kommerzialisierung des Weltraums“, an den sogenannten „New Space“-Bereich, wo nicht mehr nur staatliche Weltraumagenturen eine Rolle im Weltraum spielen, sondern zunehmend auch private Unternehmen. Dank „politischer Weitsicht“ habe Luxemburg den Sektor frühzeitig erkannt und entwickelt, unterstreicht der ESA-Chef.

ESA-Chef:

„Luxemburg ist eine Weltraummacht“

UNTERNEHMEN Vorbereitungen für die Erschließung des Mondes

Christian Muller

Viel Lob für Luxemburg hat der Chef der Europäischen Weltraumbehörde (ESA), Josef Aschbacher, am Mittwoch mit nach Belval gebracht. Im Rahmen der dort stattfindenden NewSpaceEurope-Konferenz hat er sich mit Wirtschaftsminister Franz Fayot getroffen.

„Ich gratuliere Luxemburg für seine Vision und seine Weitsicht“, sagte ESA-Generaldirektor Josef Aschbacher am Mittwoch vor Journalisten. Luxemburg, welches er als „Weltraummacht“ bezeichnet, schaffe es, Ideen zu entwickeln und auszubauen. Er würde sich wünschen, dass noch viele andere Länder dem Beispiel des Großherzogtums folgen würden.

Dabei denkt er vor allem an die „Kommerzialisierung des Weltraums“, an den sogenannten „New Space“-Bereich, wo nicht mehr nur staatliche Weltraumagenturen eine Rolle im Weltraum spielen, sondern zunehmend auch private Unternehmen. Dank „politischer Weitsicht“ habe Luxemburg den Sektor frühzeitig erkannt und entwickelt, unterstreicht er.

Der gebürtige Österreicher ist seit Anfang März Generaldirektor der ESA. Am Mittwoch war er nun zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt physisch in Luxemburg zu Gast. Bei der NewSpace-Europe-Konferenz hielt er eine Rede zum Thema „Ambitionen und die Vermarktung der europäischen Raumfahrt“. Es gelte, bereits heute zu investieren, um dann in zehn Jahren bereit zu sein, unterstrich Aschbacher. Er gehe nämlich davon aus, dass in zehn bis zwanzig Jahren rund um den Mond, wenn er zu einer Basis für die weitere Erforschung des Sonnensystems ausgebaut wird, „eine ganz neue Wirtschaft entsteht“. Gebraucht werden dann Unternehmen, die eine Reihe Dienstleistungen anbieten, ist er überzeugt. Beispielsweise Telekommunikations-Dienstleistungen und Rohstoffe zur Weiterverarbeitung.

„Da ist das Land einzigartig,

ich bin sehr beeindruckt“

Namentlich erwähnt werden, neben dem Satelliten-Kommunikations-Spezialisten SES, auch noch das Unternehmen Ispace, das Rover zur Erforschung der Mond-Oberfläche entwickelt, sowie die Firma Maana Electric aus Foetz, die ein Verfahren entwickelt hat, um aus lokal verfügbarem Material (etwa allen Arten von Sand) komplexe Produkte herzustellen. Insbesondere Solarzellen und Glas. „Luxemburg zieht viele kleine Firmen an, ein Nährboden für die Entwicklung kleiner Weltraumfirmen“, sagte Aschbacher. „Da ist das Land einzigartig. Ich bin sehr beeindruckt.“

Auch innerhalb der ESA spiele Luxemburg eine wichtige Rolle, unterstreicht Aschbacher. „Luxemburg treibe die Europäische Weltraumagentur zu mehr Kommerzialisierung an.“ Er sei „dankbar für diese Impulse“. Die Kommerzialisierung sei eine Top-Priorität für ihn als neuen ESA-Generaldirektor.

Zu dieser Entwicklung gebe es keine Alternative, sagte er. Die ESA müsse diesen Weg gehen, da es weltweit passiere. Andernfalls würde Europa abgehängt werden. Es gelte, den Privatsektor einzubinden, um so von seiner Effizienz und dem Ideenreichtum zu profitieren. Die ESA werde künftig demnach zwei Rollen spielen: Einerseits werde sie als Kunde der NewSpace-Unternehmen auftreten. Andererseits werde sie jedoch auch noch selber weiterforschen, vor allem in den Bereichen, die für kommerzielle Unternehmen nicht interessant sind.

Luxemburg ist
seit 2005 ESA-Mitglied

„Wenn wir das nicht tun, werden wir Chancen verpassen“, unterstrich Aschbacher. Gleichzeitig sei es auch wichtig, dafür zu sorgen, dass die vielen schlaun Köpfe, die Europa hat,

auch in Europa bleiben. Mann müsse ihnen Möglichkeiten bieten – um Fachkräfte zu halten und neue Talente anzuziehen.

Neben seinem Auftritt auf der Konferenz hat Aschbacher am Mittwoch zudem ein Gespräch mit Wirtschaftsminister Franz Fayot über die künftige Zusammenarbeit zwischen der ESA und Luxemburg geführt. Fayot erinnert daran, dass Luxemburg erst seit 2005 Mitglied in der ESA ist. Doch trotz der kurzen Zeit habe die Mitgliedschaft entscheidend zur Entwicklung des Sektors beigetragen, unterstreicht er.

Fast 200 Millionen Euro beträgt das Luxemburger ESA-Budget für die Jahre 2020 bis 2024, so der Wirtschaftsminister. Doch handelt es sich nicht einfach um Gelder, die ins Ausland fließen. Satt 85 Prozent der Beiträge kommen zurück in die Luxemburger Wirtschaft, mit ihnen werden Projekte von Unternehmen und Forschungszentren finanziert. Ehe Luxemburg 2018 eine eigene Weltraumagentur, die Luxembourg Space Agency (LSA), gründete, hatte die ESA die technische Analyse von Projekten getätigt und dann die Gelder verteilt.

Aktuell plane Luxemburg eine Bestandsaufnahme der Investitionen der vergangenen zehn Jahre, so der Minister. Man wolle Bilanz ziehen und gegebenenfalls auch Verbesserungen einbringen.

Die Konferenz „NewSpace Europe“ wird jährlich, seit nunmehr vier Jahren, von der Luxembourg Space Agency im Großherzogtum organisiert. Sie ermöglicht die Vernetzung von Vertretern von Start-ups, Raumfahrtagenturen, Investoren und Unternehmen. Im Rahmen der Konferenz wurden dieses Jahr außerdem Themen wie die Nutzung von Weltraumanwendungen zur Verbesserung des Lebens auf der Erde, Weltraumschrott und Weltraumverkehrsmanagement sowie das aktuelle Investitionsklima im Weltraumsektor diskutiert.

Forschungsauftrag Nachhaltigkeit

Wie der neue Lehrstuhl an der Uni Luxemburg den Finanzplatz stärken soll

Von Marco Meng

Nachhaltigkeit gewinnt bei wirtschaftlichen Aktivitäten eine immer größere Bedeutung. Die Finanzbranche versucht, Nachhaltigkeit – die Berücksichtigung ökologischer und gesellschaftlicher Faktoren – in die Gestaltung ihrer Produkte und Dienstleistungen zu integrieren. Damit durchläuft sie einen tiefgreifenden Wandel. Von entscheidender Bedeutung für die Zukunft des Standort Luxemburg, der sich zum führenden „grünen“ Finanzplatz mausern will, wird der Lehrstuhl für nachhaltige Finanzen angesehen, der seit einem Jahr an der Universität Luxemburg besteht. Gegründet, um Lehre und auch Forschung im Bereich der nachhaltigen Finanz voranzutreiben, wird er von Professor Michael Halling getragen.

Die Forschungsprogramme sollen zu einem nachhaltigen und integrativen Wirtschaftssystem in Luxemburg beitragen, erklärt Prof. Halling. Es geht darum, wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen und international zu teilen, gleichzeitig ist es für den Finanzplatz von Bedeutung, dass Absol-

venten in diesem Bereich ausgebildet werden. Die Dekanin der Fakultät für Recht, Wirtschaftswissenschaften und Finanzwirtschaft Prof. Katalin Ligeti, an der der Lehrstuhl angesiedelt ist, sagt: „Wir bilden eine neue Generation von Führungskräften in diesen aufstrebenden Bereichen aus und tragen dazu bei, dass der Finanzplatz Luxemburg an der Spitze der Innovation bleibt.“

Ausbildung von Green Finance-Experten

Der Lehrstuhl hat für das Masterstudium in Finance and Economics das Modul „Sustainable Finance“ erstellt. Vermittelt werden soll die Fähigkeit, Nachhaltigkeitsrisiken zu erkennen sowie Sorgfalts- („Due Diligence“-)Prüfungen in den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung durchzuführen. 43 Studierende dieses Masters haben sich für das Modul eingeschrieben. Allgemein sollen die Studierenden neueste Erkenntnissen zu klimabedingten Finanzrisiken sowie Fachwissen gewinnen, um praktische Lösungen für die Bewertung dieser Risiken und den Umgang damit zu ent-

wickeln. Von den Studenten sind 16 Praktiker, zumeist Banker, die bereits mitten im Berufsleben stehen. Letztere absolvieren seit Mai eine Weiterbildung „Certificate in Sustainable Finance“.

Acht Forschungsprojekte zu nachhaltigen Finanzen

„Bei unserer Forschung“, so Halling, „geht es um Fragen, welche Rendite-Implicationen nachhaltige Investitionen haben. Gleichzeitig geht es aber auch um Fragen, ob Unternehmen ausschließlich im Interesse von Eigenkapitalgebern operieren sollten oder ob sie verschiedene Stakeholders in Betracht ziehen sollten.“

Dazu arbeitet Halling intensiv mit Daten. „Wir verwenden aber auch viel Zeit und Energie darauf, die zugrunde liegenden Theorien und ökonomischen Konzepte in die empirische Arbeit einfließen zu lassen“, sagt der Wissenschaftler.

Zurzeit laufen acht Forschungsprojekte zu unterschiedlichen Themen, unter anderem der Offenlegung von ESG-Aspekten und der Finanzberichterstattung, der Messung von CO₂-Risiken und

dem Management von Investmentfonds, oder Risiken und Chancen von Investorenaktivismus. „Ich denke, dass es im Laufe des Jahres 2022 erste Ergebnisse zu den Forschungsprojekten geben sollte“, meint Halling. Anspruch sei, Arbeiten zu erstellen, die es in die besten internationalen Journale für akademische Forschung schaffen können. „Dadurch ergibt sich automatisch ein gewisser Leistungs- und Qualitätsdruck“, gibt Halling zu.

Seit der Lehrstuhl in 2020 entstand, wurden mehrere virtuelle Konferenzen durchgeführt, und größere Veranstaltungen in Luxemburg sind geplant. Ziel ist laut Halling, jährlich eine internationale Forschungskonferenz zum Thema „Nachhaltige Finanzwirtschaft“ in Luxemburg abzuhalten. Darüber hinaus will die Universität die Initiative zu nachhaltiger Finanzwirtschaft noch verbreitern und ausbauen und mithilfe des Fonds National de la Recherche einen „National Center of Excellence in Research“ auf die Beine stellen.

Drei Fragen an

Prof. Michael Halling – Lehrstuhlinhaber für Nachhaltige Finanzen an der Universität Luxemburg.

1. Nachhaltige Finanzwirtschaft, was genau ist das?

Eine wirklich anerkannte Definition gibt es meines Wissens nach nicht. Meinem Verständnis nach beschäftigt sich die nachhaltige Finanzwirtschaft im Kern mit der Frage ob und in welchem Ausmaß Finanzmärkte, Finanzinstitutionen und Finanzinvestoren einen Beitrag zum Übergang zu einer nachhaltigeren Gesellschaft und Wirtschaft leisten können beziehungsweise leisten müssen. Im Detail geht es um Fragen, inwiefern Klima- und andere ESG-Risiken für Kapitalmärkte und Investoren relevant sind und wie sie

gemessen werden können. Es geht um Fragen, welche Rendite-Implikationen nachhaltige Investitionen haben. Zu einem gewissen Grad, könnte man die nachhaltige Finanzwirtschaft auch als ein neues, modernes Paradigma in der Finanzwirtschaft bezeichnen, welches potenziell jeden Bereich der traditionellen Finanzwirtschaft betrifft.

2. Sie haben einen Lehrstuhl mit Forschungsauftrag. Was genau und wie untersuchen Sie?

Ich arbeite im Moment an verschiedenen Forschungsfragen. Beispielsweise analysieren wir in einem Projekt, ob nachhaltige Unternehmen einfacher und zu besseren Konditionen Kapital von Anleihemärkten ausborgen können. Wir finden, dass das der Fall ist und dass das auch dazu

führt, dass Unternehmen, die planen, in der Zukunft wieder am Anleihenmarkt tätig zu werden, ihre Nachhaltigkeit verbessern. In einem anderen Projekt analysieren wir das Verhalten von Mutual Funds und studieren, inwiefern es in den vergangenen Jahren wirklich zu einer systematischen Verschiebung in Richtung nachhaltige Investments gekommen ist. Bei solchen Fragen kommt es nämlich immer auch sehr stark auf die Methoden an, die zur Messung von Nachhaltigkeit verwendet werden.

3. Nach einem Jahr, was ist Ihr Fazit? Was ist für die nächsten Jahre geplant?

Mein Fazit ist sehr positiv. Ich denke, dass in diesem Jahr schon

sehr viel passiert ist und umgesetzt wurde. Es wurden in der Forschung viele Projekte auf Schiene gebracht, in der Lehre wurden zwei Programme erfolgreich gestartet, und in der Kommunikation mit der Industrie in Luxemburg wurden trotz Pandemie einige erfolgreiche Veranstaltungen durchgeführt. Aber natürlich war das erst der Anfang und in den kommenden Jahren wollen wir auf diesem Start aufbauen. Bei den Forschungsprojekten muss konsequent weitergearbeitet werden, neue Datenquellen müssen erschlossen werden, die ständig wachsende Literatur muss eingearbeitet werden, usw.

Interview: Marco Meng

Luxembourg

Kultur

Esch - kleine Hauptstadt der Kultur

Zeitgenössisch, bunt, vielfältig und vor allem international - so wird es im luxemburgischen Esch nächstes Jahr zugehen. Vier Monate vor dem Start hat die mit 36 000 Einwohnern zweitgrößte Stadt des Landes gestern ihr Programm als Europäische Kulturhauptstadt für 2022 vorgestellt. Geplant sind 160 Projekte mit über 2000 Events, die im Süden Luxemburgs und in Frankreich grenzüberschreitend stattfinden sollen. „Wir wollen zeigen, was wir hier kulturell alles zu bieten haben“, sagte Kulturministerin **Sam Tanson**.

Und das sind vor allem eine gemeinsame Geschichte, kulturelle Vielfalt und Visionen für ein grenzenloses Europa. Zu der Region, die unter dem Motto „Remix Culture“ beim Kulturhauptstadtprojekt Esch2022 dabei ist, gehören neben Esch zehn umliegende Luxemburger Gemeinden und acht französische Gemeinden der Kommunalverwaltung in Audun-le-Tiche. Insgesamt leben rund 200 000 Menschen aus 120 Nationen in dem Raum.

„Mit Esch2022 wollen wir die Geschichte unserer Region von der Stahlindustrie bis ins digitale Zeitalter erzählen“, sagte die Direktorin für das Kulturprogramm, Françoise Poos. Geplant sind Theater, Festivals, Ausstellungen, Tanz, Performances, Workshops und digitale Kunst mit verschiedenen Schwerpunkten in den beteiligten Gemeinden. Starten soll das Programm am 22. Februar 2022, die feierliche Eröffnung ist am 26. Februar 2022. Das Budget für das Kulturhauptstadtjahr beläuft sich für Luxemburg auf 55 Millionen Euro.

1995 und 2007 war Luxemburgs Hauptstadt Kulturhauptstadt Europas. 2022 sind zwei weitere Städte dabei: Kaunas in Litauen und Novi Sad in Serbien.

Luxembourg

Kultur

2022 drei europäische Kulturstädte

Das Jahr als Europäische Kulturhauptstadt wird am 26. Februar 2022 offiziell eröffnet. Esch an der Alzette und 18 weitere Gemeinden im Süden Luxemburgs und im benachbarten Frankreich tragen den Titel. Sie teilen ihn sich dabei mit Kaunas in Litauen und Novi Sad in Serbien. Die drei Städte sind jeweils die zweitgrößten ihres Landes und stehen im Schatten der Hauptstädte Luxemburg, Vilnius und Belgrad.

In Esch haben die Verantwortlichen das Schlagwort „Remix“ für die vielfältigen Aktivitäten gewählt. Gemeint ist der fortwährende Wandel der Region mit insgesamt 200 000 Bewohnern. Über Jahre bestimmten Minen und Malocher die Gegend. Heute gehört beides einer Vergangenheit an, von der im Kulturhauptstadtjahr viel die Rede sein wird. „Durch das Kulturhauptstadtjahr 2022 rückt der Industriegürtel zum ersten Mal ins Licht der europäischen Öffentlichkeit“, sagt die luxemburgische Kulturministerin **Sam Tanson**. Dort stünden imposante Industriedenkmäler neben der Natur des geschützten Unesco-Biosphärenreservats Minett. „Unser Land ist nicht nur der Finanz- und Bankenplatz, auf den wir häufig reduziert werden.“

Esch2022: Industrie-Erbe als Kunst-Kulisse

Die Stadt im Süden Luxemburgs fiebert dem Start als europäische Kulturhauptstadt entgegen. Es sind nur noch 121 Tage bis zum offiziellen Beginn. Worauf sich Besucher freuen können.

ESCH/ALZETTE (dpa) Zeitgenössisch, bunt, vielfältig und vor allem international – so wird es im luxemburgischen Esch als Kulturhauptstadt 2022 zugehen. Knapp vier Monate vor dem Start hat Luxemburgs zweitgrößte Stadt Esch am Donnerstag ihr Programm als Europäische Kulturhauptstadt für 2022 vorgestellt. Geplant sind rund 160 Projekte mit mehr als 2000 Events, die im Süden Luxemburgs und im angrenzenden Frankreich grenzüberschreitend über die Bühne gehen sollen. „Wir wollen zeigen, was wir hier kulturell alles zu bieten haben“, sagte die luxemburgische Kulturministerin Sam Tanson am Donnerstag.

Und das sind vor allem eine gemeinsame Geschichte, kulturelle Vielfalt und Visionen für ein grenzenloses Europa. In der Region, die unter dem Motto „Remix Culture“ beim Kulturhauptstadtprojekt Esch2022 dabei ist, gehören neben Esch zehn umliegenden Luxemburger Gemeinden und acht französische Gemeinden der Kommunalverwaltung in Audun-le-Tiche. Insgesamt leben rund 200

000 Menschen aus 120 Nationen in dem Raum.

„Mit Esch2022 wollen wir die Geschichte unserer Region von der Stahlindustrie bis ins digitale Zeitalter erzählen“, sagte die Direktorin für das Kulturprogramm, Françoise Poos. Auf dem Programm stehen Theater, Festivals, Ausstellungen, Tanz, Performances, Workshops und digitale Kunst – mit verschiedenen Schwerpunkten in den beteiligten Gemeinden. Losgehen soll das Programm am 22. Februar 2022, die feierliche Eröffnung ist am 26. Februar 2022. Esch an der Alzette zählt rund 36 000 Einwohner.

Der Bürgermeister der Stadt Esch und Präsident von Esch2022, Georges Mischo, sagte: „Die Eröffnungsfeier wird etwas sein, das Luxemburg noch nicht erlebt hat.“ Bereits seit September laufe ein Aufwärmprogramm in den Regionen. Die lokale Kunstszene sei ebenso eingebunden wie internationale Spitzenkünstler. Schwerpunkt: zeitgenössische Kunst.

Das Budget für das Kulturhauptstadtjahr beläuft sich für Luxemburg auf 55 Millionen Euro. Ministerin Tanson sagte, bei dem Projekt gehe es auch darum, „die Menschen mitzunehmen“ und etwas Dauerhaftes zu hinterlassen. „Die Kultur ist hier ein Motor, um den ganzen Rest mit anzukurbeln wie den Tourismus.“ Und: „Man kann sehen, dass Luxemburg mehr ist als nur Finanzplatz.“

Wichtige Ausstellungsorte wer-

den in Esch-Belval auf einem früheren Stahlhüttengelände zwischen großen Hochöfen sein. In einer sanierten Möllerei wird es Medienkunst geben: Als erste Ausstellung steht „Hacking Identity – Dancing Diversity“ vom Zentrum für Kunst und Medien Karlsruhe (ZKM) auf dem Programm. Und in der alten Massenoire, wo Gusseisen entstand, wird es Dokumentarausstellungen zur industriellen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft geben.

Mischo sagte, in Esch allein seien 80 Projekte geplant. Hauptorte seien das Theater, die Rockhal und die renovierte Kulturfabrik. Wichtig seien auch das Nationale Widerstandsmuseum und die Kunsthalle, die renoviert worden seien. Und das „Bridderhaus“ werde zu einer Residenz für Künstler umgebaut, sagte er.

Zudem werde es eine Virtual-Reality-Bustour durch Esch-Belval als Reise in die Vergangenheit des Hüttenwerks geben, teilte die Organisatoren mit. Auf einem „Minett-Trail“ können Gäste zudem über 90 Kilometer schöne Natur und bräunlich-rote Erden bestaunen. Und im französischen Micheville entsteht ein neues Kulturzentrum für digitale Künste und darstellende Kunst.

1995 und 2007 trug Luxemburgs Hauptstadt den Titel Kulturhauptstadt Europas. In 2022 sind zwei weitere Städte in Europa dabei: Kaunas in Litauen und Novi Sad in Serbien.

Europas Kulturhauptstadt Esch für 2022 in den Startlöchern

Das Warmlaufen hat bereits begonnen, jetzt liegt das Programm vor: Das luxemburgische **Esch** fiebert dem Start als europäische Kulturhauptstadt entgegen. Noch 121 Tage bis zum offiziellen Beginn, hat der Esch2022-Präsident abgezählt.

Esch /Alzette (dpa) - Zeitgenössisch, bunt, vielfältig und vor allem international - so wird es im luxemburgischen **Esch** als Kulturhauptstadt 2022 zugehen. Knapp vier Monate vor dem Start hat Luxemburgs zweitgrößte Stadt **Esch** am Donnerstag ihr Programm als Europäische Kulturhauptstadt für 2022 vorgestellt. Geplant sind rund 160 Projekte mit mehr als 2000 Events, die im Süden Luxemburgs und im angrenzenden Frankreich grenzüberschreitend über die Bühne gehen sollen. "Wir wollen zeigen, was wir hier kulturell alles zu bieten haben", sagte die luxemburgische Kulturministerin Sam Tanson am Donnerstag.

Und das sind vor allem eine gemeinsame Geschichte, kulturelle Vielfalt und Visionen für ein grenzenloses Europa. In der Region, die unter dem Motto "Remix Culture" beim Kulturhauptstadtprojekt Esch2022 dabei ist, gehören neben Esch zehn umliegende Luxemburger Gemeinden und acht französische Gemeinden der Kommunalverwaltung in Audun-le-Tiche. Insgesamt leben rund 200.000 Menschen aus 120 Nationen in dem Raum.

"Mit Esch2022 wollen wir die Geschichte unserer Region von der Stahlindustrie bis ins digitale Zeitalter erzählen", sagte die Direktorin für das Kulturprogramm, Françoise Poos. Auf dem Programm stehen Theater, Festivals, Ausstellungen, Tanz, Performances, Workshops und digitale Kunst - mit verschiedenen Schwerpunkten in den beteiligten Gemeinden. Losgehen soll das Programm am 22. Februar 2022, die feierliche Eröffnung ist am 26. Februar 2022. Esch an der Alzette zählt rund 36.000 Einwohner.

Der Bürgermeister der Stadt Esch und Präsident von Esch2022, Georges Mischo, sagte: "Die Eröffnungsfeier wird etwas sein, das Luxemburg noch nicht erlebt hat." Bereits seit September laufe ein Aufwärmprogramm in den Regionen. Die lokale Kunstszene sei ebenso eingebunden wie internationale Spitzenkünstler. Schwerpunkt: zeitgenössische Kunst.

Das Budget für das Kulturhauptstadtjahr beläuft sich für Luxemburg auf 55 Millionen Euro. Ministerin Tanson sagte, bei dem Projekt gehe es auch darum, "die Menschen mitzunehmen" und etwas Dauerhaftes zu hinterlassen. "Die Kultur ist hier ein Motor, um den ganzen Rest mit anzukurbeln wie den Tourismus." Und: "Man kann sehen, dass Luxemburg mehr ist als nur Finanzplatz."

Wichtige Ausstellungsorte werden in Esch-Belval auf einem früheren Stahlhüttengelände zwischen großen Hochöfen sein. In einer sanierten Mollerei wird es Medienkunst geben: Als erste Ausstellung steht "Hacking Identity - Dancing Diversity" vom Zentrum für Kunst und Medien Karlsruhe (ZKM) auf dem Programm. Und in der alten Massenoire, wo Gusseisen entstand, wird es Dokumentarausstellungen zur industriellen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft geben.

Mischo sagte, in Esch allein seien 80 Projekte geplant. Hauptorte seien das Theater, die Rockhal und die renovierte Kulturfabrik. Wichtig seien auch das Nationale Widerstandsmuseum und die Kunsthalle, die renoviert worden seien. Und das "Bridderhaus" werde zu einer Residenz für Künstler umgebaut, sagte er.

Zudem werde es eine Virtual-Reality-Bustour durch Esch-Belval als Reise in die Vergangenheit des Hüttenwerks geben, teilte die Organisatoren mit. Auf einem "Minett-Trail" können Gäste zudem über 90 Kilometer schöne Natur und bräunlich-rote Erden bestaunen. Und im französischen Micheville entsteht ein neues Kulturzentrum für digitale Künste und darstellende Kunst.

1995 und 2007 trug Luxemburgs Hauptstadt den Titel Kulturhauptstadt Europas. In 2022 sind zwei weitere Städte in Europa dabei: Kaunas in Litauen und Novi Sad in Serbien.

Kulturhauptstadt Esch will 2022 Vielfalt in Europa feiern

Luxemburgs zweitgrösste Stadt **Esch** hat knapp vier Monate vor dem Start ihr Programm als Europäische Kulturhauptstadt für 2022 vorgestellt. Geplant sind rund 160 Projekte mit mehr als 2000 Events, die im Süden Luxemburgs und im angrenzenden Frankreich grenzüberschreitend über die Bühne gehen sollen.

"Wir wollen zeigen, was wir hier kulturell alles zu bieten haben", sagte Luxemburgs Kulturministerin Sam Tanson am Donnerstag der Deutschen Presse-Agentur in der 36 000-Einwohner-Stadt.

Und das ist vor allem eine gemeinsame Geschichte, kulturelle Vielfalt und Visionen für eine grenzenloses Europa. Zu der Region, die unter dem Motto "Remix Culture" beim Kulturhauptstadtprojekt Esch2022 dabei ist, gehören neben Esch zehn umliegende Luxemburger Gemeinden und acht französische Gemeinden der Kommunalverwaltung in Audun-le-Tiche. Insgesamt leben rund 200 000 Menschen aus 120 Nationen in dem Raum.

"Mit Esch2022 wollen wir die Geschichte unserer Region von der Stahlindustrie bis ins digitale Zeitalter erzählen", sagte die Direktorin für das Kulturprogramm, Françoise Poos. Auf dem Programm stehen Theater, Festivals, Ausstellungen, Tanz, Performances, Workshops und digitale Kunst. Losgehen soll das Programm am 22. Februar 2022, die feierliche Eröffnung ist am 26. Februar 2022.

Der Bürgermeister der Stadt Esch und Präsident von Esch2022, Georges Mischo, sagte: "Die Eröffnungsfeier wird etwas sein, das Luxemburg noch nicht erlebt hat." Das Budget für das Kulturhauptstadtjahr beläuft sich auf 56,5 Millionen Euro, wovon Luxemburg 55 Millionen Euro trägt.

Ministerin Tanson sagte, bei dem Projekt gehe es auch darum, "die Menschen mitzunehmen" und etwas Dauerhaftes zu hinterlassen. Und: "Man kann sehen, dass Luxemburg mehr ist als nur Finanzplatz."

Wichtige Ausstellungsorte werden auch in Esch-Belval auf einem früheren Stahlhüttengelände sein, wo heute auch die Uni ist. In einer sanierten Mollerei wird es Medienkunst geben: Als erste Ausstellung steht "Hacking Identity – Dancing Diversity" vom Zentrum für Kunst und Medien Karlsruhe (ZKM) auf dem Programm. Im französischen Micheville entsteht ein neues Kulturzentrum für digitale Künste und darstellende Kunst.

1995 und 2007 trug Luxemburgs Hauptstadt den Titel Kulturhauptstadt Europas. In 2022 sind zwei weitere Städte in Europa dabei: Kaunas in Litauen und Novi Sad in Serbien.

Luxembourg - Culture / Langues / Patrimoine

Stippvisite in Europas Kulturhauptstadt Esch

Vom Land der roten Erde zu einer grünen, nachhaltigen Region: Esch in Luxemburg ist Kulturhauptstadt Europas 2022 und will Reisende dazu einladen, einem epochalen Wandel nachzuspüren.

VON BERND F. MEIER

ESCH AN DER ALZETTE (dpa) Das Kulturhauptstadtjahr wird in Esch in Luxemburg mit Musik, Lichterzauber und Tänzen beginnen. Aber ohne Feuerwerk. „Das wäre ja nicht nachhaltig“, sagt Françoise Poos.

Die Kulturwissenschaftlerin plant das umfangreiche Programm mit rund 2000 Veranstaltungen in einer Region, die von der Schwerindustrie mit Erzbergbau, Eisenhütten und Walzwerken geprägt ist. Und künftig grün werden will. Dieser Kontrast soll Touristen anlocken.

Das Jahr als Europäische Kulturhauptstadt wird am 26. Februar 2022 offiziell eröffnet. Esch an der Alzette und 18 weitere Gemeinden im Süden Luxemburgs und im benachbarten Frankreich tragen den Titel. Sie teilen ihn sich dabei mit Kaunas in Litauen und Novi Sad in Serbien.

In Esch haben die Verantwortlichen das Schlagwort „Remix“ als Oberbegriff für die vielfältigen Aktivitäten gewählt. Gemeint ist der fortwährende Wandel der Region mit ihren insgesamt 200 000 Bewohnern - im Land Luxemburg selbst und in den acht teilnehmenden französischen Nachbargemeinden der Communauté de Communes Pays Haut Val d'Alzette.

Das Land der roten Erde: Über Jahre bestimmten Minen und Malocher die Gegend. Heute gehört beides einer Vergangenheit an, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit dem industriellen Abbau der Eisenerzvorkommen beginnt. Ein hoher Eisenanteil in der Erde färbt sich durch Feuchtigkeit und Oxidation rot. Als „Land der roten Erde“ wird die Gegend im Süden des Großherzogtums Luxemburg auch bezeichnet.

Esch wuchs damals in kurzer Zeit vom 1000-Seelen-Dorf auf an-

nähernd 30 000 Einwohner. Die Einwanderer kamen aus Polen, Deutschland und Italien, ab den 1960er Jahren auch aus Portugal.

Nicht Banken, Finanzdienstleister, Telekommunikationskonzerne oder Internetgiganten haben den knapp 650 000 Einwohnern Luxemburgs ihren heutigen Wohlstand beschert. Vielmehr schufen Arbeiter und Manager in Bergwerken und Eisenhütten über viele Generationen die Grundlage für das gute, nicht selten teure Leben von heute.

Die Geschichte der Region erwandern: Zu den Bergwerken und Eisenhütten vergangener Zeiten führt der neue Minett Trail, ein 90 Kilometer langer Fernwanderweg. Er windet sich vom winzigen Örtchen Clemency (Küntzig) im Nordwesten der Region bis zum Eisenbahnknotenpunkt Bettembourg (Bettemburg).

Nachts sollen die Wanderer entlang der Strecke in elf Herbergen einkehren können. Eine Schule, ein Wasserwerk, ein Ballonhaus, eine Holzhütte und ein Eisenbahnwaggon werden in diesen Wochen aufwendig saniert, errichtet oder umgebaut. Die ungewöhnlichen Nachtquartiere sollen ab April 2022 bereit stehen, jedoch ohne Verpflegungsangebot.

Auf dem Trail wechselt sich Natur mit alten Bergarbeitersiedlungen ab. Da ist zum Beispiel das idyllische Dörfchen Lasauvage (Wilden) im Crosnière-Bachtal. In Esch-Belval führt die Route vorbei am Stahlwerk von Arcelormittal, wo mehr als 1000 Beschäftigte Spundwände und Stahlträger produzieren. Gestern und heute auf einem Weg.

Wo die Natur wieder eingezogen ist: Rund zwölf Kilometer weiter tauchen die Wanderer in Wälder voller Buchen und Eichen ein - was für ein Kontrast! Noch bis in die 1960er Jahre hinein wurde hier im Ellergronn Erz gefördert. Heute zählt die Talaue zu den sechs Kernzonen des Biosphärenreservats Minett. Es wurde im Oktober 2020 gebildet und ist das einzige des Landes.

„Die Menschen hatten vieles durch den Erzabbau zerstört, manche Ecken sahen aus wie eine Mondlandschaft“, sagt Yann Logelin, Sprecher des Reservats. Doch als die

Erzminen dicht machten und die Menschen gingen, eroberte sich die Natur ihr Terrain zurück. Kammolche, Zaun- und Mauereidechsen leben an den Abbruchkanten der Grubenlöcher, 28 Orchideenarten wurden gezählt. Schmetterlinge, Fledermäuse, Heidelerchen und scheue Wildkatzen haben hier Lebensräume gefunden.

Ein Pflicht-Halt für Eisenbahnfans: Die Industriekultur im Land der roten Erde bleibt als ein Kapitel der regionalen Geschichte erhalten. Im Ellergronn sind Naturschutzzentrum und das Bergbaumuseum der Cockerill-Grube direkte Nachbarn. In Fond-de-Gras (Gnadengrund) führt der Fernwanderweg in das Industrie- und Eisenbahnmuseum Minett-Park Fond de Gras - mit Dampflok, dem historischen Zug Train 1900 und der Grubenbahn Minièresbunn.

Wandel und ein Blick auf die großen Fragen: Nirgendwo in der Region wird der krasse Wandel von der Schwerindustrie zur modernen Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft deutlicher als im Escher Stadtteil Belval. Zwei Hochöfen ragen hier in den Himmel, Ende der 1990er Jahre stillgelegt. Heute sind die einst fauchenden Ungetüme markante Industriedenkmäler.

Ansonsten befinden sich an diesem Standort Forschungseinrichtungen, Start-ups, eine Universität, eine Bibliothek, Verwaltungen, Banken, Cafés, Fast-Food-Restaurants, die Veranstaltungshalle Rockhal und der neue Bahnhof Belval-Universität. In Zukunft werden im Quartier Esch-Belval 7000 Menschen wohnen und rund 20 000 arbeiten. Der Wandel von Belval ist wie eine Blaupause für das Kulturhauptstadtjahr.

Deren Macher werfen Fragen auf: Wie können wir Europäer sein, angesichts der globalen Herausforderungen von Klimawandel und Migration? Wie werden wir zusammen leben diesseits und jenseits der längst nicht mehr wahrnehmbaren Landesgrenze? Bis zu 145 000 Menschen aus Frankreich und Deutschland kreuzen die Grenze täglich, um in Luxemburg zu arbeiten, Megastaus und Umweltbelastung inbegriffen. Manche der Veranstaltungen und Projekte in den 19 Gemeinden werden sich im Kulturhauptstadtjahr genau mit diesen Fragen beschäftigen.

Im Zeichen der Gleichberechtigung

Bronzestatue in Ettelbrück erinnert an 100 Jahre Frauenwahlrecht in Luxemburg

Von Arlette Schmit

Ettelbrück. In Bronze gegossen steht sie auf ihrem Sockel, eine schmale Frau mit einem modischen Kurzhaarschnitt und einem Lächeln im Gesicht, bekleidet mit einem knielangen Rock, einem etwas kürzeren Mantel, Schnürstiefeln an den Füßen, einer Handtasche am linken Arm und einem kecken Hütchen auf dem Kopf. Eine Frau ihrer Zeit, die mit einer einfachen, aber kraftvollen Geste die Stimmabgabe vollzieht, wovon der Umschlag in ihrer rechten Hand erzählt.

Sie symbolisiert den ersten Schritt der Gleichstellung zwischen Mann und Frau und erinnert an die ersten allgemeinen und obligatorischen Direktwahlen auf Proporzbasis im Oktober 1919, an denen endlich auch Frauen teilnehmen durften. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ermöglichte es so allen Bürgern, Männern und Frauen, an die Urnen zu gehen. Bis dahin war das Wahlrecht von der Höhe der gezahlten Steuern abhängig und nur der männlichen Bevölkerung im Alter von mindestens 25 Jahren vorbehalten.

Erste Gemeinderätin in Ettelbrück

Die Bronzestatue, die gestern in Ettelbrück eingeweiht wurde, steht zwar für das 100. Jubiläum der Einführung des Frauenwahlrechts in Luxemburg, erinnert im übertragenen Sinn aber auch an Félicie Erpelding-Schlesser, die vor 100 Jahren, am 24. September 1921, als ers-

te Frau in den Ettelbrücker Gemeinderat einzog.

Félicie Schlesser wurde am 27. Mai 1884, als zweites von zehn Kindern des Schullehrers Peter Schlesser und seiner Frau Margaretha Reiter in Oberfeulen geboren und war von Berufs wegen Näherin. Im Januar 1905 heiratete sie den Lokomotivführer François Erpelding aus Holzem/Mamer. Im Mai 1917 zog die junge Familie nach Ettelbrück, wo sie bis Dezember 1934 gemeldet war.

Im November 1920 trat die junge Mutter dann für die Sozialdemokratische Partei bei den Ettelbrücker Gemeindewahlen an, wurde aber als Viertgewählte mit 312 Stimmen nicht direkt in den Rat gewählt. Erst nach dem Rücktritt von J.-P. Jacoby im September 1921 nahm Félicie Schlesser am 19. Oktober 1921 den frei gewordenen Platz ein.

Damit war Ettelbrück die zweite Gemeinde hierzulande, die eine Frau in ihrem Gemeinderat hatte. Bereits 1919 war Marguerite Thomas-Clement als erste Frau ins Parlament gewählt worden und zog nach den Kommunalwahlen von 1920 im Januar 1921 zusammen mit Louise Bertrang-Becker in den Gemeinderat der Stadt Luxemburg ein.

Politikerfamilie

Die Familie Erpelding war eine Politikerfamilie. Denn auch der Ehemann von Félicie Schlesser, Franz Erpelding, war politisch tä-

tig, allerdings auf Landesebene. Er wurde bereits 1919 in die Abgeordnetenversammlung gewählt, wo er bis 1940 für die Geschicke des Landes mitverantwortlich sein sollte. Als nun auch seine Frau die politische Bühne für sich beanspruchte, war das der Obermosel-Zeitung im September 1921 sogar folgenden Kommentar wert: „Ettelbrück, 19. Sep. Dieser Tage leistete in hiesigem Gemeinderat Frau Erpelding, das einzige weibliche Mitglied unseres Gemeinderates, den vorgeschriebenen Eid. Damit dürfte eine in Luxemburg einzig darstehende Tatsache perfekt geworden sein. Der Mann hat sich einen Sitz in der Abgeordnetenversammlung, die Frau im Gemeinderat erobert. Die Politik wird sonder Zweifel das Hauptgesprächsthema im Hause Erpelding bilden.“

Félicie Schlesser, die auch Vorstandsmitglied des Parti ouvrier und Vize-Präsidentin der Fédération des conseillers communaux ouvriers war, wurde ein weiteres Mal im Oktober 1924 als gewählt betrachtet. Damals mussten die Ettelbrücker Bürger nicht zur Urne schreiten, da die aufgestellten Listen die genaue Zahl der erforderlichen Gemeinderatsmitglieder (11) darstellten. Vier Jahre später trat die Mutter dreier Kinder ein weiteres Mal auf der Liste „Ordnung, Fortschritt und Arbeit“ an, wurde aber nicht wiedergewählt.

Félicie Schlesser starb am 6. Januar 1970, im Alter von 87 Jahren,

in Luxemburg-Stadt und wurde am 9. Januar in ihrem Geburtsort Oberfeulen beigesetzt. Das Grab auf dem alten Friedhof trägt jedoch keine Namensplakette mehr.

Definitiver Platz am Bahnhof

Die 170 Zentimeter hohe Bronze-Statue zum 100-jährigen Jubiläum der Einführung des Frauenwahlrechts wurde von der Luxemburgischen Künstlerin Nadine Zangarini, im Auftrag des Conseil National des Femmes du Luxembourg (CNFL), geschaffen. Das Projekt konnte wegen der Pandemie aber nicht rechtzeitig zum Jubiläum realisiert werden, so Monique Stein vom Nationalen Frauenrat. So nutzten die Verantwortlichen die Gelegenheit des 100. Jahrestag der ersten Frau im Ettelbrücker Gemeinderat, um gestern die Statue am Eingang der Straße der politischen Pionierin, der Rue Félicie Schlesser, an der Ecke mit der Rue Boeschel einzuweihen. Dort wird sie vorläufig bleiben, bis sie nach der Fertigstellung des Stadtentwicklungsprojektes ihren endgültigen Platz am Ettelbrücker Bahnhof finden wird.

● *Ettelbrück war die zweite Gemeinde, die eine Frau in ihrem Gemeinderat hatte.*

„Ein Maß an Gerechtigkeit“

SHOAH Luxemburg zahlt Holocaust-Opfern 5.000 Euro Entschädigung

Holocaust-Überlebende können Anspruch auf 5.000 Euro erheben, wenn diese zwischen 1939 und 1945 in Luxemburg gelebt und unter der Nazi-Besatzung gelitten haben. Das teilte die World Jewish Restitution Organization (WJRO) gestern Abend in einem Presseschreiben mit. Mit inbegriffen seien dabei Holocaust-Überlebende, die momentan in Luxemburg residieren. Die Geldsumme werde aus einem Fonds von einer Million Euro ausgeteilt, welcher im Rahmen eines luxemburgischen Abkommens zur Entschädigung von Holocaust-Opfern gegründet wurde.

Das Entschädigungsprogramm sei das Ergebnis einer historischen Vereinbarung über die Restitution der Holocaust-Zeit. Diese wurde am internationalen Holocaust-Gedenktag, dem 27. Januar 2021, von der WJRO, dem Großherzogtum, der jüdischen Gemeinschaft Luxemburgs und der Luxemburger Stiftung zur Erinnerung an die Shoah unterzeichnet.

Ein Schritt in die
richtige Richtung

Menschen aus elf Ländern haben bereits von der WJRO eine Zustimmung zu einer Entschädigung erhalten. Die Anmeldefrist sei am 15. Oktober abgelaufen gewesen – diese wurde jedoch bis zum 31. Januar verlängert. Jeder Überlebende solle Ende November demnach eine erste Zahlung von 5.000 Euro erhalten. Eine weitere Zahlung sei für März 2022 geplant.

Gideon Talyor, der Vorsitzende der WJRO, sieht die Auszahlung als ein kleines Maß an Gerechtigkeit. „Das Entschädigungsprogramm ist eine wichtige Anerkennung der luxemburgischen Regierung, wie der Holocaust unter der Nazi-Besatzung durchgeführt wurde und welches zum Leid der Juden in Luxemburg beigetragen hat.“ Die Gelder würden es den Überlebenden erlauben, in Würde zu leben, „so wie sie es verdienen“, so Taylor in

der Pressemitteilung.

Auch der Präsident der Luxemburger Stiftung zur Erinnerung der Shoah, Laurent Moyses, sehe die Entscheidung als einen Schritt in die richtige Richtung. „Die Zusicherung Luxemburgs, Überlebende des Holocaust direkt zu unterstützen, ist ein tiefes Bekenntnis zur Unterstützung der Juden, welche während der Nazi-Besatzung Luxemburgs verfolgt wurden.“

Der 87-jährige Holocaust-Überlebende Claude Marx glaube, dass die symbolische Geste des Programms niemals die Wunden heilen werde, die er und andere Überlebende infolge der Nazi-Verbrechen erlitten haben. „Aber es ist ein wichtiges Kapitel auf unserem Weg, ein gewisses Maß an Gerechtigkeit zu finden“, sagt der in Luxemburg lebende Marx. Des Weiteren sehe das Abkommen auch Hilfsmittel zum Gedenken und zur Recherche über den Holocaust vor sowie für dessen Aufklärung im Bildungswesen. (Red./lg)

Was vom geheimen Camp Ashcan bleibt

Vor 75 Jahren endete der Nürnberger Prozess gegen gegen führende Kriegsverbrecher, in dem führende Nazis verurteilt wurden. Die meisten der Angeklagten wurden zuvor in einem Luxushotel im luxemburgischen Bad Mondorf verhört. Unsere Serie zeigt, was dort geschah. Teil 3: Zwölf Todesurteile und eine Zyankalikapsel.

VON HEINRICH KREFT

BAD MONDORF Die Verhöre im US-Gefangenenlager Camp Ashcan im luxemburgischen Bad Mondorf waren eher Befragungen, da die verhörenden Offiziere selbst bei Ungeheimtheiten und offensichtlichen Lügen selten nachhaken.

Es gab kaum Fragen, die – mit Blick auf die bevorstehenden Prozesse – auf die persönliche Schuld und Verstrickung der Insassen in die Verbrechen des NS-Regimes zielten. Von den Anklägern des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg (IMT) wurden die Befragungsprotokolle aus Bad Mondorf daher als unbrauchbar abgetan: Ashcan sei gescheitert infolge von „Unentschlossenheit, mangelnder Vorstellungskraft und Schulung“ der Befrager. Zudem hatten die Alliierten im

Sommer in Höhlen und Minen Akten entdeckt, so dass das IMT beschloss, die Anklagen auf diesen unterzeichneten Dokumenten aufzubauen und weniger auf Zeugenaussagen wie ursprünglich geplant.

Bei Kriegsende hatten sich die Alliierten noch nicht darauf verständigt, was mit den als Hauptkriegsverbrecher angesehenen Deutschen geschehen sollte. Die Sieger waren kaum auf die juristische Aufarbeitung des Krieges und der Naziherrschaft vorbereitet. Es dauerte, bis sich Roosevelt und Churchill, die sich beide anfangs genauso wie Stalin eine simple Exekution der Hauptkriegsverbrecher vorstellen konnten, auf einen Prozess verständigten. Erst auf der Londoner Viermächtekonferenz, die vom 26. Juni bis zum 8. August 1945 dauerte, wurde eine Einigung über die Anklagepunkte erzielt und mit der dort unterzeichneten Londoner Charta das IMT errichtet.

Da Nürnberg über einen intakten Gerichtssaal und ein Gefängnis verfügte und als Stadt des Reichsparteitages, an dem 1935 die antisemitischen Rassengesetze (Nürnberger Gesetze) beschlossen worden waren, eine hohe Bedeutung für die Nazis hatte, war es für die Prozesse ausgewählt worden. Am 20. November 1945 begann der Prozess, der bis zum 1. Oktober 1946 dauern sollte. Zwölf der Angeklagten, unter ihnen Göring, wurden zum Tod durch den Strang verurteilt. Göring nahm sich in der Nacht vor der Hinrichtung mit

einer Zyankalikapsel das Leben. Sieben Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen, drei wurden freigesprochen, bei zwei wurden die Verfahren eingestellt.

Am 10. August 1945 hatte Leutnant John Dolibois, der später US-Botschafter im Großherzogtum wird, die Gefangenen in einem Konvoi von sechs Ambulanzen von Bad Mondorf zum Gericht nach Nürnberg eskortiert. In seinem Lkw saßen neben anderen NS-Großadmiral Karl Dönitz und NS-General Albert Kesselring. „Nachdem unser Konvoi die Mosel nach Deutschland überquert hatte“, schreibt Dolibois, „verstummt in Trier plötzlich das nervöse Geschwätz meiner Passagiere. Durch das Rückfenster des Wagens konnten sie sehen, was aus ihrem gloriosen Dritten Reich geworden war. Ein großer Teil der Stadt lag in Ruinen. Sie waren schockiert, sprachlos, einer schluchzte hemmungslos. Der Rest der Reise verlief in Schweigen.“

Das Camp Ashcan wurde am 12. August 1945 geschlossen. Das Palace Hotel nahm später den Hotelbetrieb wieder auf und wurde zudem als Kasino genutzt. 1988 riss man es ab.

Gastautor Heinrich Kreft ist Inhaber des Lehrstuhls für Diplomatie und leitet das Zentrum für Diplomatie an der Andrássy-Universität in Budapest. Von 2016 bis 2020 war er Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Luxemburg.

Steinbrügge wird Mudam-Direktorin

Luxemburg. Für sie sei das Museum ein zentraler sozialer Ort, so Bettina Steinbrügge in einem ersten Interview nach der Bekanntgabe, dass sie ab dem 1. April 2022 die Nachfolge von Suzanne Cotter an der

Spitze des Mudam übernehmen soll. Die deutsche Expertin für zeitgenössische Kunst kennt sich bereits im Großherzogtum aus. Immer wieder habe sie in der Vergangenheit mit dem Kunstforum Casino kooperiert. dco

Aufbau und aktuelle Themen

Bettina Steinbrügge antwortet auf Fragen der LW-Kulturredaktion

3 Fragen Antworten

Das Telefon habe nicht mehr stillgestanden. Als die Nachricht nach der Bekanntgabe gestern die Runde macht, ist Bettina Steinbrügge eigentlich gerade in einer Besprechung. Doch für ein kurzes Interview bei all den Glückwünschen zum neuen Amt ist dann doch exklusiv für das „Luxemburger Wort“ Zeit.

Bettina Steinbrügge, warum Luxemburg, warum gerade jetzt?

Ich habe in Luxemburg immer sehr, sehr gute Erfahrungen gemacht. Ich kenne die Arbeit der Kunst-Institutionen, kenne Kevin [Muhlen, Anm. d. Red.] vom Casino. Dazu kommt die Nähe zu Frankreich, die ich interessant finde. Die Mudam-Sammlung ist in-

teressant, weil sie noch recht jung ist, und man da sehr viel aufbauen

kann. Das Gesamtpaket macht einfach für mich aktuell total Sinn.

Zu dem Gesamtpaket gehört aber neben dem Inhalt auch, Sponsoren und Mäzene einzubinden und dem Museum Öffentlichkeit zu verschaffen. Wie haben Sie da mit Ihrem Konzept überzeugt?

Ich habe mit einem Programm überzeugt, das sich an meinem Weg der letzten Jahre orientiert. Ich habe viele internationale Kontakte insbesondere zu vielen Museen aufbauen können. Für die Arbeit habe ich auch viel Presse bekommen. Und das für den Kunstverein Hamburg, einem relativ kleinen Ort, auch wenn der eine große Tradition in der Hansestadt hat. Sammlungserfahrung habe ich mir über das Belvedere in Wien und den Aufbau des „Belvedere 21“ erarbeitet. Als Geschäftsführerin des Kunstvereins Hamburg habe ich 60 Prozent der

Gelder selbst reingeholt, dort eine völlig neue Pressestelle und die Finanzplanung aufgebaut und die Strukturen professionalisiert.

An welchen Stellschrauben könnten Sie in der Nachfolge von Beaud, Lunghi und Cotter drehen, um das Mudam noch besser zu machen?

Das Programm der letzten Jahre von Enrico [Lunghi, Anm. d. Red.] und Suzanne Cotter habe ich schon sehr geschätzt. Und auch das schon für die nächsten beiden Jahren geplante Programm finde ich sehr ausgewogen. Aktuell zentrale Themen wie Inklusion und Diversität finden sich darin. Wichtig ist mir aber auch, Fragen um die Nachhaltigkeit zu stellen und zudem genauer in die Communities des Landes programmatisch einzutauchen – nach der Frage: „Wie spiegelt sich die Bevölkerung im Mudam wider?“ dco

Steinbrügge übernimmt im Mudam

Cotter-Nachfolgerin soll ab April 2022 die Geschicke des Museums in Kirchberg führen

Von Daniel Conrad

Mitten in den Messebetrieb der Luxembourg Art Week platzt die Nachricht herein: Die neue Leiterin des Mudam wird Bettina Steinbrügge. Ab 1. April 2022 soll sie die Spitzenfunktion in der Nachfolge von Suzanne Cotter, die zum Ende des Jahres nach Australien wechselt, übernehmen.

Steinbrügge? Völlig unbekannt ist der Name in Luxemburg nicht – im Gegenteil. Wenn man mit ihr spricht (Interview s.u.), erzählt sie von den Begegnungen mit den Luxemburgern Jo, Enrico und Kevin. Warum? Sie kennt Jo Kox, Enrico Lunghi und Kevin Muhlen schon durch Zusammenarbeiten im Bereich der zeitgenössischen Kunst und dem Kunstforum Casino. Und umgekehrt ist es genauso.

Mit ihr ist eines der experimentellsten Projekte des Forums in der Rue Notre-Dame verbunden. „Re:Location“ (2002-2004) hieß die Zusammenarbeit, zu der sich sieben Kunstinstitutionen als besonderes europäisches Langzeitprojekt in damals völlig neuer Dimension vernetzten. Enrico Lunghi – eben nicht nur Amtsvorgänger im Mudam, sondern auch einstiger Leiter des Casinos zu dieser Zeit – erinnert sich gerne daran zurück.

Für ihn ist Steinbrügge eine geradezu ideale Wahl: „Bettina und ich kennen uns jetzt schon über 20

Jahre, und ich bin positiv überrascht. Sie ist im Gegensatz zu vielen anderen Direktoren jemand, der sich – statt eine Institution nur als Karrieresprungbrett zu nutzen –, lieber in den Dienst der Kunst und der Künstler stellt. Dazu publiziert sie und weiß, ihre Arbeit auch sehr wohl wissenschaftlich-theoretisch einzuordnen und mit unterschiedlichen Konzepten der Kunst umzugehen.“

Sie habe schon damals gezeigt, was sie könne – so lässt sich Lunghi deuten. „Bettina war für die Halle für Kunst in Lüneburg an ‚Re:Location‘ beteiligt. Und ähnlich wie die ‚Manifesta 2‘ in den 1990er-Jahren hat diese Kooperation Anfang der 2000er-Jahre ganz neue Türen aufgetan. Über hundert Künstlerinnen und Künstler waren über drei Jahre in dem Projekt eingebunden, Kataloge in sechs Sprachen sind entstanden und es wurden neue mediale Wege eingeschlagen. Das war Neuland – und Bettina war damals zu hundert Prozent dabei und hat das Projekt mit ihrer Arbeit geprägt. Langfristig und fundiert auf ihrer Expertise etwas aufzubauen, ist ihr Ding – und das wird sich sicher auch im Mudam zeigen.“

Hat dieser schon bestehende persönliche Bezug die Entscheidung des Mudam-Findungsgremiums beeinflusst? Sowohl die

Pressemitteilung als auch Steinbrügge selbst betonen die Eignung jenseits aller persönlichen Bezüge: Wie der Lebenslauf (siehe Infobox) verrät, kommen bei ihr wissenschaftliche Expertise, Erfahrungen im Management, im Aufbau von Sammlungen, im Kuratieren und im Einwerben von Finanzmitteln zusammen.

„Den Einfluss des Museums beleben“

Und wie reagierte die Kulturpolitik nach der Bekanntgabe? Auch wenn das Mudam als Stiftung nicht direkt dem Ministerium untersteht, meldet sich Kulturministerin Sam Tanson auf Anfrage. Deren Erster Regierungsrat und ehemalige Casino-Verwaltungschef, Jo Kox, saß neben Frances Morris (Tate Modern, London), Dirk Snauwaert (Wiels, Brüssel), Emma Lavigne (Palais de Tokyo, Paris), Paul di Felice (Mudam), Danièle Igniti (Mudam) und Danièle Wagener (Mudam) mit im Expertengremium zur Wahl der Nachfolge. Tanson dankte in ihrer Stellungnahme zum Personalwechsel Suzanne Cotter für deren Arbeit. Und Steinbrügge habe eine „klare und engagierte Vision“, die zielgerichtet auf die Zukunft ausgerichtet sei.

Dank ihrer Erfahrung werde Steinbrügge innovative und langfristige Projekte entwickeln und

steuernd begleiten, um so „das Leben und den Einfluss des Museums zu beleben“, so Tanson.

Wie soll das konkret gehen? Sie verstehe das Museum als wichtigen sozialen Ort, so Steinbrügge im Gespräch. Das wiederum erinnert stark an die Mission in der Ausrichtung der Nationalbibliothek, die mit deren Neubau und Zukunftsinitiative verbunden war.

● *Die Klarheit der Vision von Frau Steinbrügge, ihr Wissen über zeitgenössische Kunst und ihr Engagement für langfristige Entwicklungen entsprechen der Exzellenz, die wir für die Zukunft des Mudam erwarten und schätzen.*

Erbgroßherzogin Stéphanie, Mudam-Verwaltungsratspräsidentin



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

Saftige Preiserhöhungen

Steigende Kosten für Energie treffen alle Haushalte

Von Marco Meng

Die Energiepreise explodieren. Das stellt jeder an der Tankstelle fest – oder wenn der Strom- oder Gaslieferant eine Erhöhung seiner Preise ankündigt.

Die Haushalte in Luxemburg können zwischen sieben Stromanbietern und fünf Gasanbietern wählen. Da die Preise auf dem Großhandelsmarkt steigen, dürften alle Versorger in den folgenden Monaten ihre Endkundenpreise erhöhen. Viele taten es bereits – manche sogar mehrfach im Laufe des Jahres. Eine Preissteigerung von August bis Dezember von 34,95 Cent pro Kubikmeter Gas auf 60,45 Cent macht immerhin eine Mehrbelastung für die Kunden von 73 Prozent aus. Für sie bedeutet das Preisfeuerwerk auf den internationalen Märkten höhere monatliche Vorauszahlungen – die können sich auch verdoppeln. Statt 120 Euro sind es dann 240 Euro.

Steigende Gaspreise

Grund für die Preisexplosion: Die Großhandelspreise für Erdgas an den Rohstoffbörsen steigen. Seit Mai hat sich der Erdgaspreis verdoppelt – vor allem die wirtschaftliche Erholung Europas nach der Hochphase der Corona-Pandemie spielt eine Rolle; und die Tatsache, dass die Gasspeicher leer waren und gefüllt werden. Die hohe Nachfrage nach Gas und nach Energie allgemein in der Winterzeit macht es für den Verbraucher immer teurer.

Privatabnehmer für Erdgas zählte das Großherzogtum vergangenes Jahr 91 271, die einen nationalen Verbrauch von 8,090 TWh repräsentieren. Da Gas zum Heizen, aber auch zur Stromerzeugung genutzt wird, steigen damit ebenfalls die Strompreise in Europa. Für ihre Versorgung mit Elektrizität hatten die Luxemburger Haushalte bereits im vergangenen Jahr etwa zehn Prozent mehr zahlen müssen als 2019.

Nächstes Jahr soll zumindest der Gaspreis, so meinen viele, wieder sinken. Gazprom in Russland, Europas Haupt-Gaslieferant, hat kürzlich erklärt, die Fördermenge nach Westen könnte ab dem 8. November gesteigert werden. Das In-

stitut Luxembourggeois de Régulation (ILR) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Preisvergleich „Calculix.lu“ für Strom und Erdgas den Verbrauchern ermöglicht, sich über die aktuellen Preise zu informieren und entsprechend Produkte und Lieferanten zu wählen. Sowohl bei Strom wie bei Gas gibt es zum Teil erhebliche Preisunterschiede zwischen den Anbietern, auch wenn für alle der Einkaufspreis gestiegen ist.

Möglichkeit zu wechseln

Erhöht der Anbieter den Preis, muss er dies 30 Tage im Voraus ankündigen, erklärt Claude Hornick, Leiter der Energieabteilung des ILR. Das bedeutet für die Kunden, dass sie 30 Tage lang Zeit haben, den Vertrag zu kündigen und den Anbieter zu wechseln. Bislang bewegt sich die Zahl der Vertragskündigungen seitens der Kunden im üblichen Rahmen, so die beiden größten Gasversorger Sudenergie und Encevo (Enovos). Dass Anbieter Neuverträge kündigen oder alte Verträge auslaufen lassen und keine Folgeverträge anbieten, wie zum Teil im Ausland geschehen, davon ist in Luxemburg bislang nichts festzustellen. Bei Verträgen mit Energieversorgern sind neben dem Grundpreis auch Bestimmungen wie Kündigungsmodalitäten, Mindestvertragslaufzeit, Preisgarantien, Zahlungsweise und Bonusregelungen wichtig.

Wechselt ein Kunde den Anbieter, muss er normalerweise auch nicht selbst die Formalitäten erledigen. Das macht in der Regel der neue Lieferant. Auch müssen Verbraucher nicht befürchten, ohne Energieversorgung dazustehen, denn der erste Anbieter stellt seine Lieferungen erst ein, wenn der neue Versorger damit beginnt. Eine Unterbrechung der Versorgung mit Strom- oder Erdgas während der Wechselphase ist ausgeschlossen: Die Grundversorgungspflicht sichert zu jeder Zeit die allgemeine Versorgung der Haushalte ab.

„Resultat der Preisspirale ist, dass vor allem finanziell schwache Haushalte riskieren, in eine Notsituation zu geraten, da ihre fi-

nanziellen Mittel es ihnen nicht mehr erlauben, die unbezahlbaren Energiekosten zu begleichen“, so die Verbraucherschutzorganisation ULC. Sie fordert, dass einkommensschwache Familien durch Energiesonderhilfen vom Staat finanziell unterstützt werden.

Die steigenden Preise bereiten auch den Versorgern Kopfzerbrechen; viele versuchen, mit Flexibilität ihre Kunden zu halten. Der Strom- und Gasanbieter eida erklärt: „Was den Strom anbelangt, so sind unsere Preise für drei Jahre festgeschrieben, so dass für unsere derzeitigen Kunden keine Preisunterschiede bestehen. Für Neukunden ist der Preis natürlich höher, aber wir binden den Preis nur für ein Jahr, so dass wir ihnen im nächsten Jahr, wenn die Verträge verlängert werden, möglicherweise einen besseren Tarif anbieten können.“

Eida weist darauf hin, dass beim Gas die Tarife üblicherweise ab September deutlich ansteigen, aber Kunden von Januar bis August von verbilligten Tarifen profitieren.

Mit mehr Flexibilität können die Kunden auch bald bei der Stromversorgung rechnen, darauf weist Claude Hornick vom ILR hin: Kommendes Jahr wird in Luxemburg ein Gesetz in Kraft treten, wonach die Anbieter mindestens ein flexibles Stromprodukt anbieten müssen, bei dem sich der Preis – wie an der Strombörse auch – an tagesaktueller Angebot-Nachfrage-Situation orientiert. Das heißt, wer Strom verbraucht, wenn die Nachfrage geringer ist – zum Beispiel abends –, profitiert dann von niedrigeren Preisen.

Anteil an grünem Strom steigt

2020 zählte der Strommarkt im Großherzogtum 324 264 Verbraucher, die eine Energiemenge von 6,262 Terawattstunden (TWh) abnahmen. Die luxemburgische Stromerzeugungskapazität ist von 488 auf 522 Megawatt (MW) gestiegen – der Anteil der erneuerbaren Energien nahm von 377 auf 421 MW zu; insgesamt importiert Luxemburg mehr als 80 Prozent seines Stroms, wobei inzwischen 15,6 Prozent des nationalen Verbrauchs Strom aus erneuerbaren

Energiequellen ist. Seit 2019 wächst die nationale Photovoltaik-Kapazität stetig, so das ILR „mit plus 27 MW im Jahr 2020 und bereits plus 41 MW für das erste Halbjahr 2021.“ Die Behörde weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger zunächst mit der eigenen Photovoltaikproduktion ihren Haushaltsbedarf decken und nur den Überschuss in das Verteilnetz einspeisen können. „Mit der Abschaffung der Abgaben und Gebühren für selbst verbrauchten Strom im Jahr 2020 ist der Eigenverbrauch sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch“, so das Institut. „Auch besteht die Möglichkeit“, ergänzt Claude Hornick, „den selbsterzeugten Strom mit Nachbarn oder innerhalb einer Energiegemeinschaft zu teilen.“ Damit soll die lokale Stromproduktion gefördert werden. Beispielsweise ist es möglich, den vor Ort erzeugten Strom mit den Bewohnern desselben Gebäudes zu teilen oder auch den erzeugten Strom mit anderen Netznutzern im Rahmen einer Erneuerbare-Energien-Gemeinschaft.

Steigender Strombedarf

Derzeit beträgt die vertraglich festgelegte maximale Importkapazität für Elektrizität 980 MW für die Leitungen aus Deutschland. Die bislang gemessene Höchstleistung, die importiert wurde, betrug 785 MW, einschließlich der Transitleitungen nach Belgien. Angesichts des für 2033 erwarteten maximalen Belastungswachstums des Creos-Netzes von mehr als 70 Prozent aufgrund des Bevölkerungswachstums, der Zunahme an Elektromobilität, der Umstellung von fossilen Brennstoffen auf Strom sowie der steigenden Stromnachfrage durch neue Rechenzentren im Land sollen die Netzleitungen nach Deutschland ausgebaut werden. Das soll durch die Errichtung einer doppelten 380-kV-Leitung geschehen. Die Kapazität zwischen Luxemburg und Deutschland würde dadurch um etwa 1 000 MW erhöht.

Die Erdgasversorgung hat (zuletzt gemessen 2012) eine Höchstspitze von 300 000 Kubikmeter pro Stunde. Derzeit ist keine Erweiterung der Erdgasversorgung geplant.

Was Verbraucher tun können

Teilt der Energielieferant mit, dass er die Preise anhebt (das muss mindestens 30 Tage im Voraus geschehen), gibt das dem Kunden das Recht, zu diesem Zeitpunkt den Vertrag zu kündigen. Mit der Unterzeichnung eines neuen Vertrags wird dem neuen Lieferanten auch das Mandat erteilt, den bestehenden Vertrag zu kündigen. Eine Unterbrechung der Versorgung mit Strom- oder Erdgas

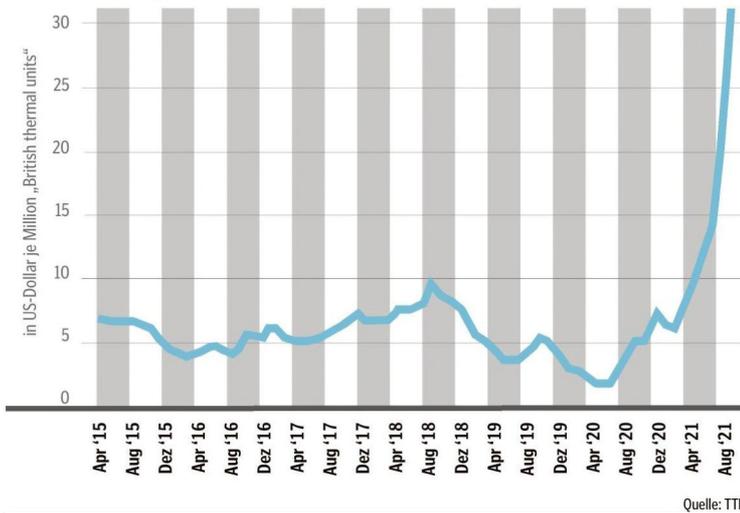
während der Wechselphase ist aufgrund der Grundversorgungspflicht ausgeschlossen: Bis der Anbieter liefert, gewährleistet der alte Anbieter die Versorgung. Es besteht übrigens auch keine Verpflichtung, den Lieferanten des Vermieters oder Vormieters zu übernehmen. Ohne Preiserhöhung – oder sonstiger Vertragsänderungen seitens des Lieferanten – gilt

die im Vertrag festgeschriebene Kündigungsfrist. Eine Analyse des Institut Luxembourgais de Régulation (ILR) zeigt, dass bei den Energie-Produkten, die den Haushalten im Jahr 2020 zur Verfügung standen, der Unterschied zwischen dem billigsten und dem beliebtesten Produkt für einen mit Erdgas heizenden Haushalt etwa 240 Euro pro Jahr betrug, während bei Strom der Unterschied etwa 80 Euro pro Jahr ausmachte.

Die Erneuerbare-Energien-Gemeinschaft ermöglicht die gemeinsame Nutzung von Strom durch ihre Mitglieder, die sich in derselben Ortschaft hinter der von den jeweiligen Netzbetreibern betriebenen Umspannstation für Hoch-/Mittelspannung/Niederspannung befinden. Energieeffiziente Geräte und gute Hausdämmung helfen zudem beim Sparen von Strom und Gas. *MeM*

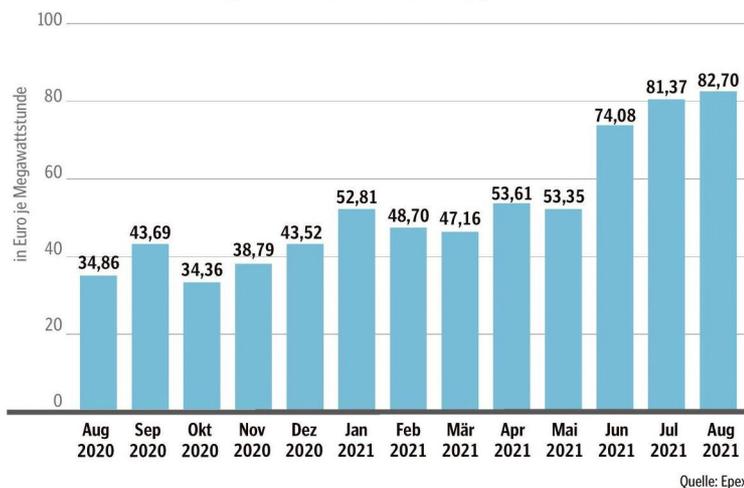
Steigende Gaspreise

Der durchschnittliche Preis für Erdgas in Europa ist im Laufe des Jahres 2021 am Handelsplatz „Title Transfer Facility“ in die Höhe geschossen.



Steigende Strompreise

Der durchschnittliche Preis für Strom an der europäischen Strombörse EPEX mit Sitz in Frankreich für das Marktgebiet Deutschland/Luxemburg zieht an.





WORLDSKILLS EUROPE

„Europameisterschaft der Berufe – EuroSkills 2027.“

Deutschland und Luxemburg werden erstmals in der Geschichte von WorldSkills Europe, eine gemeinsame Bewerbung zur Austragung der „Europameisterschaft der Berufe – EuroSkills 2027“ einreichen.



Schengen/Stuttgart/Esch-sur-Alzette, August 2021



Grenzüberschreitende Projekte stärken den europäischen Gedanken in der beruflichen Bildung

An einem für Europa historischen bedeutenden Ort wurde am 17. August 2021 erneut Geschichte für die Zukunft geschrieben: Auf dem Europaplatz in Schengen kamen Vertreter von WorldSkills Germany und WorldSkills Luxembourg zusammen, um ein bedeutendes Memorandum of Understanding (MoU) zu unterzeichnen.

Die Bildungsorganisationen beabsichtigen die gemeinsame Bewerbung um die Austragung der EuroSkills 2027.

Es ist dabei das erste Mal in der 15-jährigen Geschichte von WorldSkills Europe, dass zwei Nationen zusammen eine Kandidatur für die Europameisterschaft der Berufe einreichen möchten.

„Für Luxemburg ist es nicht so leicht, ein solch großes Projekt alleine anzu-

„Für mich bedeutet Schengen emotional das Europa ohne Grenzen...“

Hubert Romer, Geschäftsführer WorldSkills Germany

gehen“, erklärte Gil Belling, Präsident von WorldSkills Luxembourg, bei der Unterzeichnung des MoU. „Die Freude ist groß, dass wir gemeinschaftlich mit Deutschland die Vorreiterrolle einnehmen und mit zwei Nationen die Bewerbung beabsichtigen. Unsere Kooperation könnte auch in Zukunft andere Länder ermutigen, die Organisation des größten Bildungsevents Europas gemeinsam zu übernehmen.“

Die EuroSkills werden alle zwei Jahre ausgetragen und sind das größte Event

seiner Art in Europa. Vor mehreren Zehntausenden Besucherinnen und Besuchern treten Fachkräfte bis maximal 25 Jahre in ihren jeweiligen Berufen gegeneinander an und kämpfen um Medaillen und EM-Titel. Dank der Partnerschaft von WorldSkills Germany und WorldSkills Luxembourg sollen die EuroSkills 2027 zum Bildungsgipfel der beruflichen Bildung mit europaweiter Ausstrahlung werden.

Der internationalen Öffentlichkeit und dem Fachpublikum aus Europa und aller Welt soll eine unvergessliche Zeit ermöglicht und eine perfekte Leistungsschau der Bildungs- und Wirtschaftslandschaft beider Länder geboten werden. Durch die beabsichtigte Bewerbung möchte man den Fokus auf die berufliche Bildung, ihre Besonderheiten und Vorzüge, vor allem aber auch auf die Vielfalt der Berufsbilder lenken. Man möchte vor allem junge



Menschen für die berufliche Ausbildung begeistern und mitreißen. So möchten die beiden Partner bereits in der Bewerbungsphase, dass durch gemeinsame Schulprojekte und das Aufeinandertreffen von Wettkampfteilnehmenden und ihren Trainerinnen und Trainern sowie den Delegierten, ein intensiver europäischer Austausch stattfinden kann.

Hubert Romer, Geschäftsführer von WorldSkills Germany, betonte deshalb bei der Unterzeichnung des MoU: „Für mich bedeutet Schengen emotional das Europa ohne Grenzen. Dieses Europa kann nur funktionieren, wenn wir den Gedanken auch wirklich alle gemeinsam leben. Deshalb wollen wir mit unserem gemeinsamen Projekt über unsere beiden Länder hinaus Kampagnen und Projekte realisieren, die den jungen Menschen in ganz Europa zugutekommen.“ Eines dieser Vorhaben, das die beiden partnerschaftlich verbundenen Organisationen mit ihrer beabsichtigten Bewerbung im MoU festgehalten haben: Ähnlich wie bei den Olympischen Spielen, bei denen ein Team aus verschiedenen Nationen unter der Olympia-Flagge antritt, ist es denkbar, dass auch bei den EuroSkills 2027 eine nationenübergreifende Mannschaft teil-

nimmt. Das Besondere: Dieses Team soll sich aus jungen Fachkräften zusammensetzen, die einen anerkannten Flüchtlingsstatus besitzen und von Trainerinnen und Trainern aus ganz Europa betreut werden.

„Unser Ziel ist es, dass wir auch über die Kooperation für die geplante Bewerbung zur Austragung der EuroSkills 2027 hinaus, weitere Projekte in dieser starken Partnerschaft entwickeln“, so Belling. Romer ergänzte: „Uns geht es um den internationalen Austausch, um die Förderung und Schulung von Ausbildungszentren und Ausbildungspersonal. Wir möchten, dass alle Beteiligten voneinander und miteinander lernen.“

Der Europaplatz in Schengen war deshalb genau der richtige Ort zur Unterzeichnung des MoU. „Schengen lebt tagtäglich Europa“, betonte Michel Gloden, Bürgermeister der Gemeinde Schengen. „Das Miteinander ist die Zukunft. Deshalb unterstützen wir als Gemeinde solche länderübergreifenden Projekte.“ Von Schengen aus starten beide Organisationen nun gemeinsam in die nächste Phase.

Am 15. Oktober 2021 muss der Antrag zur Bewerbung offiziell eingereicht



werden, bevor die Bewerbung als solches dann spätestens Ende Juli 2022 bei WorldSkills Europe eingegangen sein muss. Im März 2023 entscheiden die Mitgliedsnationen von WorldSkills Europe dann schließlich auf ihrer Generalversammlung über die vorliegenden Bewerbungen und stimmen über die Austragung der EuroSkills 2027 ab.

www.worldskills.lu

Lage auf den Intensivstationen spitzt sich zu

CHL UND HRS Krankenhäuser müssen eventuell wieder in den Corona-Modus schalten

Christine Lauer

Die vierte Welle macht sich deutlich auf den Intensivstationen in den Luxemburger Krankenhäusern bemerkbar. CHL-Leiter Romain Nati geht davon aus, dass sich die Situation noch verschlechtern wird – das HRS schlägt indes Alarm wegen der Überlastung des Personals.

„Es ist das Virus, das Druck macht.“ Diesen Satz äußerte Gesundheitsministerin Paulette Lerner (LSAP) vergangenes Wochenende bei einem Interview mit RTL. Dass das Pandemiegeschehen wieder an Fahrt aufnimmt, zeigt sich in steigenden Infektionszahlen – und der Situation auf den Intensivstationen in den hiesigen Krankenhäusern. Am Montag teilte die Pressesprecherin des „Centre hospitalier du Nord“ (CHdN) Anja Di Bartolomeo dem *Tageblatt* mit, dass sie sich am Limit befänden, wenn sie den Normalbetrieb nicht einschränken wollten. Gerade würden sechs Covid-Patienten im CHdN intensive Pflege benötigen. Eric Dickes, Pressesprecher des „Centre hospitalier Emile Mayrisch“ (CHEM), sagte, dass man eine Steigerung der Fallzahlen bis Ende November erwarte. Auf der dortigen Intensivstation würden gerade vier Corona-Infizierte versorgt.

CHL-Direktor Romain Nati sagte dem *Tageblatt* nun am Dienstag: „Auf der Intensivstation sind aktuell 14 von 18 Betten belegt, davon drei mit Covid-Patienten.“ Von diesen drei Erkrankten sei niemand geimpft. Die Anzahl der Patienten bedeute „im Augenblick für uns eine gewisse Entlastung, die leider auf den Tod von drei Patienten in den letzten Tagen zurückzuführen ist“. Die Gestorbenen seien

allesamt dem Coronavirus erlegen. Das Krankenhaus gehe davon aus, dass die Inzidenz noch steigt. Dennoch rechne man aktuell nicht mit einer Belegung wie im November des vergangenen Jahres.

„Trotzdem liegen die Pläne in der Schublade, um jeden Moment, falls notwendig, durch die progressive Absage von Operationen zusätzliches Personal mit zusätzlichen Intensivbetten einsetzen zu können“, sagt Nati. Zur Erinnerung: Im Herbst 2020 lagen zeitweise 50 Covid-Patienten landesweit auf der Intensivstation. Außerdem hatten die Luxemburger Krankenhäuser mit Kapazitätsengpässen zu kämpfen – Ende Oktober befanden sich 60 CHL-Mitarbeiter in Quarantäne. Das CHL sei laut dem offiziellen „Plan de montée en charge“ das Referenzkrankenhaus für alle Covid-Patienten auf der Normalstation des „Service national de maladies infectieuses“ – dies bis zu einer gewissen Betten-Auslastung. Danach seien alle anderen Krankenhäuser auch im Einsatz, um Covid-Patienten aufzunehmen, erklärt Nati. Auf die Intensivstation kämen im Regelfall Patienten, die am Anfang auf der Normalstation gelegen hätten und deren Gesundheitszustand sich dort nach und nach verschlechtert hätte.

HRS: Personalmangel wird zum Problem

Von der Pressestelle der „Hôpitaux Robert Schuman“ (HRS) hieß es am Dienstagabend: Die Intensivstation sei am Montag um 8 Uhr morgens zu 95 Prozent belegt gewesen. Drei Menschen lägen dort wegen einer Covid-Erkrankung, insgesamt würden sie 14 Prozent der

Patienten auf der Intensivstation ausmachen. Einer der drei Covid-Patienten sei geimpft, einer sei ungeimpft und beim dritten habe die Anamnese noch nicht gemacht werden können – man gehe jedoch davon aus, dass auch diese Person nicht geimpft sei.

„Bei der aktuellen Situation ist bereits eine deutliche Überlastung des Personals feststellbar“, schreiben die HRS. Es gäbe einen massiven Krankenstand und es sei immer schwieriger, Ersatz für das fehlende Personal zu finden. „Aufgrund der ansteigenden Infektionszahlen sowohl im In- als auch im benachbarten Ausland ist es wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit, bis wir erneut die Sektoren einrichten und vergrößern müssen“, teilt die Pressestelle des Krankenhauses mit. Dann müssten nicht notfallmäßige Eingriffe ebenfalls wieder verschoben werden. „Ohne zusätzliches Personal werden wir massive Probleme bekommen, unseren Aufgaben gerecht zu werden“, heißt es von den HRS.

Warum die Pflege der schwer erkrankten Covid-Patienten so aufwendig ist, erklärte CHdN-Pressesprecherin Anja Di Bartolomeo dem *Tageblatt* am Montag: Die Pflegekräfte, die sich um sie kümmern, müssten sich immer wieder neu an- und ausziehen, das sei eine ganze Prozedur. Die Patienten müssten zudem wiederholt umgedreht werden, dazu bedürfe es noch mehr Arbeitskräfte. Auf der Station würden die Pfleger einen weißen Ganzkörperanzug aus Tyvek-Material tragen, sie könnten dann stundenlang weder Nahrung noch Flüssigkeit zu sich nehmen und würden stark schwitzen. „Diese Arbeit ist wahnsinnig anstrengend“, unterstrich di Bartolomeo.

Mehr als nur eine „Motorworld“

In Wickringen entstehen Wohnungen, ein Hotel und Büroräume

Wickringen. Die Baustelle in Wickringen neben der Autobahn A 4 in Richtung Esch/Alzette ist nicht zu übersehen. Auf etwa vier Hektar entsteht eine sogenannte „Motorworld“, ein multidisziplinärer Komplex für den Automobilbereich, der im September 2024 er-

öffnet werden soll. Angesprochen werden traditionelle Automarken, aber zum Beispiel auch Ateliers für Oldtimerautos.

Investor und Bauherr Giorgetti hat das Projekt noch weiter gedacht. An der Route des Trois Cantons werden zwei Mehrfamilien-

häuser mit 120 Wohneinheiten gebaut. Dazu kommt noch ein Hotel mit bis zu 140 Zimmern, das vom Bauunternehmen selbst betrieben wird. „Wir wollen unter der Woche Businessgäste dort empfangen, am Wochenende Feriengäste“, erklärt Roland Lammar, Di-

rektor der ausführenden Firma Motorworld Luxembourg, die der Giorgetti-Gruppe angehört.

Die Gemeinde Reckingen/Mess ist zufrieden, dass auf diesem Areal gebaut wird. „Es ist ein schönes Projekt. Als Gemeinde begrüßen wir, dass Arbeitsplätze entstehen“, so Bürgermeister Carlo Muller. Auch ein Pflegeheim soll errichtet werden. *dat*

Riesenprojekt auf dem Dorf

In Wickringen entstehen bis 2024 die Motorworld“, Wohnungen, Büros und ein Hotel

Von David Thinnés

Wickringen. Rechts neben der Ausfahrt Steinbrücken auf der Autobahn A 4 in Richtung Esch/Alzette ist momentan eine Riesenbaustelle zu sehen. Etwa ein halbes Dutzend Kräne ragen in den Himmel. Auf diesem etwa vier Hektar großen Areal entlang der Route des Trois Cantons – auf der gegenüberliegenden Seite eines bekannten Sportgeschäftes – entsteht neben der sogenannten „Motorworld“ ein umfassendes Bauprojekt – sicherlich eher ungewöhnlich für solch eine kleine Gemeinde wie Reckingen/Mess mit etwa 2 600 Einwohnern.

„Die Inspiration kommt von der ‚Motorworld‘ in Böblingen. Das dortige Konzept mit Ateliers für Oldtimer, Geschäften rund um das Auto und Gastronomie ging uns nicht weit genug. Deshalb haben wir uns entschieden, ein Hotel, ein Restaurant, eine Eventhalle, ein Businesszentrum und auch Wohnungen zu errichten“, erklärt Roland Lammar, Direktor der Motorworld Luxembourg, die der Baufirma Giorgetti, Besitzer der Grundstücke, angehört. Der Promoter wird in Wickringen als Bauherr, Investor und auch Betreiber agieren.

Das Bauunternehmen wird auch die Wohnungen der beiden Mehrfamilienhäuser, die stilgerecht Monza und Daytona heißen, selbst auf dem Immobilienmarkt anbieten. Die 50 Einheiten von Monza wurden 2020 im Handumdrehen verkauft. „In einem Tag war alles weg“, so Lammar. Der Quadratmeterpreis liegt hier bei etwa 8 000, 8 500 Euro. Die restlichen 70 Wohnungen werden in Kürze in den Verkauf gehen.

Parkhaus für 1 500 Autos

Eher ungewöhnlich für den Standort ist jedoch die Idee eines Hotels. 140 Zimmer sollen in Wickringen zur Verfügung stehen. „Wie üblich in Luxemburg wollen wir dort unter der Woche Businessgäste empfangen, am Wochenende dann eher Feriengäste. Es gibt im Großherzogtum einen großen Nachholbedarf an Hotelzimmern. Wir wollen Alternativen anbieten. Der Standort liegt verkehrstechnisch optimal für Kongresse, zum Beispiel im Automobilbereich. Die Nachfrage ist groß“, so Lammar, der auch überzeugt ist, dass es am Wochenende eine Kundschaft für dieses Hotel gibt.

Das Betreiben eines Hotels ist eine Premiere für die Giorgetti-Gruppe: „Das ist eine Herausforderung, derer sich das Unternehmen auch bewusst ist. Es ist vorstellbar, dass wir uns Hilfe von einer größeren Hotelgruppe holen. Bei der Eröffnung des Domaine thermal in Bad Mondorf Ende der 1980er-Jahre war dies der Fall mit der Steigenberger-Gruppe, die einige Jahre für die Einarbeitungszeit präsent war.“

Etwas einfacher verläuft wohl die Ausführung des Restaurantprojektes in Wickringen. Das Unternehmen Concept+partners betreibt im Großherzogtum elf Restaurants. Giorgetti hält Anteile an dieser Gruppe. Lammar bestätigt, dass es im Gastronomiebereich eine Zusammenarbeit mit Concept+partners geben wird.

Des Weiteren sollen den Vereinen und Organisationen der Gemeinde die Konferenzsäle für ihre Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Dies gilt dann auch für die „Event-Halle“, wie Lammar sie nennt. „Diese wird zu den besten

fünf in Luxemburg gehören.“ Daneben entstehen auf dem Gelände aber auch Büros. Über 12 000 Quadratmeter werden errichtet. Dazu wird auch ein Parkhaus mit Platz für 1 500 Autos gebaut.

Pflegeheim in Planung

Was bietet denn nun die „Motorworld“ an? „Die Palette ist breit gefächert“, erklärt Lammar. Einerseits werden Räumlichkeiten für verschiedene Automobilmarken zur Vermietung angeboten werden. „Wir haben bereits viele Interessenten“, so Lammar. Aber es soll auch Ateliers, zum Beispiel für Oldtimerautos, geben. Auch andere Geschäftsbereiche aus dem Automobilbereich sollen sich hier ansiedeln. Carlo Muller, Bürgermeister der Gemeinde Reckingen/Mess, sieht vor allem in der Schaffung von Arbeitsplätzen einen Vorteil für die Gemeinde: „Wichtig ist, dass es saubere Arbeitsplätze sind, also keine Industrie. Es ist ein schönes Projekt.“ Aus der Bevölkerung habe er bislang keine Beschwerden über dieses Projekt vernommen. „Es war uns auch wichtig, dass nicht ein weiteres Einkaufszentrum in Luxemburg entsteht.“

Die Gemeinde will dafür sorgen, dass das Projekt noch breiter gefächert wird. Auf einem Teil des Grundstücks soll ein Pflegeheim erbaut werden, dies in Zusammenarbeit als Syndikat von drei Gemeinden: Reckingen, Monnerich und Dippach. „Das Bedürfnis an Pflegezimmern ist groß.“ So sollen zwischen 100 und 120 Zimmer entstehen, die dann in Eigenregie durch die drei Gemeinden verwaltet werden. Etwa 80 Ar werden dafür dem Bauherr abgekauft, es wird nur auf einen Termin beim Notar gewartet. Carlo Muller hat dazu noch einen persönlichen Traum: „Ich will, dass auf diesem Gelände auch eine Crèche entsteht.“

Bis es so weit ist, muss noch viel gearbeitet werden. Im September 2024 soll die „Motorworld“ offiziell eröffnet werden. Lammar verrät, dass die Oldtimer-Rallye dann in Wickringen starten soll – passend zum Thema des Projektes.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

ZAHLEN UND FAKTEN

Ökonomen fehlt klares Klima-Konzept

In Deutschland ist der CO₂-Preis niedriger als in anderen Ländern. Dabei gilt er als das wichtigste Werkzeug zur Emissionssenkung

VON DOROTHEA SIEMS

Das schottische Glasgow steht in diesen Tagen ganz im Zeichen der Weltklimakonferenz 2021. Schon im Vorfeld hat die Uno klargemacht, dass weit größere Anstrengungen nötig sein werden, um das Ziel des Pariser Klimaabkommens von 2015, die Erderwärmung auf 1,5 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen, noch zu erreichen. Auch in den Koalitionsverhandlungen in Deutschland steht die Klimapolitik im Fokus, zumal die Bundesrepublik die Klimaneutralität schon bis 2045 erreichen will.

Deutschlands führende Ökonomen fordern, den CO₂-Preis in den Mittelpunkt der Klimapolitik zu stellen. Den in Deutschland seit diesem Jahr geltenden Preis von 25 Euro pro Tonne CO₂ finden Experten allerdings viel zu niedrig, um die gewünschte Lenkungsfunktion zu entfalten. Entspricht er doch weniger als zehn Cent pro Liter Kraftstoff oder Heizöl. Auch der beschlossene schrittweise Anstieg auf 55 Euro bis 2025 reicht nicht, die ambitionierten deutschen Klimaziele zu erreichen.

Andere Länder erheben bereits deutlich höhere CO₂-Preise. An der Spitze steht Schweden mit 137 Dollar pro Tonne. Auch die Schweiz, Liechtenstein, Finnland, Norwegen und Frankreich liegen hier weit vor Deutschland, wie die Studie „Klimawandel abbremsen. CO₂-Preise und digitale Innovation als Chance“ der Bertelsmann-Stiftung zeigt, die WELT exklusiv vorliegt.

Als erste Staaten haben Anfang der 1990er-Jahre Finnland und Polen begonnen, moderate Preise auf ausgewählte CO₂-intensive Güter zu erheben. Langsam folgten immer mehr europäische Staaten, bis 2005 alle EU-Mitgliedstaaten vom Emissionshandelssystem der

Europäischen Union (EU ETS) abgedeckt wurden. Bei diesem System, das einige Industriegüter, Energieträger und den innereuropäischen Flugverkehr abdeckt, müssen die Unternehmen Verschmutzungszertifikate erwerben, deren Preis sich entsprechend der Nachfrage bildet. Der Emissionshandel gilt Ökonomen als effektiver Weg, gesteckte Klimaziele tatsächlich zu erreichen, da sich über die Mengensteuerung automatisch die angepeilte Verringerung des CO₂-Ausstoßes ergibt.

Mittlerweile gibt es laut der Weltbank global 64 bereits umgesetzte oder geplante Initiativen dieser Art auf subnationaler, nationaler oder regionaler Ebene. Allerdings decken sie nur 21,5 Prozent aller globalen CO-Emissionen ab. Auch setzen ausgerechnet die USA und China, deren CO₂-Ausstoß besonders groß ist, eine CO₂-Bepreisung ab und wollen ihre Klimaziele mit anderen Instrumenten erreichen. Die US-Regierung setzt in ihrem neuen Klimapaket vor allem auf massive Subventionierung, die Volksrepublik dagegen auf strikte staatliche Steuerung.

Aber auch in Deutschland ist bislang kein klarer marktwirtschaftlicher Klimakurs in Richtung einer umfassenden CO₂-Einpreisung erkennbar. Mit dem „Klein-Klein der vergangenen Jahre“ ließe sich die Jahrhundertaufgabe der Energiewende und des Klimaschutzes nicht bewältigen, kritisiert die Deutsche Energie Agentur (Dena). „Der CO₂-Preis und die Ausgestaltung eines insgesamt auf Klimaneutralität ausgerichteten Rahmens und Marktdesigns sind das Fundament für das Erreichen der Klimaneutralität“, heißt es in ihrer jüngst vorgelegten Leitstudie. Entscheidend sei, dass alle Sektoren in die Bepreisung einbezogen würden und dass der Handel möglichst europäisch oder sogar international er-

folgt, um Wettbewerbsnachteile und die Abwanderung von emissionsintensiven Unternehmen in weniger strenge Regionen zu vermeiden.

Die drei Top-Ökonomen Clemens Fuest, Gabriel Felbermayr und Jens Südekum weisen in ihrer vom Ifo-Institut veröffentlichten Analyse „Ein Masterplan für die Klimapolitik“ darauf hin, dass von einem solchen marktwirtschaftlichen und international abgestimmten Kurs auch der Wirtschaftsstandort enorm profitieren würde. Europa könne bei Technologien für CO₂-Reduktion und für die Anpassung an Klimaerwärmung eine führende Rolle einnehmen, betonen die Forscher: „Der CO₂-Preis ist das zentrale Instrument für diese Politik“.

Doch auch mit der in Deutschland jetzt angestrebten Ampel-Koalition von SPD, Grünen und FDP ist nicht mit dem von den Experten geforderten großen Wurf in der Klimapolitik zu rechnen. Zwar setzen die Liberalen auf ein CO₂-Preissystem und einen alle Sektoren, von der Stromerzeugung, über Verkehr, Landwirtschaft und Gebäude bis hin zur Industrie, umfassenden europäischen Emissionshandel. Doch in dem Sondierungspapier zur Ampel spiegelt sich eher ein Weiter-so mit immer neuen Maßnahmen wie der Pflicht für Solarzellen auf Dächern, Verbrenner-Verbot und dem Festhalten an strikten sektorbezogenen CO₂-Einsparvorgaben.

Das 2019 beschlossene und im vergangenen Sommer verschärfte Klimaschutzgesetz schreibt den einzelnen Sektoren Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft eine jährlich sinkende Jahresemissionsgrenze vor. Wird diese gerissen, muss das zuständige Ministerium zusätzliche Maßnahmen ergreifen. Während Ökonomen diesen sektorbezogenen Ansatz als wenig effizient kritisierten, sehen Umweltverbände darin die Garantie, dass somit in jedem Bereich Klimaschutzmaßnahmen auch tatsächlich durchgesetzt werden.

„Meine Befürchtung ist, dass die Politik die umfassende CO₂-Bepreisung nicht macht, weil dann die wahren Kosten des Klimaschutzes zu transparent werden“, sagt Ifo-Präsident Fuest gegenüber WELT. „Man setzt lieber auf das Ordnungsrecht, also auf staatliche Verbote und Gebote. Das ist zwar in Wirklichkeit ineffizienter und deshalb teurer, aber für die Bürger weniger transparent.“

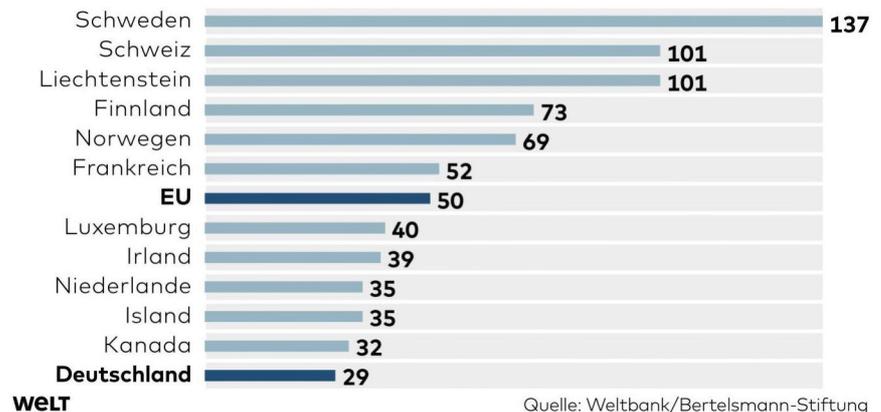
Der Top-Ökonom sieht bei vielen Politikern eine große Skepsis gegenüber ei-

nem marktwirtschaftlichen Ansatz. Mit einem Verbrenner-Verbot oder der Solar-dach-Pflicht könne man etwas Konkretes vorweisen. „Das ist ein dirigistischer Ansatz, der Klimaschutz letztlich verteuert“, sagt Fuest. Dabei wäre jetzt ein guter Zeitpunkt, die Weichen in Richtung eines sektorübergreifenden Systems zu stellen. Zumal die EU offen für diesen Weg sei, betont der Wissenschaftler: „Doch Deutschland hat in der Klimapolitik keinen wirklichen Plan.“

Chancen für einen effizienteren Klimaschutz bietet zudem die Digitalisierung, wie die Bertelsmann-Studie zeigt. „Die Digitalisierung kann das Emissionsvolumen nicht nur durch technologische Innovationen verringern, sondern auch durch organisatorische Neuerungen.“ Dazu gehören etwa Konzepte eines ressourcenschonenden Konsums wie das Carsharing oder der Onlinehandel mit gebrauchten Produkten, die noch stark ausbaufähig sind.

Billige Emissionen in Deutschland

CO₂-Preise pro Tonne in Dollar (Stand 1. April 2021)



WELT

Quelle: Weltbank/Bertelsmann-Stiftung